

PARITÄTREPORT

4 | 2012



- Endspurt zur Landtagswahl 2013 – Politische Forderungen und Diskussionen
- Mitgliederversammlung des Paritätischen Niedersachsen wählt neuen Verbandsrat
- Zahl der armen Kinder sinkt – Problem Kinderarmut bleibt



Impressum

Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e. V.
Gandhistr. 5a
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-0
E-Mail landesverband@paritaetischer.de

Vorstand

Cornelia Rundt
Sebastian Böstel

Registereintrag

Registergericht Hannover
Vereinsregister-Nummer 2156

Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord
25/206/21596

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ 25120510 – Konto-Nr. 7449500

Verantwortlich für den Inhalt

Sebastian Böstel (Vorstand)

Redaktion

Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Anika Falke
Tel. 0511 52486-353
E-Mail presse@paritaetischer.de

Druck

BenatzkyMünstermann Druck GmbH,
Hannover

Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften und Beiträgen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint viermal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Landschaft in der Abenddämmerung

Weihnachtsmarke 2012

zeigt schneebedeckte Kapelle

Die Weihnachtsmarke 2012 der Wohlfahrtsmarken zeigt eine Kapelle in Elmau/Oberbayern, welche im 18. Jahrhundert erbaut worden ist. Die sich in Finsternis hüllende schneebedeckte Landschaft in der Abenddämmerung wird erleuchtet durch den hell strahlenden Christbaum. Die Wohlfahrtsmarken sind ein Gewinn für alle. Der Empfänger freut sich über edle Motive, der Sender tut gleichzeitig etwas Gutes, denn der Erlös aus dem Verkauf der Sonderpostwertzeichen fließt in die wichtige soziale Arbeit von Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Paritätischem Wohlfahrtsverband, Deutschem Roten Kreuz, Diakonie und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Die Wohlfahrtsmarken sind bei der Post und den Wohlfahrtsverbänden sowie im Internet auf der Seite www.wohlfahrtsmarken.de erhältlich.



Ihre Adressdaten

Bitte Änderungen mitteilen!

Um unsere Mitgliederadressen auf dem neuesten Stand halten zu können, bitten wir um Ihre Unterstützung: Benachrichtigen Sie uns bei Änderungen:

- Anschrift,
- Telefonnummer,
- Faxnummer,
- E-Mailadresse,
- Wechsel Vorstand,
- Wechsel Geschäftsführung,
- Name/Rechtsform.

Ihrer Organisation. Senden Sie bitte aktualisierte Daten an das Sekretariat des Geschäftsbereichs Mitgliederförderung, Timea Kovac, Tel. 0511 52486-369, Fax 0511-52486-333, E-Mail timea.kovac@paritaetischer.de

Ihr Beitrag

Parität Report sucht Artikel

- Möchten Sie die Arbeit Ihrer Organisation oder Einrichtung vorstellen?
- Können Sie Tipps oder Erfahrungen weitergeben?
- Veranlassen Sie ein Programm, das für andere offen und von Interesse ist?
- Suchen Sie neue Mitarbeiter /innen oder einen Job?
- Haben Sie Kritik oder Lob?

Dann senden Sie Ihren Beitrag (wenn möglich mit Foto) einfach als Datei oder Ausdruck via E-Mail oder per Post an den Landesverband, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Gerne sind wir bereit, Sie bei der Formulierung zu unterstützen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem Foto einer Altersidylle – zwei Schürze tragende ältere Männer waschen ab – und der Schlagzeile: „Mehr Selbstbestimmung: Die neuen Pflegeleistungen“ wirbt das Bundesgesundheitsministerium für ein Bürgertelefon, bei dem man sich über die positiven Folgen des Pflege neu ausrichtungsgesetzes informieren kann. Die Anzeige macht neugierig auf einen Selbstversuch: Wählt man die angegebene Nummer, nimmt am anderen Ende des Bürgertelefons eine weibliche Stimme ab, die den Anrufer zwar durchaus freundlich begrüßt, bei der Nachfrage, ob man denn demnächst Pflegeleistung stundenweise einkaufen könne, jedoch ein wenig ratlos auf andere Möglichkeiten des Gesetzes hinweist.

Besser kann das Dilemma, in dem sich die Pflegedienste zum Jahresende befinden, nicht verdeutlicht werden: Von ihnen wird erwartet, dass sie den Versicherten künftig die Leistungen als Komplexleistung, aber auch als Stundenleistung anbieten, ohne dass klar ist, in welcher Höhe die Pflegeversicherungen künftig die Arbeit der Pflegekräfte pro Stunden vergüten werden. Dies ist auch die Gretchenfrage: Wie viel ist uns Pflege wert? Wenn sich nicht alle Beteiligten und Betroffenen gegen die „Geiz ist geil“-Mentalität in vielen Kranken- und Pflegeversicherungen zu Wehr setzen, wird das System der ambulanten Pflege, das dem Ziel vieler Menschen, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu leben, am meisten entspricht, mittelfristig zusammenbrechen – denn welche Pflegekraft arbeitet bei derart unzureichender Vergütung und mangelnder gesellschaftlicher Akzeptanz dann noch in einem ambulanten Pflegedienst? Und der „größte Pflegedienst der Nation“, die pflegenden Angehörigen, stoßen oft schon heute an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. So wäre es eine gute Idee, wenn die Bundesregierung das Jahr der Pflege 2011, das der damalige Gesundheitsminister Philipp Rösler ausrief, jährlich wiederholt, um die drängenden Probleme in der Pflege endlich anzugehen und nicht nur Flickschusterei zu betreiben.

Ähnlich verhält es sich mit einer Zusage der Bundesregierung, die sie Ende November 2011 im Rahmen

des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ gab: Opfer sollten Sachleistungen bis zu einer Höhe von 10.000 Euro erhalten und der Fonds solle durch die Länder und den Bund jeweils zur Hälfte finanziert werden. Bis heute blieb es bei der Zusage, ohne dass die Opfer bislang Leistungen erhalten haben. Hier, wie auch bei der Pflege, sind nicht nur der Bund, sondern auch die neue niedersächsische Landesregierung gefragt, sich aktiv und mit messbarem Erfolg für die betroffenen Menschen einzusetzen.

Messen lassen muss sich die neue Landesregierung nach der Landtagswahl auch daran, ob sie sich hinter rein fiskalpolitischen Argumenten verschanzt und die Gestaltung eines sozialen Niedersachsens dem Primat der Schuldenbremse unterordnet. Eine weitere wichtige Aufgabe wird es sein, dass sich das Land auf Bundesebene für eine Verbesserung der steuerlichen Einnahmen des Bundes, der Länder und der Kommunen einsetzt. In vielen ländlichen Gebieten Niedersachsens, die bereits heute vom demografischen Wandel betroffen sind, kommt der Arbeit der Wohlfahrtsverbände eine besondere Bedeutung zu, um den Menschen eine soziale Grundversorgung anzubieten – daran darf sich auch in den kommenden Jahren nichts ändern.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei Ihnen für die gute Zusammenarbeit im ablaufenden Jahr und wünsche Ihnen, liebe Leserin und lieber Leser, ein erfolgreiches Jahr 2013.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Böstel
Vorstand



PARITÄT

Parität Report 4-12 >> Einer für alle(s)

www.spezial-kommunikation.de

transpari

ganz

nah



 DER PARITÄTISCHE
NIEDERSACHSEN

transpari – Bürgerstiftung
im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen

GandhisträÙe 5A
30559 Hannover

Telefon 0511/52 486350
Telefax 0511/52 486333

www.transpari.de

am Alltag
am Leben
am Menschen

Soziale Projekte starten – Spendenkonto 7410200

Bank für Sozialwirtschaft Hannover · BLZ 25120510

Ausgabe 4-12

Impressum..... 2
 Editorial..... 3

Schwerpunkt:Endspurt zur Landtagswahl 2013 Politische Forderungen und Diskussionen

Fünf sozialpolitische Fragen an die Spitzenkandidaten
 von CDU und SPD..... 6
 Antworten von David McAllister (CDU) 6
 Antworten von Stephan Weil (SPD)..... 9
 Bessere Personalschlüssel für Kitas gefordert 11
 Umsetzung der UN-Konvention: Forderung der
 Lebenshilfe von allen Parteien unterstützt 12
 Arbeitskreis Straffälligen- und Bewährungshilfe
 spricht mit Politikern 14
 Forderungen des LSVD zur Landtagswahl 2013 15
 Fachbereich Sucht - PolitikerInnen sind sich einig:
 Basisfinanzierung bedarf Anpassung 16
 Paritätische Positionen zur Landtagswahl 2013 17

Eine(r) für alles

Deutliche Forderung der Mitgliederversammlung
 des Paritätischen Niedersachsen 18
 Der neue Verbandsrat des Paritätischen
 Niedersachsen.....21
 Impressionen der 34. Mitgliederversammlung22
 Die Zahl Kinder der Kinder im ALG II-Bezug sinkt -
 das Problem Kinderarmut aber bleibt.....25
 Erfolgreicher Aktionstag: Hannoversches Bündnis
 „Umfairteilen“ mit Aktionsmeile dabei 27
 Die Situation behinderter Kinder in Brjansk28
 Kinder- und Jugendkrankenhaus Auf der Bult
 zertifiziert.....30
 Violetta präsentiert Arbeitshilfe für Fachkräfte
 zum Thema „Geschwisterinzest“30
 Widersprüche und Parallelwelten in der
 psychiatrischen Arbeit 32
 Zweijähriges Schwimmförderprojekt von DLRG und
 Sparkasse erfolgreich beendet.....33
 Diskriminierende Urlaubsstaffelung nach Alter 35
 DMSG-Bundesverband stellt neue
 Rechtsbroschüre vor36

Infos zum Thema „Schutz vor sexualisierter Gewalt
 in Diensten und Einrichtungen“ 37
 Datenbank bietet umfassende Informationen zu
 Bildungsangeboten.....38
 Neue Mitgliedsorganisationen des Paritätischen
 Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e. V. im Porträt...39

Bunte Vielfalt sozial gestalten

Niedersächsischer Gesundheitspreis: Paritätisches
 Projekt und Mitgliedsorganisation ausgezeichnet42
 Kreisverband Lüneburg und Mitgliedsorganisation
 gewinnen bei „Pfleger im Quartier“ 45
 Deutschlandstipendium: Paritätischer
 Niedersachsen fördert Studentin der Ostfalia.....46
 Manfred Seller in den Ruhestand verabschiedet.....48
 „Brücken bauen“: Erfolgreicher sozialer
 Engagementtag mit 67 Projekten..... 49
 Udo Matisky geht in den Ruhestand.....51
 Tag der offenen Tür im Service-Wohnen des
 Paritätischen Lüneburg.....51
 Eine Schwarmkunstaktion in Hannover 52
 Schule für Kinderkrankenpflege bildet seit 1922 aus 54
 Lebenshilfe Niedersachsen feiert 50. Geburtstag 55
 Job-Speed-Dating der „Allianz 50plus“ 56
 Selbstverteidigung für Menschen im Rollstuhl..... 57
 2. Special Olympics Sportfest ein voller Erfolg 59
 Lebenshilfe-Sportler laufen Berlin-Marathon 2012...61
 Lesung beim Paritätischen Goslar61
 Ehrungen 62
 Der Paritätische Stellenmarkt 63

Service

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen ...64
 Fachbereiche des Paritätischen 65
 Arbeitskreise des Paritätischen..... 66
 Mitglieder des Verbandsrats 67
 Verbandsadressen68

McAllister und Weil zur Sozialpolitik

Fünf Fragen an die Spitzenkandidaten von CDU und SPD zur Landtagswahl

Am 20. Januar 2013 wird in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt. Die CDU schickt den amtierenden Ministerpräsidenten David McAllister als Spitzenkandidaten ins Rennen. Die SPD setzt auf Stephan Weil, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V. hat beiden Spitzenkandidaten fünf sozialpolitische Fragen zugesandt und sie gebeten, die Positionen und Pläne ihrer Parteien zu den Themen Inklusion, Kinderbetreuung, Freiwillige Leistungen, Pflege neu ausrichtungsgesetz und interkulturelle Öffnung der Gesellschaft schriftlich zu erläutern.

Antworten von David McAllister (CDU)

1. Einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gibt es in Niedersachsen bislang nur im Entwurf. Es ist höchste Zeit, die Umsetzung nun endlich ernsthaft und verbindlich anzugehen – welche konkreten Schritte dafür sind für 2013 von Ihnen zu erwarten?

Gesellschaftliche Teilhabe soll allen möglich sein – unabhängig davon, ob sie alt oder jung, gesund oder krank sind, ob sie mit oder ohne Behinderungen leben. Wir setzen uns für gleiche Chancen in allen Lebensbereichen ein und wollen die Gesellschaft so gestalten, dass sich alle Menschen in ihr ohne vermeidbare Einschränkungen bewegen und mitentscheiden können. Dazu gehören die Teilhabe in den Bereichen Kultur, Freizeit, Sport und Arbeitswelt, der Ausbau der Mobilität und Barrierefreiheit sowie die inklusive Schulbildung. Den Aktionsplan werden wir gemeinsam mit den Menschen mit Behinderung erarbeiten und konkretisieren.

Wir werden die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und ihre Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt durch

Nutzung des Persönlichen Budgets und des Budgets für Arbeit verbessern. Die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen in der Landesverwaltung wollen wir auf mindestens fünf Prozent anheben.

Den Aktionsplan werden wir konkretisieren. Dabei stehen die Weiterentwicklung der gemeinsamen Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung zur inklusiven Betreuung für alle Altersstufen in Tageseinrichtungen und Schulen, der barrierefreie Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) sowie die Verbesserung der Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen im Mittelpunkt. Wir setzen uns für eine schrittweise Einführung der „Leichten Sprache“ als wichtigen Bestandteil der Barrierefreiheit ein.

2. Die Regelungen des Niedersächsischen Landesamts für Soziales, Jugend und Familie sind nicht geeignet, den Eingliederungsbedarf von Kindern mit Behinderung zu decken. Sie fallen sogar hinter denen des Modellvorhabens für die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen in Krippen zurück, das im Ju-



David McAllister

li 2012 ersatzlos auslief. Ohne nachhaltige Regelungen können Kinder mit Behinderungen derzeit nicht die benötigte Hilfe erhalten. Eltern, Träger und Kommunen sind gleichermaßen verunsichert, wie die bedarfsgerechte Versorgung der Kinder sichergestellt werden soll. Welche Schritte werden Sie, gerade in Hinblick auf den ab 1. August 2013 geltenden Rechtsanspruch auf Krippenplätze für alle Kinder ab 1 Jahr, unternehmen, um nachhaltige Regelungen zu treffen, so dass Kinder mit Behinderungen nicht vom Besuch einer Krippe ausgeschlossen werden?

Durch Veränderungen in Familienstrukturen, der Arbeitswelt und der

gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wächst der Bedarf an frühkindlicher Bildung und Betreuung. Wir unterstützen Familien, wollen ihnen jedoch ausdrücklich nicht die Verantwortung für die Erziehung der Kinder abnehmen. Dabei stehen für uns die Weiterentwicklung der gemeinsamen Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung zur inklusiven Betreuung für alle Altersstufen in Tageseinrichtungen und Schulen im Mittelpunkt unserer Anstrengungen. Einen wichtigen Beitrag leistet das seit August 2012 planmäßig fortgeführte Modellprojekt „Integrative Krippen“.

Die CDU-geführte Landesregierung baut die frühkindliche Betreuung weiter zügig aus und will bis 2014 die Betreuungsquote im Krippenbereich auf 40 Prozent erhöhen. Zudem wollen wir durch die erleichterte Gründung von Betriebskindertagesstätten zusätzliche Betreuungsplätze schaffen. Die Einführung des inklusiven Schulunterrichts wird durch die Bereitstellung von zusätzlich 1.000 Lehrerstellen sowie umfangreiche Weiterbildungen der Lehrkräfte begleitet. Auch in den Kinderkrippen und Kindertagesstätten muss die inklusive Betreuung mit ausreichendem und qualifiziertem Personal sowie passgenauen pädagogischen Konzepten umgesetzt werden. Wir sind davon überzeugt, dass wir durch die im Schulbereich gewonnenen Erkenntnisse sowie den intensiven Dialog mit Verbänden und Angehörigen mögliche Hindernisse schnellstmöglich identifizieren und geeignete Lösungen entwickeln können.

3. Die sogenannten Freiwilligen Leistungen des Landes sind ein wich-

tiger Finanzierungsfaktor für eine Großzahl unverzichtbarer sozialer Leistungen, wie z.B. die Leistungen im Bereich der Gewaltberatung und Schutzeinrichtungen für von Gewalt betroffenen Frauen, Schuldnerberatungen, Angebote der Jugendhilfe, die Angebote im Bereich der Aids-Hilfe, Anlaufstellen der Straffälligenhilfe und viele mehr. Sämtliche Leistungen sind in der sozialen Landschaft unverzichtbar, für die Einrichtungen, die diese Leistungen anbieten sind sie jedoch unsicher. Langfristige Zahlungen und Projekte sind wegen des Charakters der Leistungen in Zeiten angespannter Haushalte nur schwierig oder zum Teil nicht mehr realisierbar, obwohl sämtliche dieser Leistungen in einem sozialen Rechtsstaat unabdingbar sind und eine nachhaltige Sicherung verlangen. Wir fordern daher, zumindest einen Teilbetrag der Freiwilligen Leistungen gesetzlich abzusichern um den betroffenen Einrichtungen ein Mindestmaß an dauerhafter Planungssicherheit bieten zu können. Welche Maßnahmen planen Sie, um das breite Leistungsangebot der freien Träger im Bereich der Freiwilligen Sozialen Leistungen dauerhaft zu sichern?

Mit den spürbaren Verbesserungen ist den Kommunen besser gedient als durch starres Festschreiben freiwilliger Leistungen. Wir werden prüfen, wie wir die Handlungsfähigkeit der Kommunen insbesondere im sozialen Bereich weiter stärken können. Die CDU in Niedersachsen fördert in hohem Maße die Kommunen und unterstützt sie bei der Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Aufgabenerfüllung. So haben wir das Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankert und mit 3,3 Mrd. Euro den höchsten Kommunalen Finanzausgleich in der Geschichte gesichert. Am 4.

November hat die CDU-geführte Landesregierung den Finanzausgleich für die Jahre 2012 und 2013 um insgesamt 145 Mio. Euro weiter erhöht.

Die Kommunen werden von den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei dauernder Erwerbslosigkeit durch sukzessive Übernahme durch den Bund bereits ab 2014 zu 100 Prozent entlastet. Die Kommunen können über 500 Mio. Euro an anderer Stelle oder zum Schuldenbau einsetzen. Das Bildungspaket trägt ebenfalls zur finanziellen Entlastung bei. Die Mittel für Gewaltberatung wurden deutlich erhöht. Mit dem Zukunftsvertrag für starke Kommunen haben wir Entschuldungshilfen von 1,26 Mrd. Euro vereinbart und planen eine Fortschreibung unter Einbeziehung regionaler Entwicklungskonzepte. Das Land entlastet die Kommunen darüber hinaus durch Landeszuschüsse in Kitas (20 Prozent) und Krippen (43 Prozent). Den Landeszuschuss für Krippen erhöhen wir zum 1. Februar auf 46 Prozent und zum 1. August 2013 auf 52 Prozent.

4. Vor kurzem ist das Pflegeneuausrichtungsgesetz (PNG) in Kraft getreten, das ab Januar 2013 PatientInnen die Option bietet, sich anstelle von pauschalen Leistungskomplexen nach einem vorgegebenen Katalog ein individuelles Pflegepaket schnüren zu können, indem Zeiteinheiten gekauft werden, in denen nach individueller Absprache die Pflegeleistung erbracht wird. Die Verhandlungen mit den Pflegekassen über die Vergütung nach Zeitaufwand gestalten sich jedoch sehr schwierig: Die Kassen würden die Unterfinanzierung aus dem Leistungskomplexsystem gern auf die Vergütung nach Zeitaufwand übertragen und bieten so niedrige Ent-

gelte an, dass kein Pflegedienst auf dieser Grundlage tatsächlich wirtschaftlich Leistungen anbieten könnte. Wie wollen Sie darauf hinwirken, dass die betroffenen pflegebedürftigen Menschen ab dem kommenden Jahr tatsächlich zwischen der Vergütung nach Zeitaufwand und der nach Leistungskomplexen wählen können und die Vergütungen für beide Varianten „so gestaltet sind, dass sie es den Pflegediensten bei wirtschaftlicher Betriebsführung ermöglichen, ihre Aufwendungen zu finanzieren“ (wie es das SGB XI verlangt)?

Die CDU-geführte Landesregierung hat mit dem Pflegepaket 2008, dem Pflegepakt 2011 sowie dem neuen Heimgesetz wichtige Akzente für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe pflegerische Versorgung gesetzt. Wir setzen auf eine bessere Abstimmung zwischen ambulanten, stationären und Tagespflegeangeboten, um passgenaue Lösungen auch im ländlichen Raum zu ermöglichen. Um dem Wunsch der meisten Menschen, auch im Pflegefall in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben, gerecht zu werden, rufen wir quartiersbezogene Wohnprojekte ins Leben. Damit fördern wir vor Ort die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Menschen. Wir wirken auf die Schaffung kleinräumiger Netzwerke aus professionellen und ehrenamtlichen Unterstützungsangeboten hin. So wird älteren Menschen ermöglicht, weiterhin in ihrem angestammten Wohnumfeld zu leben.

Angesichts der wachsenden Zahl pflegebedürftiger Menschen kommt der Sicherung einer qualitativ hochwertigen Beratungsinfrastruktur ebenfalls eine hohe Bedeutung zu. Mit den Akzentsetzungen des Pflegegeneausrichtungsgesetzes stärken

wir die Eigenverantwortung der Pflegebedürftigen und erleichtern passgenaue individuelle Lösungen. Die Umsetzung werden wir ggf. auch moderierend unterstützen. Inwieweit alternative Abrechnungssysteme in Anspruch genommen werden, entscheiden Betroffene und Pflegedienste gemeinsam.

5. 17% der Menschen in Niedersachsen haben einen Migrationshintergrund. Für ein modernes und weltoffenes Land Niedersachsen ist es wichtig, dass auch die Aufnahmegesellschaft die Vorteile einer multikulturellen Bevölkerung erkennt, erlebt und für sinnvoll erachtet. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in ihrer Heimat Niedersachsen angenommen und willkommen, kurzum: zu Hause fühlen? Mit welchen Konzepten wollen Sie insgesamt die interkulturelle Öffnung unserer Gesellschaft voranbringen und das friedliche Zusammenleben von Menschen aus allen Nationen hier in Niedersachsen fördern?

Niedersachsen ist ein weltoffenes Land und pflegt eine ausgeprägte Willkommenskultur. Die CDU will, dass alle Menschen, die hier leben, sich an der Gestaltung der Zukunft unseres Bundeslandes beteiligen. Wir verstehen Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe. Wesentliche Eckpfeiler unseres integrationspolitischen Gesamtkonzeptes – des Handlungskonzeptes Integration – sind Spracherwerb und Bildung, interkulturelle Öffnung sowie Integration vor Ort und im Sport. Wir setzen uns bundesweit für ein Verfahren zur Feststellung der deutschen Sprachkenntnisse ein, um Kinder früh fördern und fördern zu können. Die Anzahl der Erzieher mit Migrationshintergrund soll er-

höht und die interkulturelle Kompetenz gestärkt werden.

Um die Abbrecherquote in Schule und Ausbildung bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu senken, erarbeitet das Land spezielle Coachingprogramme. Die Qualifizierungsoffensive Niedersachsen fördert vorhandene Potenziale bei Menschen mit Migrationshintergrund. Mit dem Anerkennungsgesetz hat der Bund einen wesentlichen Beitrag zur besseren Arbeitsmarktintegration von Menschen mit beruflichen Auslandsqualifikationen geleistet.

Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund stärken das Wir-Gefühl und die Berufsorientierung. Wir wollen ferner alle Programme zum Kampf gegen Diskriminierung und Präventionsarbeit miteinander verknüpfen, um frühzeitig jeder Art von Diskriminierung entgegen zu treten.

Der Paritätische Medien-Service (PMS)

immer aktuell im Internet:

Rubrik Presse auf

www.paritaetischer.de

oder im E-Mail-Abo –

schreiben Sie an

presse@paritaetischer.de

Antworten von Stephan Weil (SPD)

1. Einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gibt es in Niedersachsen bislang nur im Entwurf. Es ist höchste Zeit, die Umsetzung nun endlich ernsthaft und verbindlich anzugehen – welche konkreten Schritte dafür sind für 2013 von Ihnen zu erwarten?

Die Inklusion ist eine der großen Aufgaben, vor denen Niedersachsen steht. Wir wollen die Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt in alle Lebensbereiche einbeziehen. In Niedersachsen sind knapp 700.000 Frauen und Männer schwerbehindert. Schwarz-Gelb bundesweit und auch in Niedersachsen missachten die angesprochene UN-Konvention. Wir wollen nach dem Wahlsieg ein Sofortprogramm zur Gestaltung des inklusiven Niedersachsens starten. Ein Aktionsbündnis wird unter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihren Verbänden unverzüglich einen Aktionsplan für Niedersachsen erarbeiten. Das Niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz (NBGG) muss modernisiert und angepasst werden, so dass sich auch die Vorgaben der UN-Konvention darin wiederfinden. Daran beteiligt werden Menschen mit Behinderungen als Experten in eigener Sache. Wichtig ist uns dabei die Umstellung auf individuelle Hilfen, bessere Beratung und Teilhabeplanung. Ein ganzes Bündel von Maßnahmen ist erforderlich, um den Arbeitsmarkt für die Inklusion zu öffnen. Wir stehen insgesamt vor einem notwendigen und wichtigen Prozess, der allerdings, da sollten wir uns auch nichts vormachen, ein Jahrzehnt oder länger in Anspruch nehmen wird.

Dabei muss Inklusion mit Augenmaß umgesetzt werden. Es geht nicht um den Wegfall von Unterstützungsleistungen. Inklusion ist kein Sparmodell, sondern steht für volle Teilhabe bei individueller Unterstützung.

2. Die Regelungen des Niedersächsischen Landesamts für Soziales, Jugend und Familie sind nicht geeignet, den Eingliederungsbedarf von Kindern mit Behinderung zu decken. Sie fallen sogar hinter denen des Modellvorhabens für die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen in Krippen zurück, das im Juli 2012 ersatzlos auslief. Ohne nachhaltige Regelungen können Kinder mit Behinderungen derzeit nicht die benötigte Hilfe erhalten. Eltern, Träger und Kommunen sind gleichermaßen verunsichert, wie die bedarfsgerechte Versorgung der Kinder sichergestellt werden soll. Welche Schritte werden Sie, gerade in Hinblick auf den ab 1. August 2013 geltenden Rechtsanspruch auf Krippenplätze für alle Kinder ab 1 Jahr, unternehmen, um nachhaltige Regelungen zu treffen, so dass Kinder mit Behinderungen nicht vom Besuch einer Krippe ausgeschlossen werden?

Eine SPD-Landesregierung wird zur Verwirklichung der Inklusion im Bildungsbereich u.a. in einem Aktionsprogramm Schritte und zeitlichen Rahmen der inklusiven Bildung festlegen. Das Programm wird im Dialog mit den Betroffenen, Eltern, kommunalen Spitzenverbänden, Landesbehinderten-beauftragten und Verbänden entwickelt. Wir wollen allen Kindern, die eine Beeinträchtigung oder Behinderung haben, einen entsprechenden



Stephan Weil

Rechtsanspruch garantieren. Auch im Krippen- und Kindertagesstättenbereich brauchen wir einen Rechtsanspruch – analog zu den Regelungen im Schulgesetz. Wir wollen nicht, dass es im Krippen- und Kindertagesstättenbereich weiterhin einen Ressourcenvorbehalt gibt. Dazu hat die SPD-Landtagsfraktion aktuell am 5.11.2012 eine Initiative in den Landtag eingebracht, die von der CDU und der FDP abgelehnt wurde.

3. Die sogenannten Freiwilligen Leistungen des Landes sind ein wichtiger Finanzierungsfaktor für eine Vielzahl unverzichtbarer sozialer Leistungen, wie z.B. die Leistungen im Bereich der Gewaltberatung und Schutzeinrichtungen für von Gewalt betroffenen Frauen, Schuldnerberatungen, Angebote der Jugendhilfe, die Angebote im Bereich der Aids-Hilfe, Anlaufstellen der Straffälligenhilfe und viele mehr. Sämtliche Leistungen sind in der sozialen Landschaft unverzichtbar, für die Einrichtungen, die diese Leistungen anbieten sind sie jedoch unsicher. Langfristige Zahlungen und Projekte sind wegen des Charakters der Leistungen in Zeiten an-

gespannter Haushalte nur schwierig oder zum Teil nicht mehr realisierbar, obwohl sämtliche dieser Leistungen in einem sozialen Rechtsstaat unabdingbar sind und eine nachhaltige Sicherung verlangen. Wir fordern daher, zumindest einen Teilbetrag der Freiwilligen Leistungen gesetzlich abzusichern um den betroffenen Einrichtungen ein Mindestmaß an dauerhafter Planungssicherheit bieten zu können. Welche Maßnahmen planen Sie, um das breite Leistungsangebot der freien Träger im Bereich der Freiwilligen Sozialen Leistungen dauerhaft zu sichern?

In der Tat ist die wichtige Rolle der Freien Wohlfahrtsverbände bei der Gestaltung des sozialen Niedersachsens kaum zu überschätzen. Kinderschutz und -förderung, Jugend, Inklusion, Familie und Armutsbekämpfung, Frauen und Gleichstellung, Gesundheitsvorsorge und Pflege: Mit ihren zahlreichen Einrichtungen und Initiativen ist die Freie Wohlfahrtspflege unverzichtbarer Partner einer solidarischen Sozialpolitik. Eine von mir geführte SPD-Landesregierung wird deshalb die Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt des Landes wieder übernehmen, das Prinzip der Subsidiarität stärken und die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege absichern.

4. Vor kurzem ist das Pflegeneuaustrichtungsgesetz (PNG) in Kraft getreten, das ab Januar 2013 PatientInnen die Option bietet, sich anstelle von pauschalen Leistungskomplexen nach einem vorgegebenen Katalog ein individuelles Pflegepaket schnüren zu können, indem Zeiteinheiten gekauft werden, in denen nach individueller Absprache die Pflegeleistung erbracht wird. Die Verhandlungen mit den Pflegekassen über die Vergütung

nach Zeitaufwand gestalten sich jedoch sehr schwierig: Die Kassen würden die Unterfinanzierung aus dem Leistungskomplexsystem gern auf die Vergütung nach Zeitaufwand übertragen und bieten so niedrige Entgelte an, dass kein Pflegedienst auf dieser Grundlage tatsächlich wirtschaftlich Leistungen anbieten könnte. Wie wollen Sie darauf hinwirken, dass die betroffenen pflegebedürftigen Menschen ab dem kommenden Jahr tatsächlich zwischen der Vergütung nach Zeitaufwand und der nach Leistungskomplexen wählen können und die Vergütungen für beide Varianten „so gestaltet sind, dass sie es den Pflegediensten bei wirtschaftlicher Betriebsführung ermöglichen, ihre Aufwendungen zu finanzieren“ (wie es das SGB XI verlangt)?

Da kann es nur die Strategie der Leistungsanbieter geben, zeitgleich mit den Stundensätzen für die Zeiteinheiten, den Leistungskomplexkatalog neu zu verhandeln. Dort fehlen bislang Leistungen, die vom Bundesgesetzgeber vorgeschrieben sind, die Punktzahlen sind falsch gewichtet und die Punktwerte zu niedrig. Wichtig ist, dass – wie z.B. auch im Handwerk – der Stundensatz für eine Zeiteinheit kaum unter 50,- Euro / Std. liegen kann, damit die MitarbeiterInnen tarifgerecht bezahlt werden können.

Allein schon die Formulierung der Frage zeigt: Das System der Pflegeversicherung mit ihrem faktischen Akkorddruck im Leistungskomplexsystem und deutlich zu niedrigen Entgelten für die Leistungsanbieter ist inzwischen unzumutbar für Pflegebedürftige und Pflegende geworden. Wir streben einen neuen Masterplan „Niedersachsen

gut gepflegt“ an, der insbesondere auch die Auswirkungen des demographischen Wandels im ländlichen Raum berücksichtigt und alle Akteure in der Pflege einschließt. Eine bloße Fortschreibung des wirkungsarmen bisherigen Pflegepakts reicht nicht aus.

5. 17% der Menschen in Niedersachsen haben einen Migrationshintergrund. Für ein modernes und weltoffenes Land Niedersachsen ist es wichtig, dass auch die Aufnahme-gesellschaft die Vorteile einer multikulturellen Bevölkerung erkennt, erlebt und für sinnvoll erachtet. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in ihrer Heimat Niedersachsen angenommen und willkommen, kurzum: zu Hause fühlen? Mit welchen Konzepten wollen Sie insgesamt die interkulturelle Öffnung unserer Gesellschaft voranbringen und das friedliche Zusammenleben von Menschen aus allen Nationen hier in Niedersachsen fördern?

Niedersachsen ist ein Einwanderungsland, dazu bekennen wir uns ohne Wenn und Aber. Wir sind Heimat für Menschen unterschiedlicher Herkunft. Deshalb ist Teilhabe und Partizipation eine Selbstverständlichkeit, und das gilt natürlich auch für Zuwanderinnen und Zuwanderer. Wir planen einige wichtige Schritte, die zum einen eine hohe Symbolkraft haben, aber auch konkrete Teilhabe bedeuten. Wir möchten, dass künftig auch bei Landtagswahlen alle EU-Bürger das Wahlrecht haben. Und wir werden uns für eine Grundgesetzänderung starkmachen, damit auch Menschen aus Nicht-EU-Staaten das kommunale Wahlrecht bekommen. Wer in Niedersachsen

dauerhaft lebt, soll auch mitbestimmen dürfen. Wir wollen eine neue Willkommenskultur in Niedersachsen, denn Zuwanderung ist nicht nur eine kulturelle Bereicherung, sondern auch eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Notwendigkeit. Wir brauchen Zuwanderung, um der Überalterung der Gesellschaft entgegen zu wirken. Und, ganz schlicht:

Wir brauchen Fachkräfte aus dem Ausland. Teilhabe und Partizipation von Zugewanderten begreifen wir als Querschnittsaufgabe für alle Landesressorts, und den Instrumenten zur Förderung von Teilhabe und Partizipation wollen wir Gesetzesrang geben. Besonders mit den muslimischen Verbänden wollen wir einen dauerhaften Dialog führen.

Gleichzeitig wird die rigide Abschiebepolitik der jetzigen Landesregierung beendet. In der Härtefallkommission werden endlich wieder humanitäre Gesichtspunkte der Entscheidungsmaßstab sein.

Wir danken den Herren David McAllister und Stephan Weil für die schriftliche Beantwortung der Fragen.

Bessere Personalschlüssel für Kitas in Niedersachsen gefordert

Podiumsdiskussion: Politiker stimmen Paritätischen Forderungen zu

Im Rahmen einer Versammlung seines Fachbereichs Elementar-erziehung am 5.10.2012 in Hannover hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. seine politischen Forderungen für bessere Standards in Krippen und Kindertagesstätten bekräftigt. „Bessere Kita-Standards – starkes Niedersachsen: Kinder sind mehr wert“ war das Motto der Tagung mit Podiumsdiskussion, an der Vertreter/-innen fast aller im Landtag vertretenen Parteien teilnahmen und mit dem Plenum über Verbesserungen der Rahmenbedingungen in niedersächsischen Kitas diskutierten.

Dabei herrschte fraktionsübergreifende Einigkeit darüber, dass der Personalschlüssel in Krippen und Kitas angehoben und der Fachkräftemangel stärker als bisher bekämpft werden muss.

„Wir brauchen mehr ErzieherInnen und arbeiten auf eine Quote von drei ErzieherInnen pro 15 Kindern



Die Runde der Podiumsdiskussion, von links: Frauke Heiligenstadt (SPD), Miriam Staudte (Bündnis 90/Die Grünen), Moderatorin Tanja Schulz, Eltje Jahnke (Vorsitzende des Sprecher-Innengremiums Fachbereich Elementar-erziehung), Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU) und Christa Reichwaldt (Die Linke).

in den Krippen und pro 25 Kindern in den Kitas hin“, erklärte Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU) erstmals eine entsprechende Absicht der Landesregierung, die somit auf eine alte Forderung des Paritätischen, vieler Elterninitiativen und der Oppositionsparteien eingegangen ist.

Auch wenn alle Parteien den Not-

stand im Kita-Personal erkannt haben und Abhilfe schaffen wollen, herrschte doch große Uneinigkeit über die Finanzierungsfrage. „Es ist zu befürchten, dass ein solcher Ausbau auf Kosten der Qualität geht, wenn die Finanzierung nicht gesichert ist“, gab Christa Reichwaldt (Die Linke) zu bedenken.

„Wir müssen an dieser Stelle auf-

passen, dass das Thema Qualität nicht zeitlich hinter das Thema Quantität gerät, das muss miteinander einhergehen“, sagte auch Frauke Heiligenstadt (SPD).

„Wenn die Finanzierung auf die Kommunen abgewälzt wird, wird der Flickenteppich in Niedersachsen noch größer, das ist keine Bildungsgerechtigkeit“, sagte Miriam Staudte (Bündnis 90/Die Grünen).

Eltje Jahnke, Vorsitzende des SprecherInnengremiums Fachbereich Elementarerziehung, begrüßte durchaus, dass sich die PolitikerInnen darüber einig seien, dass der momentane Personalschlüssel nicht ausreichend sei. Doch bloße politische Absichtserklärungen allein würden nicht reichen: „Auch wenn der politische Wille erkennbar ist, ist es frustrierend, wenn immer nur geredet wird, sich aber nichts tut und mit den alten, un-

tragbaren Gesetzen weiter gearbeitet wird“, sagt sie.

Auch das Thema Fachkräftemangel als zweite große „Baustelle“ im Krippen- und Kitabereich erregte die Gemüter. Viele der rund 100 anwesenden ErzieherInnen und VertreterInnen der Träger beteiligten sich an der Diskussion und schilderten die Eindrücke aus ihren Einrichtungen vor Ort, von jungen Nachwuchskräften, die nach Ende der vierjährigen Ausbildung in den meisten Fällen lieber ein Studium absolvieren oder in einen anderen sozialen Berufszweig wechseln, aber nur selten im Arbeitsbereich Elementarerziehung bleiben: Zu niedrig ist die Vergütung, zu kräftezehrend die Arbeit unter den gegebenen Bedingungen.

Die klare Botschaft, die deutlich bei den Politikern ankam und von ihnen mitgenommen wurde: Die

Rahmenbedingungen für den Beruf der ErzieherInnen müssen dringend verbessert werden!

Die von den Erzieherinnen und Erziehern formulierten Forderungen sind Teil der „Positionen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. zur Landtagswahl 2013“, die in übersichtlicher Form verdeutlichen, welche Weichen aus Sicht des Paritätischen für ein gemeinwohlorientiertes Niedersachsen gestellt werden müssen. Die „Positionen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. zur Landtagswahl 2013“ stehen im Internet auf www.paritaetischer.de zum Download zur Verfügung.

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Forderung der Lebenshilfe von allen Parteien unterstützt

Einrichtung einer Kommission zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erntet Zuspruch

Unter der Fragestellung „Gibt es ein Recht auf Gleichheit?“ haben sich am 14.11.2012 Vorstandsmitglieder und Geschäftsführungen der Lebenshilfe-Organisationen in Hannover getroffen, um sich über die behindertenpolitischen Ziele der einzelnen Parteien zu informieren. Bei der Eröffnung der Veranstaltung kritisierte der stellvertretende Vorsitzende der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Niedersachsen e.V., Peter Wel-

minski, den „Flickenteppich“ in der Eingliederungshilfe: „Es kann nicht sein, dass es davon abhängt wo man wohnt, um eine Leistung zu erhalten“, so Peter Welminski.

Die Veranstaltung wurde mit einem Einführungsreferat von Peter Masuch, dem Präsidenten des Bundessozialgerichts in Kassel, zum Thema „Gibt es ein Recht auf Gleichheit?“ fortgesetzt. Er erinnerte daran, dass die UN-Behindertenrechtskonvention nicht nur

eine gut gemeinte Empfehlung, sondern seit März 2009 geltendes Bundesgesetz sei. „Die Konvention schafft keine Sonderrechte. Sie konkretisiert die Menschenrechte aus Sicht der Menschen mit Behinderung und erfüllt somit ein elementares Menschenrecht“, erklärte Peter Masuch.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern aller im Landtag vertretenen Parteien unter der Leitung



An der Diskussion nahmen folgende Personen teil, von links: Björn Försterling (FDP), Gudrun Pieper (CDU), Anika Falke (Moderation), Uwe Schwarz (SPD), Anja Piel (Die Grünen) und Agnes Hasenjäger (Die Linke).

von Anika Falke, Pressereferentin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., wurde schnell Einheitlichkeit deutlich. Alle PolitikerInnen sprachen sich für eine Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aus und unterstützen dabei auch die Forderung der Lebenshilfe Niedersachsen nach der Einrichtung einer Kommission, in der VertreterInnen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft, Menschen mit Behinderungen und Fachleute aus Verbänden der Wohlfahrtspflege mitarbeiten.

Über die Frage, wie der jetzige Stand ist und welche Schritte in welchem Zeitraum notwendig sind, gab es jedoch deutliche Unterschiede. Gudrun Pieper (CDU) sagte zu dem Thema Inklusion, dass es in Niedersachsen bereits ein „breites und gutes Angebot für Menschen mit Behinderungen“ in Niedersachsen gebe, dennoch aber weitere Schritte gemacht werden müssen. Uwe Schwarz (SPD) zeigte sich mit dem bisher Erreichten unzufrieden und meinte, dass andere Bundesländer weiter, Deutschland gesamt im Vergleich

mit anderen europäischen Ländern „Entwicklungsland“ sei. Man habe bei der Umsetzung der Konvention „manches gut angefangen“, nun müsse man gemeinsam daran arbeiten, dass alles umgesetzt wird und funktioniert, sagte Agnes Hasenjäger (Die Linke). Es wäre das Schlechteste, wenn sich die Parteien bei diesem wichtigen Thema politisch voneinander abgrenzen „anstatt die Konvention gemeinschaftlich umzusetzen“, meinte Anja Piel (Bündnis 90/Die Grünen).

Neben einer allgemeinen Bewertung der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention kamen bei der Podiumsdiskussion die Themen „inklusive Krippenplätze“, „Wohnformen für ältere Menschen mit Behinderungen“ und „Umsetzung des Inklusionsgedanken in den eigenen Parteistrukturen“ zur Sprache. Vor allem die Angabe der Lebenshilfe, dass in Niedersachsen 40% der über 50-jährigen Menschen mit geistiger Behinderung noch bei ihren Angehörigen leben, sorgte für Diskussionen. Die Entscheidungsfreiheit über den Wohnort und die Wohnform sei wichtig, die Wahlmöglichkeit müsse im Fo-

kus stehen, sagte Björn Försterling (FDP). Zum Schluss der Podiumsdiskussion wurde deutlich, dass alle Politiker Inklusion für ein wichtiges Thema halten und in diesem Bereich noch viel vorhaben.

Zum Abschluss der Veranstaltung betonte der stellvertretende Landesvorsitzende Peter Welminski, dass die Lebenshilfe auch in den kommenden Jahren kritisch darauf achten wird, ob die Erklärungen der Politik auch eingehalten werden und rief die Anwesenden auf: „Gehen Sie zur Wahl und informieren Sie sich auch bei Ihren Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort über die behindertenpolitischen Ziele.“ Die Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine des Elternausschusses sind auf der Homepage der Lebenshilfe Niedersachsen (www.lebenshilfe-nds.de) zu finden.

*Frank Steinsiek
Lebenshilfe für Menschen mit
geistiger Behinderung Landesverband
Niedersachsen e.V.*

*Nadine Funke
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Arbeitskreis Straffälligen- und Bewährungshilfe spricht mit Politikern

Gespräche mit Vertretern der CDU, SPD,

Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat mit Vertretern seines Arbeitskreises Straffälligen- und Bewährungshilfe zwischen Juli und November 2012 mit Mitgliedern des niedersächsischen Landtages der Parteien von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP Gespräche über die Zukunft der freien Straffälligenhilfe geführt. In diesem Artikel sollen die Ergebnisse der Gespräche kurz zusammen gefasst werden.

Im Laufe der letzten Legislaturperiode hat sich im Rahmen der Straffälligenhilfe einiges positiv verändert. Als erstes zu benennen ist an dieser Stelle das Projekt „Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe“. Hier wird von den Anlaufstellen aus Menschen bei der Regelung der Zahlung ihrer Geldstrafen geholfen, damit diese nicht in Haft gehen müssen. Allein im ersten Quartal 2012 wurden in den Anlaufstellen in Niedersachsen 876 Klienten mit einer Gesamtzahl von knapp 50.000 potenziellen Hafttagen betreut. Insgesamt mussten diese Menschen Geldstrafen in Höhe von knapp 800.000 Eurozahlen. Durch die Betreuung werden die Geldstrafen (in Raten) gezahlt und Hafttage vermieden. Setzt man für jeden Hafttag Kosten in Höhe von 100 Euro pro Tag an, ergibt sich insgesamt (inkl. der gezahlten Strafen) eine Ersparnis für das Land von rund 5.745.000 €. Es ist selten, dass ein Projekt so konkrete Zahlen vorlegen und damit seinen Er-

folg nachweisen kann. Somit ist es nicht verwunderlich, dass alle Parteien zugesagt haben, sich für eine Aufstockung der Verwaltungsstellen bei Einrichtungen mit sehr hoher Klientenzahl einzusetzen.

Bei diesem Thema wurde von uns zusätzlich der Blick auf beispielhafte Einzelschicksale gelenkt, die aus der Sicht des Landes nicht erkennbar sind und eine wesentliche Rolle spielen. So wurde zum Beispiel wiederholt verhindert, dass alleinerziehende Mütter in das Gefängnis mussten. Dies hätte zur Folge gehabt, dass ihre Kinder ebenfalls vom Staat hätten betreut werden müssen und wahrscheinlich die Beziehung zwischen Mutter und Kind und das gegenseitige Vertrauen massiv gelitten hätten, mit entsprechenden Folgen für die Entwicklung der Kinder.

Schwieriger wurde es bei dem Thema Wohnungssuche. Haftentlassene stehen sehr oft dem Problem gegenüber, keinen geeigneten Wohnraum anmieten zu können. Viele Vermieter, selbst Wohnungsbaugesellschaften, lassen Wohnraum lieber leer stehen, als ihn an Haftentlassene zu vermieten. In Ballungszentren gibt es in der Regel gar keine Chance auf eine reguläre Wohnung. Einige Einrichtungen bieten daher (mit unterschiedlichen Konzepten) für einen Überbrückungszeitraum eine vorübergehende Bleibe an. Diese Einrich-

tungen stehen aber vor dem Problem, dass ihnen kein Geld zur Verfügung steht, um die Räumlichkeiten instand halten zu können. In Niedersachsen gibt es geschätzt weniger als 40 Plätze in derartigen Wohnformen. Pro Wohneinheit wurde von uns hier ein Betrag von ca. 3.000 Euro p.a. von den Parteien gefordert. Bei den aktuellen Regierungsparteien wird bei derartigen Forderungen grundsätzlich auf den Doppelhaushalt des Landes verwiesen, und dass dort kein Spielraum mehr sei. Offene Türen haben wir dagegen bei SPD und den Grünen vorgefunden, die auch bei dem Doppelhaushalt nach einem eventuellen Regierungswechsel noch Spielraum sehen, so mal die Forderungen des Arbeitskreises „sehr moderat“ seien.

Beim Thema Vollzugslockerung hat sich ein deutlicher Unterschied zwischen der aktuellen Regierung und der Opposition manifestiert. Während die Regierung versucht, Straftäter möglichst lange unter Verschluss zu halten, geht die Opposition davon aus, dass Straftäter während ihrer Haftzeit Lockerungen benötigen, um ein Leben in Freiheit zu üben und Vorbereitungen für die Zeit nach der Haftentlassung, wie Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche, treffen zu können. An dieser Stelle werden die Zahlen der Landesregierung kritisiert, die behauptet, dass die Anzahl der Lockerungen in den letzten Jahren

gleich geblieben ist. Dies ist zwar, die absoluten Zahlen betrachtet, korrekt, jedoch bekommen immer weniger Menschen Lockerungen, diese dafür aber immer öfter. Ein schlüssiges Konzept auf die Frage, wie ein Gefangener aus dem Gefängnis heraus ohne Lockerungen sein Leben nach der Haft organisieren soll, bleibt die Landesregierung schuldig. Die Opposition möchte die Haftlockerungen erweitern und denkt weiterhin darüber nach, welche Gefängnisstandorte noch benötigt werden, da einige nicht ausgelastet sind.

Auch im Bereich der Prävention soll etwas gemacht werden. So möchte die SPD beispielsweise mehr Geld in präventive Angebote für junge Menschen investieren und sich Ge-

danken darüber machen, welche Strafen für Jugendliche angemessen sind, und wie die Jugendlichen aus der Strafe im positiven Sinn etwas lernen können, Stichwort: „Schwitzen statt Sitzen“. Weiter wird betont, dass während der Haft in den nächsten Jahren mehr auf Therapie gesetzt werden soll.

Besonders hervor sticht, dass Bündnis 90/Die Grünen und die SPD deutlich gemacht haben, dass sie erfolgreiche Projekte vom Projektcharakter in eine dauerhafte Finanzierung überführen wollen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die SPD und die Grünen viele gute Ideen haben, diese bislang aber leider nicht umsetzen konnten bzw. während ihrer letz-

ten Regierungszeit nicht umgesetzt haben. Die CDU und FDP sollte aus unserer Sicht ein vorurteilsfreieres Bild von Menschen, die in Haft sind, waren oder davon bedroht sind, entwickeln und nicht so sehr auf eine populäre Meinung bauen, sondern auf nachhaltige Konzepte. Wir müssen aber konstatieren dass, wie oben erwähnt, diese beiden Parteien in den letzten Jahren einiges Positives auf den Weg gebracht haben. Wir werden die Parteien auch im nächsten Jahr wieder zu Gesprächen einladen und die gemachten Aussagen auf deren Umsetzung überprüfen.

*Karsten Schubert
Referent Arbeitskreis Straffälligenhilfe
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Forderungen des LSVD zur Landtagswahl 2013

Lesben und Schwule fragen Parteien nach ihren Positionen

Mit 15 Fragen aus sechs Themenbereichen hat die paritätische Mitgliedsorganisation **Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Niedersachsen-Bremen e.V.** die demokratischen Parteien in Niedersachsen um Auskunft über ihre Positionen für die kommende Legislaturperiode gebeten. Wie die Farben der Parteien, so unterscheiden sich auch ihre Antworten. Während einige davon nicht überraschen, scheinen andere durch den Wahlkampf eher aufgeweicht.

Der LSVD fordert eine Ergänzung des Gleichheitsartikels um das Merkmal „sexuelle Identität“. In einem erweiterten Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes sowie der

Niedersächsischen Landesverfassung soll es in Zukunft auch heißen: „Niemand darf wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Hatte die CDU eine Ergänzung der Landesverfassung noch im Mai diesen Jahres zusammen mit der FDP abgelehnt, stellt sie ihren Antworten nun einen Hinweis auf die Gleichheit aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe (...) und sexueller Identität, voran. Dass an manchen Stellen auf lesbische und schwule Einrichtungen und Netzwerke hingewiesen wird, zeugt ebenso wie das Abwarten von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes zum Steuerrecht nicht von politischem Handlungswillen.

Die FDP verweist an vielen Stellen auf ihre Bundespartei, bei der allerdings viele Parteitagsbeschlüsse wenig später auf Regierungsebene vergessen scheinen. Eine Ergänzung des Gleichheitssatzes der Landesverfassung um das Merkmal der sexuellen Identität lehnt die FDP weiterhin ab. Prof. Roland Zielke, MdL (FDP), beschrieb am 8. Mai in einer Plenarsitzung die Aufnahme von Lesben und Schwulen in den entsprechenden Artikel der Landesverfassung als den „Beginn der Inflation unserer Verfassung“.

SPD und Grüne erklären den Wunsch zu strukturellen Veränderungen, um auch schwul-lesbische Organisationen und Initia-

tiven stärker zu unterstützen. Die rechtliche und steuerliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren scheint beiden Parteien ebenso selbstverständlich zu sein wie die Rehabilitierung der Opfer von § 175 (der Paragraf stellte bis 1994 sexuelle Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts unter Strafe). Die moderne Einschätzung des Familienbildes, dass Familie dort ist, wo Kinder sind, teilen beide Parteien auch mit der Linkspartei und den Piraten.

Die Linkspartei bekräftigt in ihren Antworten noch einmal die Positionen, die sie bereits in den vergangenen Jahren als Anträge in den Landtag eingebracht hat. Darüber hinaus fordert DIE LINKE die volle

rechtliche Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft im Rahmen einer Bundesratsinitiative.

Die Piraten können bislang auf keine Erfahrung im Niedersächsischen Landtag zurück blicken. Ein wenig steif und auf das Parteiprogramm bezogen wirken daher wohl die Antworten auf die Wahlprüfsteine des LSVD, die aber in fast allen Punkten den Forderungen des Verbandes nachkommen. Lediglich eine Ergänzung von Artikel 3 der Landesverfassung um einen expliziten Hinweis auf die sexuelle Identität hält die Piratenpartei wie die aktuelle Landesregierung für „nicht zielorientiert“.

Lesben und Schwule, Bisexuelle, Transgender, ihre Familien, Freunde,

Bekannte und alle Interessierten sollten sich ein Bild von den Positionen der zur Wahl stehenden Parteien und ihrer Vertreterinnen und Vertreter machen. Am 20. Januar entscheidet sich, wer die nächsten fünf Jahre in Niedersachsen die Rechte von Homosexuellen und ihren Familien gestaltet und sich über die Landespolitik hinaus in den Bundesrat dazu einbringt. Sie haben die Wahl!

Die Wahlprüfsteine selbst sowie die jeweiligen Antworten der Parteien finden Sie auf der Homepage des LSVD Niedersachsen-Bremen: <http://nds-bremen.lsvd.de>.

Benjamin Rottmann
 LSVD Niedersachsen-Bremen e. V.

PolitikerInnen sind sich einig: Basisfinanzierung bedarf Anpassung

Spannende Fachbereichstagung Sucht

In der gut besuchten Herbsttagung des Fachbereichs Sucht am 23.11.2012 in der GDA Hannover-Kleefeld hat neben Diskussionen zum Thema „Selbsthilfe 2012 im Fokus der Suchthilfe“ und dem sehr aufschlussreichen Vortrag mit dem Titel: „(Nicht nur) rechtliche Rahmenbedingungen zur medizinischen Rehabilitation Suchtkranker“ von Jost Leune (Fachverband der Drogen und Suchthilfe e. V.) am frühen Nachmittag eine spannende Diskussion mit Sozialpolitikern von vier Landtagsfraktionen stattgefunden. Norbert Böhlke (CDU), Petra Tiemann (SPD), Ursula Helmhold (Bündnis 90/Die Grünen) und Pa-

trick Humke (Die Linke) stellten sich den Fragen des Fachbereichs zu der Finanzierung der Suchthilfe in den nächsten Jahren, zum Umgang des Landes mit neuen Angeboten der Suchthilfe und einer möglichen Kommunalisierung.

Seit über 20 Jahren ist die Grundfinanzierung der Beratungsstellen von Seiten des Landes unverändert geblieben. Da die Kommunen die tariflichen Lohnsteigerungen nur zum geringen Teil aufgefangen haben, mussten Stunden beim Personal reduziert werden. Andererseits geben aber die Rahmenrichtlinien des Landes wiederum festgelegte

Personalstandards vor, die eingehalten werden müssen, z.B. Anzahl und Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gerade kleine Einrichtungen laufen in die Gefahr, diese Standards nicht mehr einhalten zu können. Ihre Existenz und eine flächendeckende Versorgung sind somit gefährdet. Hinzu kommt, dass sich die Aufgaben der Suchtberatungsstellen erweitert haben. So gehört eine intensive Kooperation mit den Jugendämtern zum Schutz des Kindeswohls ebenso wie die Beratung bei Onlinesucht zu den vielfältigen Aufgabengebieten der Beratungsstellen. Diese Aufgaben benötigen zusätzliche Perso-

nalressourcen und keine Personalreduzierungen. In einer lebendigen Diskussion wurde von allen beteiligten Politikerinnen und Politikern gesehen, dass die seit über 20 Jahren unveränderte Basisfinanzierung der Fachstellen für Sucht und Suchtprävention einer Anpassung, zumindest in der Höhe der Tarifsteigerungsraten bedarf.

Des Weiteren interessierten sich die Politikerinnen und Politiker für die Hintergründe, die es erschweren, in der Eingliederungshilfe notwendige neue Angebote für chronisch mehrfach beeinträchtigt Abhängigkeitserkrankte zu schaffen. Durch die Substitution mit Drogenersatzstoffen und anderen Suchthilfeangeboten ist die Lebenserwartung der Drogenabhängigen gestiegen. Eine Vielzahl von ihnen ist chronisch mehrfach beeinträchtigt abhängigkeitskrank und benötigt veränderte Hilfeangebote. Standen vor zehn Jahren der Abstinenzanspruch und eine

entsprechende stationäre oder ambulante Suchttherapie im Vordergrund der Suchthilfe, benötigt eine Vielzahl der inzwischen gealterten Langzeitsubstituierten oder auch alkoholkranken Menschen Maßnahmen des ambulant oder stationär Betreuten Wohnens im Rahmen der Eingliederungshilfe. Diese Angebotsformen haben sich inzwischen erweitert. Ein zunehmender Bedarf besteht auch an tagestrukturierenden Maßnahmen wie z.B. Tagesstätten. Während im Bereich der psychisch Kranken dieses Angebot schon lange etabliert ist, fehlt dieses Angebot im Bereich der Suchtkranken fast völlig: In ganz Niedersachsen gibt es eine einzige Einrichtung dieser Art.

Die Haltung des Landes, möglichst keine neuen Angebote zuzulassen, ist für die Versorgung dieser Zielgruppe hinderlich. Unter den Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen herrschte Einigkeit da-

rüber, dieses Thema politisch zu hinterfragen.

In Diskussionen und Verhandlungen trat immer mal wieder das Thema „Kommunalisierung“ auf. Dies würde bedeuten, dass das Land die Mittel für soziale Aufgaben an die Kommunen abgibt. Aufgrund finanzieller Überforderung vieler Kommunen wird dabei eine Gefährdung der flächendeckenden Versorgung befürchtet. Für die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachbereichstagung war es deshalb beruhigend zu hören, dass die Kommunalisierung der Landesmittel für die Politikerinnen und Politiker derzeit kein Thema ist und Übereinstimmung darüber festgestellt werden konnte, dass die Steuerungsverantwortung beim Land bleiben soll.

*Petra Bunke
Fachberaterin Sucht
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Jede Stimme zählt für ein soziales Niedersachsen!

Paritätische Positionen zur Landtagswahl 2013

Mit seinen „Positionen zur Landtagswahl 2013“ hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. seine sozialpolitischen Forderungen zum Erhalt und zur weiteren Ausgestaltung einer sozialen Landschaft in Niedersachsen vorgelegt. In übersichtlicher Form wird in dem Heft verdeutlicht, welche Weichen aus Sicht des Paritätischen für ein gemeinwohlorientiertes Niedersachsen gestellt werden müssen. „Wir möchten die Wählerinnen und Wähler dazu auffordern, die

Parteien an ihren Zukunftsplänen hinsichtlich eines sozial gerechten Miteinanders in Niedersachsen zu messen“, sagt Sebastian Böstel, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen. Die „Positionen zur Landtagswahl 2013“ stehen auf der Homepage des Paritätischen Niedersachsen auf www.paritaetischer.de zum Download zur Verfügung.

Als Spitzenverband für mehr als 800 Mitgliedsorganisationen ist die Themenfülle des Paritätischen

Niedersachsen so bunt wie das Leben selbst: Menschen mit Unterschieden in Hautfarbe, Religion, Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung, Familienstand, Alter, Behinderung oder Hilfebedarf sind für den Paritätischen Niedersachsen eine wichtige und unverzichtbare Bereicherung für eine bunte, vielfältige Gesellschaft, die miteinander lebt und voneinander lernt. Fernab von Parteibüchern und Farbspielen möglicher Koalitionen sind es vor allem diese Men-

schen, die bei dieser Wahl im Mittelpunkt stehen sollten.

Entsprechend haben die 26 Fachbereiche und Arbeitskreise des Paritätischen Niedersachsen in den „Positionen zur Landtagswahl 2013“ Forderungen zusammengetragen, die Politik für alle Menschen der Gesellschaft zum Inhalt hat: junge Menschen ebenso wie Familien, Menschen mit Behinderungen ebenso wie pflegebedürftige Menschen. Zu den Forderungen, die im Positionspapier ausdrücklich erläutert und begründet werden, gehören etwa die langfristige Absicherung von Migrantenselbstorganisationen, die Neugestaltung des Inklusionsprojekts des Landes, eine verlässliche Finanzierung für von sexualisierter Gewalt Betroffene und die Einführung einer Umlage für die Altenpflegeausbildung.

„Wir haben aktuelle Themen zusammengestellt, die die Zukunft



der sozialen Gesellschaft Niedersachsens auf den Prüfstand stellen. Die Forderungen sollen dabei helfen Niedersachsen noch lebens- und liebenswerter zu machen. Jede Stimme zählt für ein soziales Niedersachsen!“, sagt Sebastian Böstel.

Der Paritätische Niedersachsen betont außerdem erneut, dass es

für alle Bürger und Bürgerinnen Niedersachsens wichtig ist, sich überhaupt an der Landtagswahl am 20. Januar 2013 zu beteiligen. „Wer nicht wählen geht, gibt wertvolle Teilhabe- und Gestaltungsrechte auf und räumt gleichzeitig den unerwünschten extremen Stimmen außerhalb der sozialen Gesellschaftsstruktur zu viel Gewicht ein. Letztlich bestrafen Nichtwähler auch sich selbst, indem sie ihre eigene Chance, an der Gestaltung des sozialen Miteinanders in diesem Bundesland mitzuwirken, ungenutzt verstreichen lassen“, sagt Sebastian Böstel.

Rechtzeitig zu Beginn der „heißen“ Phase des Landtagswahlkampfes werden die Positionen auch in einfacher Sprache zur Verfügung stehen.

Anika Falke

Pressereferentin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.

„Sozialpolitik muss wieder einen herausragenden Stellenwert in der Landespolitik bekommen!“

Deutliche Forderung der Mitgliederversammlung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.

„Sozialpolitik muss wieder einen herausragenden Stellenwert in der Landespolitik bekommen, für die Menschen, für das Land, egal, welche Regierungsbildung wir nach dem 20. Januar bekommen werden“ – mit diesen deutlichen Forderungen hat Kurt Spannig, Verbandsratsvorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., am 10.11.2012 die 34. Mit-

gliederversammlung des Verbands eröffnet. Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter des Landesverbands und seiner mehr als 800 Mitgliedsorganisationen sowie Ehrengäste aus Politik, Verwaltung und Verbandswesen trafen sich im Hannover Congress Centrum zur Mitgliederversammlung, dem höchsten Gremium des Paritätischen Niedersachsen. Im öffentlichen Teil

sprachen die Niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan, CDU, und Stephan Weil, Oberbürgermeister von Hannover und SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 20. Januar 2013, je ein Grußwort. Im nicht-öffentlichen Teil wählte die Versammlung unter anderem den neuen Verbandsrat des Paritätischen Niedersachsen und verabschiedete zwei Resolutionen.



Gut besucht: Die Mitgliederversammlung des Paritätischen Niedersachsen im HCC.



Sebastian Böstel, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e. V.

Sozialministerin Aygül Özkan lobte den Paritätischen als integralen Bestandteil der sozialen Daseinsfürsorge in Niedersachsen und sprach dem Verband und seinen Mitgliedsorganisationen herzlichen Dank für die Gestaltung des Lebens im sozialen Niedersachsen aus. Stephan Weil hob die enorme gesellschaftliche Bedeutung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen hervor. Auch er dankte dem Paritätischen und seinen Mitgliedern für das große Engagement, das sie jeden Tag zeigen.

„Wohl und Wehe der niedersächsischen Sozialpolitik“ war das Motto der Rede des Verbandsratsvorsitzenden Kurt Spannig. Er ging im Besonderen auf vier sozialpolitische Themen ein, die den Paritätischen in der jüngeren Vergangenheit beschäftigt haben und die auch künftig deutliche Akzente der Arbeit des Verbands setzen werden:

- Der Lotteriestaatsvertrag und seine Folgen wie die Benachteiligung der Wohlfahrtspflege gegenüber dem Sport, dem bereits

eine vom Vertrag unabhängige Finanzierungsgrundlage zugesichert wurde.

- Der demografische Wandel und seine Folgen, vor allem im ländlichen Raum: „Wir stellen fest, dass private Anbieter sozialer Dienstleistungen Niedersachsen dort im Stich lassen, wo die Wegstrecken weit und die Bezahlung schlecht ist“, sagte Kurt Spannig.
- Der Niedersächsische Pflegepakt, der viele gute Worte, aber nur wenig Wirkung enthält – es ist insbesondere in der ambulanten Pflege bis heute nicht gelungen, die bundesweit im untersten Bereich liegenden Leistungsentgelte in Niedersachsen zu erhöhen.
- Inklusion: „Inklusion geht nur im engen Dialog und unter Einbeziehung aller Betroffenen, es wird Zeit, dass dies nun endlich in Niedersachsen gelingt“, forderte Kurt Spannig.

„Packen Sie die Themen an, gehen Sie mit uns in einen konstruktiven Dialog, nutzen Sie unsere Kompetenz“, rief Kurt Spannig die Vertreter/-innen der Politik auf.

Im internen Teil der Mitgliederversammlung standen neben den Berichten des Vorstands und des Verbandsratsvorsitzes unter anderem die Verbandsratswahl, eine Satzungsänderung sowie die Verabschiedung zweier Resolutionen auf der Tagesordnung.

Satzung geändert

Die 34. Mitgliederversammlung hat einer Satzungsänderung des Paritätischen Niedersachsen zugestimmt. Demnach wurde der Verbandszweck entsprechend der Überkonfessionalität neu gefasst: Statt christlicher Grundsätze sieht sich der Paritätische Niedersachsen humanitären Grundsätzen verpflichtet. Außerdem besteht der zweiköpfige Vorstand künftig aus dem/der hauptamtlichen Vorsitzenden und dem/der stellvertretender Vorsitzenden. Anlass für die Neustrukturierung war die Ankündigung von Vorstand Cornelia Rundt, die den Verband spätestens im Juni 2013 verlassen wird.

Deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus

„Sozial geht nur ohne Rechtsextre-



Kurt Spannig, Verbandsratsvorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e. V., sprach über „Wohl und Wehe der niedersächsischen Sozialpolitik“.



Die Niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan, CDU, und Stephan Weil, SPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2013.

mismus – Bunte Vielfalt sozial gestalten!“ heißt die Resolution, die auf der 34. Mitgliederversammlung des Paritätischen verabschiedet wurde.

Der Paritätische Niedersachsen erteilt damit jeder Art von Rechtsextremismus und rechtem Terror eine ganz klare, kompromisslose Absage. Der Paritätische Niedersachsen kämpft entschieden gegen rechtsextremistische Ideologien und jegliche Form der Ausgrenzung. Menschen mit Unterschieden in Hautfarbe, Religion, Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung, Behinderung oder Hilfebedarf sind für den Paritätischen Niedersachsen eine wichtige und unverzichtbare Bereicherung für eine bunte, vielfältige Gesellschaft, die miteinander lebt und voneinander lernt. Dies spiegeln auch die rund eine Million unterschiedlichster Menschen und ihr vielfältiges soziales Engagement wider, die sich unter dem Dach des Paritätischen Niedersachsen zusammengeschlossen haben.

Rechtsextremismus und die Ausgrenzung von Menschen sind für den Paritätischen Niedersachsen daher in keinsten Weise tolerierbar. Der Paritätische Niedersachsen wird auch weiterhin alles in seiner Macht stehende tun um das soziale, gerechte Miteinander einer vielfältigen, bunten Gesellschaft zu fördern.

Zukunft der verbandlichen europäischen Zusammenarbeit

Eine gute, vertrauensvolle und engagierte Zusammenarbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e. V. mit Partnern aus Polen, Russland und weiteren europäischen Ländern gehört zu den satzungsgemäßen Aufgaben des Verbands und ist durch eine lange, lebhaft Tradition geprägt. Um diese Tradition zu würdigen, fortzusetzen und weiter zu entwickeln hat die Mitgliederversammlung des Paritätischen Niedersachsen eine „Entschließung zur europäischen Zusammenarbeit“ beschlossen.

Die europaweite Zusammenarbeit des Paritätischen Niedersachsen

mit sozialen Nichtregierungsorganisationen und weiteren gesellschaftspolitischen Akteuren wird durch solidarisches Handeln, Fairness, Respekt, Wertschätzung und Kooperation „auf Augenhöhe“ geprägt. Damit entspricht sie den Prinzipien der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

Gerade in Hinblick auf die gesellschaftspolitischen, darunter auch die demografischen Herausforderungen in Deutschland und Europa, hat sich die Mitgliederversammlung des Paritätischen Niedersachsen mit der Entschliebung für die Fortsetzung und Weiterentwicklung der europäischen Zusammenarbeit des Verbands ausgesprochen. Die dafür notwendigen organisatorischen Strukturen, wie beispielsweise der Fachbereich Mittel- und Osteuropa und der Paritätische Verein EURO-SOZIAL e. V., sollen weiterhin gefördert und unterstützt werden.

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.

Mitgliederversammlung wählt neuen Verbandsrat

18 Männer und Frauen bilden das ehrenamtliche Gremium



Der neu gewählte Verbandsrat mit dem hauptamtlichen Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e. V.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung haben die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Niedersachsen einen neuen Verbandsrat gewählt. Das ehrenamtlich besetzte Gremium besteht aus neun Frauen und neun Männern, die den hauptamtlichen Vorstand des Wohlfahrtsverbandes berufen, unterstützen, seine Arbeit kontrollieren und die Interessen der Mitgliedsorganisationen vertreten. Der neue Verbandsrat ist für vier Jahre gewählt. Die gewählten Mitglieder des Verbandsrates sind:

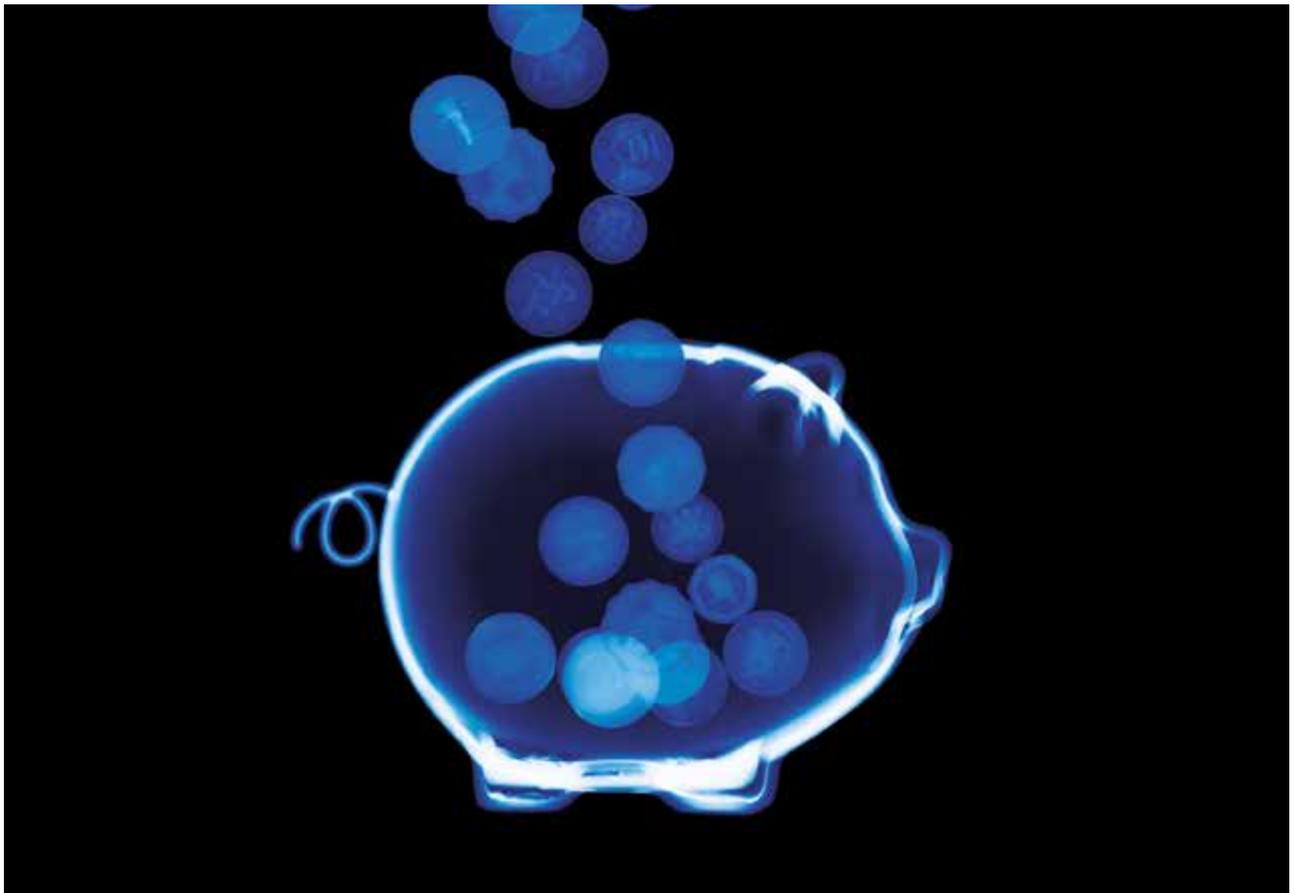
- Andreas Bergen (pro Familia Landesverband Niedersachsen e. V.)
- Brigitte Blümel (pro Familia Landesverband Niedersachsen e. V.)
- Klaus Dickneite (Niedersächsischer Landesverband für Körper- u. Mehrfachbehinderte e. V.)
- Silke Gerike (Waldorfkinder- garten am Maschsee e. V.)
- Holger Gerken (Göttinger Werkstätten gGmbH)
- Bernd Göddertz (Internationale Jugendgemeinschafts- dienste – Landesverein Niedersachsen e. V.)
- Tina Hellmann (Verein Treffpunkt e. V.)
- Ulla Klapproth (Verein Treffpunkt e. V.)
- Anneliese König (Deutscher Fami- lienverband Niedersachsen e. V.)
- Martin Kupper (Albert- Schweitzer-Familienwerk e. V.)
- Monika Lehmann (HuK Hannover e. V., Ökumenische Gemeinschaft Homosexuelle und Kirche)
- Jörn Jan Leidecker (Nieder- sächsische AIDS-Hilfe Landes- verband e. V.)
- Dorothea Pitschnau-Michel (Deutsche Multiple Sklerose-Ge- sellschaft, Bundesverband e. V.)
- Monika Placke (Verband alleiner- ziehender Mütter und Väter Lan- desverband Niedersachsen e. V.)
- Berlind Rosenthal-Zehe (Studentenwerk Göttingen Stif- tung des öffentlichen Rechts)
- Dietmar Schlüter (Freie Sucht- krankenhilfe Niedersachsen e. V.)
- Johannes Schmidt (Deutscher Kinderschutzbund, Landesver- band Niedersachsen e. V.)
- Kurt Spannig (Psychiatrische Klinik Uelzen gGmbH)

Anika Falke
 Pressereferentin Paritätischer
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.

Impressionen der 34. Mitgliederversammlung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e. V.







Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Fundraising.
Das neue BFS-Net.Tool XXL für das Internet-Fundraising.
Mehr brauchen Sie nicht. Für BFS-Kunden kostenlos.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

Geschäftsstelle Hannover | Podbielskistraße 166 | 30177 Hannover
Telefon 0511.34023-0 | www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

Die Zahl Kinder der Kinder im ALG II-Bezug sinkt ...

... das Problem Kinderarmut aber bleibt

„Armutrisiko für Kinder in Niedersachsen gesunken“ – so oder ähnlich lauteten unlängst die Schlagzeilen in der Presse. Die Bertelsmann-Stiftung hatte im Oktober 2012 eine Untersuchung veröffentlicht, nach der bei unter Dreijährigen die Kinderarmut rückläufig ist. Gegenüber dem Vorjahr sei das „Risiko für Kleinkinder in Armut aufzuwachsen“ in Niedersachsen weiter gesunken und zwar um 1,2 Prozentpunkte. Insgesamt leben hier demnach 18,2% der unter Dreijährigen in Armut.

Die Landesregierung sah in den sinkenden Zahlen erneut eine Bestätigung ihrer Sozialpolitik. Schon Anfang des Jahres hatte die niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan gegenüber der hannoverschen Allgemeinen Zeitung die Ergebnisse der Bertelsmann-Stiftung kommentiert: „Die Entwicklung in Niedersachsen zeigt, dass das Gesamtkonzept der vergangenen Jahre Früchte trägt“. Die Landesarmutskonferenz (LAK), in der sich der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. und die anderen Wohlfahrtsverbände mit dem DGB und weiteren Sozialverbänden und Initiativen zusammengeschlossen haben, warnt dagegen vor „unzulässigem Optimismus“: Die Kinderarmut sei nicht nachhaltig reduziert worden. Auch der Vorsitzende des Deutschen Kinderschutzbundes, Landesverband Niedersachsen e.V., Johannes Schmidt, sieht keine grundlegende Wende. Der Paritätische Gesamtverband e.V. hat bereits im Februar 2012 eine eigene Studie mit dem

Titel „Arme Kinder, arme Eltern: Familien in Hartz IV“ vorgelegt. Zwar stellt auch diese Studie fest, dass es in Niedersachsen durchaus einen leichten positiven Trend gibt, doch der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. stellt klar: „Die Studie zeigt, dass es zum Jubeln leider keinen Anlass gibt. Die Kinderarmut in Deutschland, auch in Niedersachsen, ist nach wie vor erschreckend hoch.“

Jedes arme Kind ist ein armes Kind zuviel

Denn die 18,2%, die die Bertelsmann-Stiftung gezählt hat, sind immerhin 34.400 Kleinkinder, die in einer Bedarfsgemeinschaft nach SGB II und damit in Armut aufwachsen müssen. Jedes einzelne davon ist ein Kind, dessen Lebensbedingungen schwieriger und dessen Zukunfts- und Bildungschancen von klein auf geringer sind als die seiner Altersgenossen: „Gerade angesichts der Tatsache, dass deutsche Kinder (im Alter von 6 bis 17 Jahren) heute über 10 Milliarden Euro zur Verfügung haben, wird die eigene relative Armut der ‚Habenichtse‘ als diskriminierend, ausgrenzend und beschämend empfunden“, schreibt das Deutsche Institut für Armutsbekämpfung auf seiner Homepage.

Kritik gibt es auch an der Zählweise der Stiftung. So wurde allein die Zugehörigkeit zu einer Bedarfsgemeinschaft und der Bezug der Grundsicherung ausgewertet. Dass hier die Zahlen rückläufig sind, liegt unter anderem auch daran, dass Familien, die den Kin-

derzuschlag erhalten, aus der Statistik über die Grundsicherung herausfallen – wesentlich mehr Geld haben sie dennoch nicht zur Verfügung. Aussagekräftiger wäre es auch diejenigen Familien in Blick zu nehmen, deren Einkommen weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommen beträgt. Denn so definiert z.B. das Deutsche Institut für Armutsbekämpfung (DIFA) die sogenannte „relative Armut“ in den Wohlstandsgesellschaften. Denn auch Familien mit einem geringem Einkommen oder einer großen Zahl von Kindern leben oft am Rande der Armutsgrenze und können nicht ausreichend an Bildung und gesellschaftlichen Prozessen teilhaben.

Der Paritätische Niedersachsen hat bereits im Februar 2012 angesichts der Jubelschlagzeilen über sinkende Kinderarmut in Deutschland darauf hingewiesen, dass sich der Trend aufgrund dieser statistischen Veränderung nur oberflächlich so positiv entwickelt hat – Wer sich an diesen statistisch aufgehübschten Zahlen ergötzt und sich von ihnen blenden oder gar zufrieden stellen lässt, nimmt das Schicksal der armen Kinder nicht ernst genug.

Weniger arme Kinder durch demografischen Wandel

Differenzierter als von der Bertelsmann-Stiftung wird die Entwicklung der Kinderarmut in den letzten fünf Jahren vom Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen dargestellt. So weist in den Stati-

stischen Monatsheften (3/2012) Prof. Dr. Eichhorn daraufhin, dass auf der einen Seite die „Armutgefährdungsquote für Kinder und Jugendliche“ im Jahre 2010 bei „19,4% und damit nur geringfügig unter der Quote des Jahres 2005 von seinerzeit 20,2%“ lag, die Kinderarmut aber „gemessen an der Zahl der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug“ im „Fünfjahresvergleich erfreulicherweise nahezu um 20% zurückgegangen“ sei. Für Prof. Dr. Eichhorn stellt sich angesichts dieser sich widersprechenden Zahlen die Frage, was denn nun stimmt: „Verharrt die Kinderarmut auf relativ hohem Niveau oder geht sie kräftig zurück?“

Die Zahl der armen Kinder sei unter anderem darum gesunken, weil es insgesamt weniger Kinder gibt, so Prof. Dr. Roth: „Für Niedersachsen bedeutet dies, dass der Rückgang der Zahl der Kinder im SGB II-Bezug um -19,6% fast zur Hälfte dadurch erklärt wird, dass die Zahl der Kinder insgesamt zeitgleich um -9,6% sank.“ Weniger Kinder, das heißt natürlich auch weniger arme Kinder.

Ein weiterer Punkt, der zu einer Verringerung bei der Zahl der Kinder in der Grundsicherung geführt hat ist die Einführung des Kinderzuschlages: „In Niedersachsen stieg die Zahl der Kinder unter 25 Jahre im Kinderzuschlagsbezug von 7.382 (2006) auf 22.935 im Jahr 2011, ein Anstieg von +259% bzw. 19.114 Personen“, so Prof. Dr. Eichhorn. Zählt man sowohl die Kinder in der Grundsicherung, als auch diejenigen die Kinderzuschlag erhalten, ergibt sich: „Die Gesamtzahl der Kinder unter 15 Jahre, die entweder im SGB II-Bezug sind

oder die Kinderzuschlag erhalten, ist in Niedersachsen von 207.982 auf 184.683 und damit um -1,2% zurückgegangen. Zugleich sank die Gesamtzahl der Kinder unter 15 Jahre um -9,6%. Die Quote der ‚bekämpften Kinderarmut‘ sank damit in Niedersachsen von 16,8% auf 16,5%.“ Sein Fazit: „Die Zahl der armen Kinder ist in der Tat kräftig gesunken. Die Kinderarmutsquote hingegen sank nur geringfügig und blieb nahezu unverändert (...) Jedes sechste Kind in Niedersachsen ist auf Sozialleistungen angewiesen, jedes fünfte Kind muss als armutsgefährdet gelten.“ Und betrachtet man nicht nur die Kinder und Jugendlichen, sondern alle Altersgruppen, dann ist die Armutgefährdungsquote in Niedersachsen sogar angestiegen: von 2010 mit 14,5% auf 15,1% in 2011, wie der Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen im September mitteilte.

Abgehängte Regionen – abgehängte Stadtteile

Und auch die Daten der Bertelsmann-Stiftung zeigen trotz ihrem eingeschränkten Blick auf diejenigen Kinder, die auf die Grundsicherung angewiesen sind, dass es auch in Niedersachsen ganze Regionen gibt, die enorme Problemlagen aufweisen: So ist im Landkreis Goslar der Anteil der in einer Bedarfsgemeinschaft aufwachsenden Kleinkinder mit 28,8% dreimal so hoch, wie im Emsland mit 8,9%. In der Stadt Wilhelmshaven beträgt die Anzahl der betroffenen Kleinkinder sogar 41,8%. Aber auch innerhalb von einzelnen Städten stellen die Forscher erhebliche Unterschiede fest. Hier liegen zwar keine differenzierten Zahlen

aus Niedersachsen vor, aber die Situation in den untersuchten Städten (Heilbronn und Jena) lässt sich auch auf das Bundesland übertragen. Während die Armutsquote bei den unter Dreijährigen in manchen Vierteln nur bei etwas mehr als einem Prozent lag, war in anderen Quartieren jedes zweite Kind arm.

Armutsrisiko:

Alleinerziehend mit Kind

„Jedes zweite Kind in Hartz IV lebt in einem Alleinerziehendenhaushalt. Alleinerziehend zu sein ist das Armutsrisiko schlechthin. Und zwar vollkommen unabhängig vom Wohnort und dem wirtschaftlichen Umfeld“, stellt der Paritätische Gesamtverband fest. Aber auch Paarhaushalte mit drei oder mehr Kindern haben ein hohes Armutsrisiko: „44% der Alleinerziehenden und 27% der kinderreichen Familien“ in Niedersachsen sind armutsgefährdet, so der Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen.

Fast alle Sozialverbände sind sich angesichts dieser Zahlen einig: Statt einem Betreuungsgeld sollte unverzüglich die flächendeckende und bedarfsgerechte Bereitstellung von kostenlosen Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen für alle Kinder mit Hochdruck umgesetzt werden. Statt einem Bildungs- und Teilhabepaket, das kaum bei den Betroffenen ankommt, müssen die Regelsätze für Kinder angepasst und erhöht werden. Inzwischen fordern viele Verbände, wie z.B. der Paritätische Bremen, eine eigenständige Grundsicherung für alle Kinder. Der Paritätische Gesamtverband setzt sich außerdem für einen Rechtsanspruch auf An-

gebote der Jugendarbeit ein. Forderungen, denen sich auch der Paritätische Niedersachsen anschließt: Bessere, ganztägige Angebote wie Förderkurse und Schulsozialarbeit, aber auch verbesserte Möglich-

keiten zur Teilhabe vom Sportverein über Ferienfreizeit bis zur Musikschule, das ist es, wozu armen Kindern schnell und unbürokratisch verholfen werden muss. Jedes Kind verdient die Unterstützung

durch die Gesellschaft und unsere Gesellschaft braucht jedes Kind.

David Janzen
Jugendbildungsreferent
beim Paritätischen Jugendwerk

Link-Tipps zum Thema

- Prof. Dr. Prof. Lothar Eichhorn: *Wie hat sich die Kinderarmut in den letzten 5 Jahren entwickelt?*; in: Statistisches Monatsheft 3/2012; download unter www.lskn.niedersachsen.de
- Bertelsmann-Stiftung: *KECK-Atlas zu den unterschiedlichen Lebensbedingungen von Kindern in Deutschland*; www.keck-atlas.de
- Paritätischer Gesamtverband: *Arme Kinder – Arme Eltern. Familien in Hartz IV*; download unter www.der-paritaetische.de/armekinder
- Paritätischer Bremen: *Der Skandal der Kinderarmut. Für eine Grundsicherung für Kinder*; download unter www.paritaet-bremen.de/_data/Kindergrundsicherung.pdf
- Paritätischer Gesamtverband: *Aufruf Kinder verdienen mehr!*; www.kinder-verdienen-mehr.de

Erfolgreicher Aktionstag

Hannoversches Bündnis „Umfairteilen“ mit Aktionsmeile

in der Innenstadt dabei

Der Anfang ist gemacht, der Durchbruch in der Gerechtigkeitsdebatte geschafft: Mehr als 40.000 Menschen sind beim bundesweiten „Umfairteilen“-Aktionstag am 29. September 2012 für eine stärkere Besteuerung von Reichtum sowie gegen soziale Ungleichheit und Sozialabbau bundesweit auf die Straßen gegangen. Von Flensburg bis Kempten, von Trier bis Dresden forderten sie die Politik bei Kundgebungen, Demos und Aktionen in mehr als 40 Städten auf, private Vermögen endlich angemessen zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranzuziehen. Schwerpunktaktionen fanden in Berlin, Bochum, Köln, Hamburg und Frankfurt am Main statt, wo sich jeweils mehrere Tausend Menschen den Protesten anschlossen.

Auch in Hannover waren viele Menschen mit dabei. Das hanno-

Der Stand des Paritätischen Hannover am Aktionstag.



versche Bündnis, darunter der Paritätische Hannover (Gemeinnützige Gesellschaft für paritätische Sozialarbeit Hannover GmbH), der Sozialverband SOVD, Attac, die Gewerkschaften, einige Parteien und verschiedene Bürgerinitiativen, hatten eine gemeinsame Aktions-

meile rund um das Schillerdenkmal sowie eine Kundgebung mit Demonstration in der Innenstadt organisiert.

Die Hauptforderung des in seiner Zusammensetzung bisher einzigartigen Aktionsbündnisses ist die

gemeinsame Forderung nach einer stärkeren Besteuerung großer Einkommen zur Finanzierung des Sozialstaates und die damit verbundenen notwendigen Reformen. Angesichts des neusten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung ist die Forderung nach einer gerechteren Umverteilung die einzig sinnvolle Entwicklung, um zu verhindern, dass die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden.

Auf der Aktionsmeile war der Paritätische Hannover mit einem Informationsstand und einer Tombola vertreten. Alle Lose waren kostenlos – nur wurden alle Gewinne „umfairteilt“, und zwar an Not leidende Banken, arbeitslose Millionäre, bedürftige Hedgefondmanager u.a. Über die „Gewinnlose“ kamen die Organisatoren mit vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch, die deutlich sagten, dass sie für mehr soziale Gerechtigkeit

sind. Die insgesamt gute Resonanz der Hannoveraner und Hannoveranerinnen hat gezeigt, wie groß das Interesse an einer gerechten „Umfairteilung“ ist.

Bianka Titze

Gemeinnützige Gesellschaft für paritätische Sozialarbeit Hannover GmbH

Die Situation behinderter Kinder in Brjansk

Menschen mit Behinderungen fehlen im russischen Stadtbild fast gänzlich

Auch 20 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion ist in Russland der Umgang mit Menschen mit Behinderungen noch stark von der sowjetischen Ideologie und Praxis geprägt. Laut UNICEF gelten mittel- oder schwerbehinderte Kinder und Kinder mit geistiger Behinderung in der Regel als „bildungsunfähig“ und werden oft in psycho-neurologische Internate überwiesen. Diese haben nicht den Status von Erziehungseinrichtungen, sondern sind der Sozialfürsorge unterstellt und erhalten daher keine Mittel für Bildung, so dass die dorthin überwiesenen Kinder keinerlei Förderung bekommen und ausschließlich verwahrt werden. Obgleich der internationale Vergleich zeigt, dass die staatliche Unterstützung von Kindern, die in ihren Familien leben, nicht nur qualitativ besser, sondern auch finanziell günstiger ist, zahlt der russische Staat für jedes im Internat untergebrachte Kind mehr als für ein in seiner Familie lebendes. Menschen mit Behinderungen fehlen im russischen Stadtbild fast

gänzlich. Nach Aufzügen in Kaufhäusern, behindertengerechten Eingängen oder Rampen in Bussen sucht man vergeblich.

In Brjansk waren die Mitarbeiterinnen der paritätischen Mitgliedsorganisation Frauenhaus Hameln e.V. im Rahmen einer Informationsreise beim Verein „Von Herz zu Herz“ eingeladen. Der Verein wurde im Oktober 2011 von der Journalistin Irina Ostafij gegründet. Irina Ostafij ist alleinerziehende Mutter einer geistig behinderten Tochter. Ziele des Vereins sind:

- Die Mitwirkung an der Wahrung und des Schutzes der Rechte der sowohl Kinder als auch der Familien. (In der auch von Russland ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention heißt es: „Die Vertragsstaaten erkennen an, dass ein geistig oder körperlich behindertes Kind ein erfülltes und menschenwürdiges Leben unter Bedingungen führen soll, welche die Würde des Kindes wahren,

seine Selbstständigkeit fördern und seine aktive Teilnahme am Leben der Gemeinschaft erleichtern.“)

- Die Entfaltung von künstlerischem Potenzial zu fördern.
- Die Einhaltung und Förderung von moralischen und ethischen Werten in der Familie.
- Kindern mit Behinderungen ein Leben in Würde und Selbstbestimmung, einen Alltag mit Erfahrungen der Freude und Geborgenheit zu ermöglichen.

Dieses Kinderrecht wird behinderten Kindern auch in Brjansk in den meisten Fällen verwehrt, deshalb sind Eigeninitiativen wie die von Irina Ostafij so wichtig und unterstützenswert. Für die Besucherinnen wurde ein kleines Fest organisiert. Die mittel- bis schwerbehinderten Kinder sangen, tanzten oder lasen selbst geschriebene Gedichte für die Gäste aus Deutschland vor und sie strahlten alle große Freude und Stolz über ihre erbrachten Leistungen aus.



Katja Birjukowa.



Albina Semitkina.

Diese behinderten Kinder leben in ihren Familien. In Gesprächen mit den Müttern stellte sich heraus, dass auffallend viele betroffene Mütter alleinerziehend waren. Der Verein bietet gerade den alleinerziehenden Müttern ein Forum sich gegenseitig zu stützen und sich über finanzielle und rechtliche Fragen zu informieren. Neben der Klärung von Sachfragen ist gerade für diese Alleinerziehenden ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch von großer Bedeutung, um Isolation und Resignation zu verhindern. Bei Unsicherheiten und Fragen der Lebensgestaltung hilft es oft, sich mit anderen Betroffenen auszutauschen. Leider finden Vereine wie „Von Herz zu Herz“ wenig Verständnis bei den staatlichen Behörden. Trotzdem kämpfen die Eltern bzw. die Mütter für eine bessere Zukunft ihrer Kinder. Dank der Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. gibt es Hoffnung und Unterstützung für die Betroffenen in Brjansk.

Nach dem Besuch bei „Von Herz zu Herz“ besuchte die Gruppe Frau Birjukowa, eine alleinerziehende Mutter eines gesunden Sohnes (ca. 19 Jahre alt) und der 22-jährigen behinderten Katja. Katjas Beine sind gelähmt und sie ist geistig behindert. Ein eigenständiges Fortbewegen geschieht nur durch Rutschen auf den Knien. Neben Katja, ebenfalls auf dem Fußboden, saß Albina Semitkina. Albina leidet an einer spastischen Tetraparese, das heißt, sowohl ihre Extremitäten als auch die Hals und Rumpfmuskulatur sind spastisch gelähmt. Sie kann nur ihren rechten Fuß kontrollieren. Mit diesem Fuß malt sie Bilder.

Beide Mädchen halten sich fast ausschließlich in den Wohnungen der Mütter auf, die Rollstühle dienen zu gelegentlichen Spaziergängen. Staatliche Förderung erhalten sie nicht, d.h. sie bekommen weder körperliche Therapien noch geistige Anregungen, logopädische Förderung

oder medikamentöse Therapien. Therapeutische staatliche Unterstützung findet in Russland nur bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres statt, danach werden die Kinder entweder in Heimen untergebracht oder den Familien überlassen. Die Mütter erhalten keine Behindertenrente für ihre Töchter, sie bekommen lediglich eine minimale Sozialleistung vom Staat für den Lebensunterhalt. Frau Birjukowa wird zusätzlich von ihrem berufstätigen Sohn unterstützt. Alleinerziehende können nicht arbeiten gehen, weil der Tag mit der Betreuung ihrer behinderten Kinder ausgelastet ist. Die Mutter von Katja lebt mit ihren beiden Kindern in ärmsten Verhältnissen und unter unvorstellbar schlechten Bedingungen.

Anke Eichler
Frauenhaus Hameln e.V.

Kinder- und Jugendkrankenhaus Auf der Bult zertifiziert

Erstes von der DGfE zertifiziertes Epilepsiezentrum in Niedersachsen

Das Kinder- und Jugendkrankenhaus Auf der Bult (Dach aller Einrichtungen der paritätischen Mitgliedsorganisation Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte) ist im September 2012 als „Zertifiziertes Epilepsiezentrum“ ausgezeichnet worden. Damit ist es das erste und bislang einzige von der Deutschen Gesellschaft für Epilepsie (DGfE) zertifizierte Epilepsiezentrum in Niedersachsen. Insgesamt hat die DGfE bisher zwölf Epilepsiezentren in Deutschland zertifiziert, die Hälfte davon ist speziell auch in die entsprechenden Behandlung von Kindern und Jugendlichen eingebunden.

Die DGfE und die Arbeitsgemeinschaft für prächirurgische Epilepsiediagnostik und operative Epilepsiechirurgie (AG Epilepsiechirurgie) legen Kriterien zur Zertifizierung einer Versorgungsinstitution als „Epilepsiezentrum“ vor. Diese Zertifizierung richtet sich nach den Kriterien ausgewiesener fachlicher Expertise

der Behandler im Bereich der Epileptologie, der Anzahl behandelter Patienten sowie diagnostischen Untersuchungsmöglichkeiten und therapeutischen Angeboten.

Die Abteilung Kinder- und Jugendneurologie von Chefarzt Prof. Dr. med. Hans-Jürgen Christen betreut stationär rund 250 bis 400 Säuglinge, Kinder und Jugendliche mit Epilepsien im Jahr. Hinzu kommen ambulante Untersuchungen und Behandlungen aller Formen der Epilepsie bei etwa 500 bis 700 Kindern und Jugendlichen jährlich durch Chefarzt Prof. Dr. med. Hans-Jürgen Christen und Oberarzt Dr. med. Sven Hethey.

Angeboten werden kann im Kinder- und Jugendkrankenhaus Auf der Bult in Zusammenarbeit mit fachspezifischen Kooperationspartnern das komplette Spektrum an Untersuchungsmöglichkeiten (einschließlich der Anfallsüberwachung durch

Video-EEG-Monitoring) zur Diagnosestellung einer Epilepsie; therapeutisch stehen außerhalb der Epilepsiechirurgie sämtliche Verfahren und Methoden zur medikamentösen, diätetischen (z.B. mittels sog. Ketogener Diät) oder technisch unterstützten (z.B. durch die sog. Vagusnervstimulation) Behandlung einer Epilepsie zur Verfügung. Damit kann eine Langzeitbetreuung über das ganze Kindes- oder Jugendalter bis zum Übergang der Behandlung im Erwachsenenalter durch kooperierende Neurologen angeboten werden. Spezielle Expertise weist die Abteilung Kinder- und Jugendneurologie im Bereich der Versorgung von an Epilepsien erkrankten Kindern und Jugendlichen mit schweren Behinderungen – auch in enger Zusammenarbeit mit dem Soziopädiatrischen Zentrum (SPZ) – auf.

*Björn-Oliver Bönsch
Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte*

Kompetente Hilfe benötigt interdisziplinäre Zusammenarbeit

Violetta präsentiert Arbeitshilfe für Fachkräfte zum

Thema „Geschwisterinzent“

Sexueller Missbrauch durch Minderjährige ist keine Ausnahmerecheinung. Etwa 25 bis 30 Prozent der Täter sind selbst noch Kinder oder Jugendliche. „Ein nicht unerheblicher Anteil der minderjährigen Täter missbraucht die eigenen Geschwister“, so Dr. Esther Klees in ihrer 2008 erstellten empirischen

Studie „Geschwisterinzent im Kindes- und Jugendalter“. Bisher gibt es kaum Literatur zu dem Thema. Diese Lücke schließt nun die von der Dipl. Psychologin Uta Schneider und der Therapeutin Ulla MATHYL – beide Mitarbeiterinnen der Fachberatungsstelle Violetta – erstellte Arbeitshilfe für soziale und

therapeutische Fachkräfte zum Thema „Geschwisterinzent“.

„Die Zahl der Anfragen in diesem Arbeitsbereich hat bei Violetta in den vergangenen Jahren sowohl in Bezug auf die zu beratenden Betroffenen als auch in Bezug auf die Fachkräfte deutlich zugenommen“

sagt die Geschäftsführerin von Violetta, Barbara David. „So war in acht Prozent aller Fälle, die bei Violetta im Jahr 2011 behandelt wurden, Geschwisterinzent der Beratungsanlass.“ Die Zunahme der Anmeldungen könnte darauf hindeuten, dass es im beruflichen und privaten Kontext eine zunehmende Sensibilisierung für dieses Thema gibt. Gleichzeitig nehmen die Mitarbeiterinnen von Violetta eine große Verunsicherung von Fachkräften und Eltern bei der Einschätzung der Handlungen sowie bei der notwendigen Hilfe wahr.

„Mit der Arbeitshilfe wollen wir unsere gesammelten Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren in der Fachberatungsstelle in unserer Arbeit mit den Familien und mit den Betroffenen, in denen und bei denen es zu Geschwisterinzent gekommen ist, weitergeben“ so Uta Schneider und Ulla Mathyl. „Denn nach unseren Erfahrungen werden vom Geschwisterinzent betroffene Mädchen und Jungen nach wie vor zu wenig wahrgenommen und entsprechend allein gelassen. Die erlebten sexuellen Übergriffe und ihre Folgen werden vom Umfeld eher bagatellisiert und von den Betroffenen selbst häufig verdrängt. Sie können so bis ins Erwachsenenalter negativ auf die Entwicklung und die Lebensgestaltung auswirken.“ Auch die sexuell übergrifflichen Jungen und Mädchen haben nach wie vor wenige Chancen, ihre fatalen Muster aufzuarbeiten und neue Strategien zu erlernen, die anderen Menschen keinen Schaden zufügen.

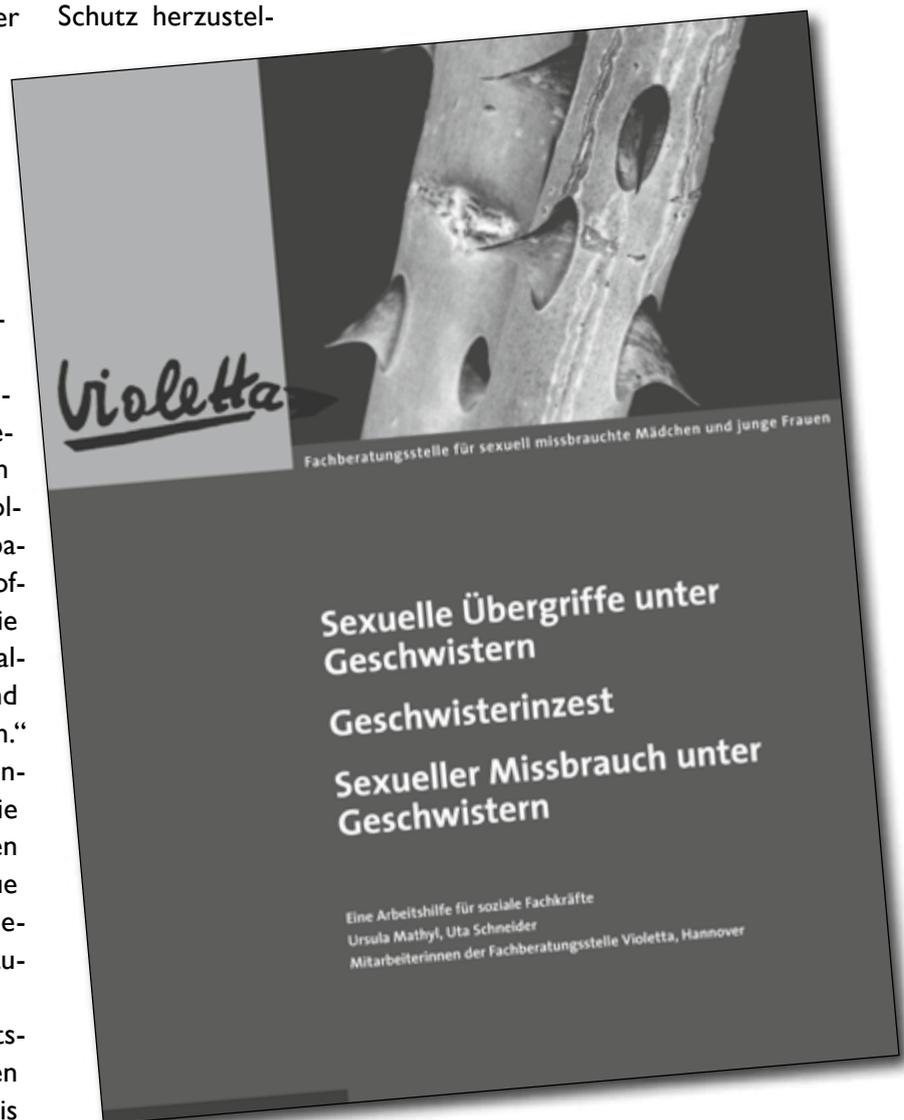
„Wir möchten mit dieser Arbeitshilfe sozialen und therapeutischen Fachkräften aus unserer Praxis

heraus Wissen und Anregungen vermitteln, um deren Handlungsfähigkeit im Umgang mit vom Geschwisterinzent betroffenen sowie übergrifflichen Geschwistern und ihren Eltern zu stärken“, erklärt Uta Schneider. Ulla Mathyl ergänzt: „Wir möchten eine inhaltliche Diskussion zum Thema unter Fachleuten anregen und somit zu einer verbesserten Zusammenarbeit in konkreten Fällen beitragen. Es ist uns ein Anliegen, dass von Geschwisterinzent betroffene Mädchen und Jungen auf Erwachsene treffen, die mit diesem Thema klar und selbstbewusst umgehen können und die sich fachlich kompetent genug fühlen, wirkungsvollen Schutz herzustellen.“

len und allen Familienmitgliedern ein angemessenes Hilfsangebot zu machen.“

Gefördert wird diese Arbeitshilfe vom niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration sowie der Klosterkammer Hannover und dem Förderverein des Vereins Violetta.

*Barbara David
Violetta – Fachberatungsstelle für
sexuell missbrauchte Mädchen und
junge Frauen*



Wirklichkeit und Vision

Widersprüche und Parallelwelten in der psychiatrischen Arbeit

Am 28.06.2012 hat die psychologische Psychotherapeutin Renate Schernus auf der Jahrestagung der paritätischen Mitgliedsorganisation DGSP-N – Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V., Landesverband Niedersachsen einen den Vortrag „Die Tyrannei des Gelingens – zur Ökonomisierung der Hilfen im psychiatrischen Alltag“. Auf den folgenden Seiten drucken wir Auszüge des Vortrags ab, die vollständige Version kann im Internet gelesen werden unter: www.soltauer-impulse.culturebase.org

Lust am Gelingen

Tyrannei des Gelingens? Zunächst finde ich erwähnenswert, dass manches in der Psychiatrie richtig gut gelingt, ganz ohne Tyrannei. Die Interessenvertretungen der Angehörigen und insbesondere die der Psychiatrie-Erfahrenen haben in einer Weise an Gewicht gewonnen, die ich mir noch 1980 nicht hätte träumen lassen. Dass es inzwischen unter dem Namen EX-IN eine Ausbildung von Psychiatrie-Erfahrenen als Genesungsbegleiter gibt, die vielerorts Nachahmer findet, zeigt, dass diese Entwicklung der Beteiligung Betroffener noch lebendig und vital ist.

Schattenseiten des Gelingenden

Jedoch auch hinsichtlich der Kooperation mit Psychiatrie-Erfahrenen könnte man eine Gefährdung durch eine Tyrannei des Gelingens sehen. Denn es ist ja deutlich, dass bei kooperativen Projekten insbesondere die gesellschaftspolitisch aktiven und organisierten Psychi-

atrie-Erfahrenen beteiligt sind, die dem heute einseitig vorgetragenen Ideal des selbstverantwortlichen autonomen Bürgers sehr gut entsprechen. Diese Leitvorstellung könnte aber diejenigen gefährden, die sich am wenigsten selbst helfen können.

Der Tyrannei des Gelingens lässt sich auch mit wissenschaftlichen Methoden nachspüren. Bei einer Umfrage der Universität Bielefeld fand fast ein Drittel der Befragten einen Satz wie: „Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich eine Gesellschaft nicht leisten“ zutreffend. Sogar 60 Prozent stimmten dem Satz zu: „In Deutschland müssen zu viele schwache Gruppen mit versorgt werden.“ (FR 5./6. April 2012)

Wenn solche Einstellungen sich in unserer Gesellschaft ausbreiten, müssen wir in der Psychiatrie um so mehr darauf achten, dass im Zuge der Begeisterung für kooperatives Handeln mit wortgewandten Vertretern der Betroffenenverbände die vielen psychisch sehr stark beeinträchtigten Menschen nicht vergessen werden, die sich nicht so gut selbst artikulieren können. Effektiv, kostengünstig und leitlinienkonform lassen sich bekanntlich sehr viel besser die nicht so schwer erkrankten, benachteiligten und behinderten Menschen behandeln bzw. unterstützen.

Eine ziemlich perfide, da versteckte Tyrannei verbirgt sich natürlich auch in der interessengeleiteten Masche, psychisch kranke oder be-

hinderte Menschen in Kunden zu verwandeln. Dabei liegt es doch auf der Hand, dass psychisch kranke Menschen genau in der Phase, in der sie am meisten Hilfe brauchen, gerade nicht in der Lage sind, sich wie Kunden auf einem Markt zu verhalten oder auf der viel beschworenen Augenhöhe Verträge auszuhandeln, mal abgesehen davon, dass ein Kunde lediglich Anspruch auf das hat, was er bezahlen kann. Einer Demokratie würde es viel besser anstehen, wenn die auf den allgemeinen Menschenrechten basierenden Bürgerrechte psychisch erkrankter oder behinderter Menschen ernst genommen würden.

Krankheit macht arm und Armut macht krank

Zitat einer Frau mit Psychose-Erfahrung: „Am unbefriedigsten finde ich bei alledem meine materielle Situation, und es ermüdet mich manchmal sehr, keine Perspektive zu haben, dies zu verändern. Ich finde, auch die Bewegung der Psychiatrie-Erfahrenen müsste sich allgemein sehr viel intensiver mit der Frage der in jedem Fall demütigenden, entpersönlichenden und psychisch belastenden Armut vieler ohnehin schon beeinträchtigter Menschen befassen, denn Krankheit macht arm, und Armut macht anfällig für Krankheit. In Kombination mit der aktuellen Wirtschafts- und Armutspolitik, die im Kern behauptet, jeder sei seines Glückes Schmied, ist das ein Teufelskreis, aus dem es keinen Ausweg geben wird, solange man nicht erkennt, dass es unter dem Strich

billiger und gesünder ist, die Beeinträchtigten und Kranken zu befähigen, sich sozial in alle Bereiche der Gesellschaft zu integrieren und sie vor materieller und sozialer Armut zu schützen, anstatt sie durch materielle und damit einhergehend soziale Armut verächtlich, mundtot und handlungsunfähig zu machen und aus der wertgeschätzten und respektierten Öffentlichkeit fernzuhalten.“

Parallelwelten

In der Psychiatrie und eigentlich im gesamten Gesundheits- und Sozialwesen gibt es auf der einen Seite visionäre Ideen eines gesellschaftlichen Zusammenlebens, in dem – jedenfalls auf dem Papier – auch noch der nervtötendste Störfried ans teilhabebereite Herz gedrückt wird. Auf der anderen Seite gibt es – davon ziemlich unberührt – den Alltag in den Kliniken und Diensten, der trotz Personalknappheit und bürokratischer Hindernisse weiterhin oft tapfer und menschlich zugewandt durchgeführt wird. Daneben gibt es in verschiedenen Regionen kleine, kooperative, auf gesellschaftliche Teilhabe ausgerichtete Projekte, die auf lokaler Ebene trotz man-

cher Widrigkeiten bisweilen recht gut funktionieren. Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang kaum mehr zu überblickende, häufige Gesetzesänderungen, die die Praktiker verwirren und manche eher strategisch begabte Kollegen zu allen möglichen integrierten oder weniger integrierten Experimenten verführen, bisweilen mit suspekten Kooperationspartnern. Und vor allem gibt es die gerade psychisch erkrankte Menschen hart und dauerhaft ausschließende Armut in einer zwischen arm und reich immer mehr gespaltenen Gesellschaft.

Was Mitarbeiter so erleben

All dies kann nicht ohne Auswirkungen auf die Kultur der psychiatrischen Arbeit bleiben. Mitarbeiter klagen darüber, dass sich die Ziele der Arbeit in beunruhigender Weise geändert hätten. Prozessorientierte Arbeit werde nicht mehr gewünscht, weil vorrangig die Ergebnisorientierung zähle. In Dienstgesprächen des so genannten betreuten Wohnens bewege sich der Schwerpunkt weg von dem, was der Klient braucht hin zur Anzahl der geleisteten Fachleistungsstunden.

Erwartungen an das eigene fachliche und ethisch vertretbare Handeln werden frustriert durch einseitig erfolgsorientierte Konzepte, durch strukturell gesetzte Einschränkungen und durch unverhältnismäßig aufgebauchte Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben.

Immer deutlicher werde signalisiert, dass die Arbeit auch von schlechter qualifiziertem Personal durchgeführt werden könne. Die Reduzierung von Stellen und die Prekarisierung der Anstellungsbedingungen führen zur Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes. Dies und der alltägliche Arbeitsstress, der kaum Raum lässt für zusätzliches Engagement, tragen vermutlich, dazu bei, dass eine breite sozialpolitische Protestbewegung von unten bisher nicht zu stande gekommen ist.

Etwas Tyrannisches könnte man auch darin sehen, dass der überall empfundene ökonomische Druck der Neigung zu autoritären Leitungsstilen Vorschub leistet.

Renate Schernus

Psychologische Psychotherapeutin

324 geförderte Schwimmkurse begeisterten 4003 Kinder

Zweijähriges Schwimmförderprojekt von DLRG

und Sparkasse erfolgreich beendet

324 geförderte Schwimmkurse mit 4.003 teilnehmenden Kindern und rückläufige Ertrinkungszahlen bei Kindern und Jugendlichen bis zum 15. Lebensjahr – das sind die freudigen Nachrichten, die Vertreter

der paritätischen Mitgliedsorganisation Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Landesverband Niedersachsen, mit Sitz in Bad Nenndorf und des Sparkassenverbandes Niedersachsen am

Morgen des 31.10.2012 Ministerpräsident David McAllister in Hannover überbringen konnten. Mit der Präsentation der Ergebnisse bei David McAllister, Schirmherr der DLRG Niedersachsen und des



Beim Treffen in Hannover, von links: Ralf Zimmermann, Hans-Jürgen Müller, David McAllister und Detlef Oetter.

Projektes „Vom Frühschwimmer zum Lebensretter bei der DLRG“ wurde dieses Unternehmen damit am diesem Tag plangemäß beendet. DLRG-Landesverbandspräsident Hans-Jürgen Müller, DLRG-Presesprecher Ralf Zimmermann und Detlef Oetter, Vorstandsmitglied der Sparkasse Leer-Wittmund, waren als Vertreter der beteiligten Institutionen zu diesem Anlass zu Gast in der Staatskanzlei.

Die Erfolgsgeschichte „Vom Frühschwimmer zum Lebensretter bei der DLRG“ wurde in Ostfriesland entwickelt und durch den Sparkassenverband Niedersachsen gefördert. Durch Kontakte von Hans-Jürgen Müller zu Heinz Feldmann und Detlef Oetter vom Vorstand der Sparkasse Leer-Wittmund wurde dieses zukunftsweisende Projekt dem Sparkassenverband Niedersachsen gegenüber angeregt.

An diesem Vorhaben beteiligten sich im Zeitraum von Mai 2010

bis Oktober 2012 über 120 DLRG Ortsgruppen aus ganz Niedersachsen. Es konnten somit zusätzlich 324 geförderte Schwimmkurse angeboten werden. Insgesamt nahmen 4.003 Kinder an den Kursen teil. 2.508 Kinder erwarben das Frühschwimmerabzeichen „Seepferdchen“, 1.267 Kinder erlangten sogar das Jugendschwimmabzeichen in Bronze. Als angenehme Nebenerscheinung konnten durch die Schwimmkurse auch noch 1.758 neue Mitglieder geworben werden. Die DLRG-Bezirke Braunschweig, Weserbergland, Oldenburger Land-Diepholz, Oldenburg-Nord und Hannover-Land engagierten sich besonders stark für dieses Projekt.

Ministerpräsident David McAllister zeigte sich von dem Erfolg des Schwimmförderprojektes sehr beeindruckt. Er lobte nicht nur die Rettungsschwimmer und Ausbilder der DLRG, die zu diesem Erfolg maßgebend beigetragen haben,

sondern hob auch das sozialpolitische Engagement des Sparkassenverbandes hervor.

Hans-Jürgen Müller und Ralf Zimmermann vom DLRG Landesverband Niedersachsen haben bereits für kommendes Jahr ein weiteres Projekt in Planung: Hierbei handelt es sich um die Ausbildung zum Rettungsschwimmer. Ministerpräsident David McAllister sicherte auch für dieses förderungswürdige Projekt seine Mithilfe zu.

Um die Schwimmfähigkeit der Bundesbürger ist es nicht gut bestellt: Jedes zweite Kind ist nach dem Verlassen der Grundschule kein sicherer Schwimmer, und ein Fünftel der Bundesbürger sind ebenfalls keine sicheren Schwimmer oder können überhaupt nicht schwimmen.

*Ralf Zimmermann
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) Niedersachsen*



Diskriminierende Urlaubsstaffelung nach Alter

Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts

vom 20.03.2012 und seine Auswirkungen

Das Bundesarbeitsgericht hat in seinem Urteil vom 20.03.2012 eine Urlaubsstaffelung nach Alter für unwirksam erklärt, da sie jüngere Beschäftigte benachteiligt und damit gegen das Diskriminierungsverbot wegen Alters des § 10 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verstößt. Geklagt hatte eine Mitarbeiterin des öffentlichen Dienstes, die das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte. Sie vertrat die Ansicht, dass sie, entgegen der Regelung in § 26 TVöD, den gleichen Urlaubsanspruch habe wie über 40-jährige Beschäftigte. Diese Auffassung hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) geteilt und festgestellt, dass die Urlaubsstaffelung im § 26 Abs. 1 Satz 2 TVöD eine auf dem Merkmal des Alters beruhende Ungleichbehandlung der Beschäftigten enthält und damit eine unmittelbare Benachteiligung jüngerer Arbeitnehmer wegen des Alters im Sinne von § 3 Abs. 1 AGG darstellt und damit unwirksam ist.

Im Bereich TVöD-Bund und Kommune haben die Tarifvertragsparteien auf diese Entscheidung reagiert und neue Urlaubsregelungen gefunden, die zukünftig einen einheitlichen Urlaubsanspruch von 29 Arbeitstagen (bei einer 5-Tage-Woche) vorsehen und darüber hinaus zum Schutz der älteren Beschäftigten einen Urlaubsanspruch auf 30 Arbeitstage nach Vollendung des

55. Lebensjahres. Damit soll dem zunehmenden Erholungsbedürfnis im Alter Rechnung getragen werden. Diese Regelungen werden zum 01.01.2013 wirksam.

Eine Besitzstands- und Übergangsregelung ist in § 38 a TVöD enthalten:

a) Besitzstand
Beschäftigte, deren Urlaubsanspruch nach der bisherigen Regelung 30 Arbeitstage betragen hat, weil sie das 40. Lebensjahr bereits vollendet hatten, behalten diesen Anspruch, solange das Arbeitsverhältnis ununterbrochen fortbesteht. Das gilt auch für Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis vor dem 01.03.2012 begonnen hat und die vor dem 01.01.1973 geboren sind, also ihr 40. Lebensjahr spätestens am 30.12.2012 vollenden (§ 38 a Satz 1 TVöD).

b) Übergangsregelung
Für das Kalenderjahr 2012 wurde für alle Beschäftigten ein einmaliger Urlaubsanspruch von einheitlich 30 Arbeitstagen vereinbart. Diese Regelung gilt auch für Arbeitsverhältnisse, die nach dem 29.02.2012 begründet wurden. Die neue Urlaubsstaffelung ist deshalb erst ab dem 01.01.2013 anzuwenden (außer bei Personen mit Besitzstand nach § 38 a Satz 1 TVöD).

Zu Urlaubsansprüchen für das Kalenderjahr 2011 oder aus

früheren Jahren haben die Tarifparteien keine Regelung getroffen. Zusätzliche Urlaubsansprüche nach § 26 TVöD alter Fassung, die sich aufgrund der Rechtsprechung für vorangegangene Jahre etwaig ergeben haben, unterliegen der Ausschlussfrist nach § 37 TVöD und verfallen deshalb, wenn sie nicht innerhalb der jeweiligen Übertragungsfristen schriftlich geltend gemacht werden.

Auch die Urlaubsansprüche von Auszubildenden und Praktikantinnen/Praktikanten wurden neu geregelt. Zukünftig besteht für diese ein einheitlicher Grundanspruch von 27 Arbeitstagen im Kalenderjahr. Die Auszubildenden in Pflegeberufen (§ 9 Abs. 1 TVöD – Besonderer Teil Pflege) erhalten darüber hinaus, sofern sie im Schichtdienst arbeiten, im zweiten und dritten Ausbildungsjahr pauschal jeweils einen Tag Zusatzurlaub. Anspruchszeitraum für diesen Zusatzurlaub ist nicht das Kalenderjahr sondern das Ausbildungsjahr. Für Auszubildende und Praktikantinnen/Praktikanten beträgt der Urlaubsanspruch für das Kalenderjahr 2012 einmalig 30 Arbeitstage- bzw. Ausbildungstage. Die für Urlaubsansprüche aus dem Kalenderjahr 2011 und früher gilt, dass diese, wenn sie innerhalb der Übertragungsfristen fristgerecht schriftlich geltend gemacht worden sind, wirksam in das nächste Urlaubsjahr übertragen wurden.

Auch hier gilt die Ausschlussfrist nach § 37 TVöD.

Für den Bereich des TV-L liegt noch keine neue Regelung vor. Die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) hat die bestehenden tariflichen Regelungen zur Urlaubsdauer wegen des Urteils des Bundesarbeitsgerichts zum

31.12.2012 gekündigt, sodass in der nächsten Tarifrunde die Urlaubsdauer neu verhandelt werden wird.

Das Urteil des BAG vom 20.03.2012 hat jedoch nicht nur Auswirkungen auf Anwender des TVöD-Bund oder Kommune oder des TV-L sondern auch auf alle

anderen Unternehmen, in denen bisher eine Urlaubsstaffelung allein auf Grund des Alters der Mitarbeitenden erfolgt.

*Christiane Schumacher
Referat Recht
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Wegweiser durch kompliziertes juristisches Terrain

DMSG-Bundesverband stellt neue Rechtsbroschüre vor

Hätte ich das doch vorher gewusst! Die Diagnose Multiple Sklerose zieht oft auch eine Reihe von rechtlichen Aspekten nach sich, die für den juristischen Laien kaum zu überblicken sind. Mit dem Ratgeber „Risiken erkennen und meistern“ bietet die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG), Bundesverband, MS-Erkrankten praxisnahe Informationen, die helfen sollen, Fehler zu vermeiden, die später nur schwer oder gar nicht rückgängig gemacht werden können.

Was ist beim Antrag auf Erwerbsminderung oder Schwerbehinderung zu beachten? Darf ich meine Mietwohnung barrierefrei umbauen? Welche Leistungen muss die gesetzliche Krankenkasse gewähren? Welche rechtlichen Vorsorgemaßnahmen sind möglich und was ist sinnvoll? Das sind nur einige der zahlreichen Fragen aus der ehrenamtlichen Beratungstätigkeit, die die Rechtsanwältin Kerstin Sählhof und Hubertus Scholz beim DMSG-Landesverband Niedersachsen leisten. Auf Grundlage dieser umfangreichen Erfahrungen bietet die DMSG-Broschüre in den Kapiteln „Schwerbehinderung“,

„Rechtliche Vorsorge“, „Erbrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten bei erwerbsunfähigen Kindern“, „Unterhaltspflichten“, „Rente“ und

und helfen, Risiken zu erkennen und schließlich auch zu vermeiden.

Der DMSG-Bundesverband dankt den beiden Juristen Kerstin Sählhof und Hubertus Scholz für ihre fachkompetente Begleitung und wertvolle Mitarbeit an der Broschüre sowie der KKH Allianz und der Deutschen Multiple Sklerose Stiftung (DMS) für die Übernahme der Kosten für Druck und Layout.

Die Broschüre kann im Online-Shop des DMSG-Bundesverbandes unter www.dmsg.de und in den Geschäftsstellen der Landesverbände bestellt werden. Für DMSG-Mitglieder ist die Broschüre kostenfrei. Es werden lediglich Verpackungs- und Versandkosten fällig. Der DMSG Landesverband Niedersachsen e.V., Engelbosteler Damm 104 in 30167 Hannover ist telefonisch unter 0511 / 70 33 38 erreichbar.

*Deutsche Multiple Sklerose
Gesellschaft (DMSG)
Bundesverband*



„In Kürze“ einen gut verständlichen Ein- und Überblick zu häufig auftretenden rechtlichen Problemen, mit denen sich Menschen mit MS auseinandersetzen müssen. Kurze Fallbeispiele und ihre Lösungsmöglichkeit tragen zum besseren Verständnis bei

Schutz vor sexualisierter Gewalt in Diensten und Einrichtungen

Paritätisches Jugendwerk bietet viele Informationen

Schutz vor sexualisierter Gewalt in Diensten und Einrichtungen ist ein wichtiges und zugleich sensibles Thema, das viele Fragen aufwirft. Wie sieht sinnvolle Präventionsarbeit aus? Welche Führungszeugnisse müssen wo vorgelegt werden? Und wer kann mir bei einer Problemlage mit kompetenter Beratung helfen? Das Paritätische Jugendwerk (PJW), der Jugendverband des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., hat auf seiner Internetseite umfangreiche Antworten zu diesen Fragen und viele darüber hinaus gehende Informationen zusammengestellt.

Auf der Internetseite www.paritaetisches-jugendwerk.de, Menüpunkt „Unsere Arbeit“, Untermenü „Weiterentwicklung der Jugendarbeit“ finden Sie die Zusammenstellung

zum Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Auf der Seite wird unter anderem eine Arbeitshilfe des Paritätischen Gesamtverbands e.V. vorgestellt, die zu einer größeren Verbindlichkeit der Präventionsarbeit im gesamten Verbandsbereich beitragen soll.

Einen Leitfaden mit relevanten Informationen für die Praxis, individualisierbaren Ansprechpartnern und Kontaktadressen hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. herausgegeben. Das robuste Faltblatt kann beim Landesverband bestellt werden. Ansprechpartnerin ist Adelheid Dähne, sie ist erreichbar unter 0511 / 52486-347 oder per Mail an adelheid.daehne@paritaetischer.de.

Auf der Internetseite des PJW steht außerdem ein Flyer zum Download

bereit, der Auskunft über Kinderschutzzentren gibt, die Inhouse Tagesseminare für Einrichtungen der Jugendhilfe in Niedersachsen anbieten. Ein Link weist den Weg zu aktuellen Änderungen im Bundeskinderschutzgesetz BKiSchG mit Auswirkungen auf die Jugendhilfe. Auch weiterführende Informationen zu Führungszeugnissen sowie Empfehlungen des Landesbeirats für Jugendarbeit in Niedersachsen zum Umgang mit § 72a SGB VI (Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen) sind auf der Seite zu finden.

Anika Falke

Pressereferentin Paritätischer

Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Die Redaktion des Parität Reports
wünscht allen Leserinnen und Lesern
ein *frohes Weihnachtsfest* und
einen *guten Rutsch* ins neue Jahr!

Umfassende Informationen zu Bildungsangeboten

Die Bildungsdatenbank des Paritätischen und seines Jugendwerks

Welche Bildungsangebote werden zum Thema Migration angeboten? Wo kann ich ein erlebnispädagogisches Seminar durchführen? Wie finde ich Fort- und Weiterbildungsangebote im Bereich der Kindertagespflege oder der Altenhilfe? Wer kennt sich mit Qualifizierungsangeboten für ehrenamtliche Mitarbeiter aus? Und wo finde ich eine Selbsthilfegruppe zum Thema Sucht oder andere gesundheitsorientierte Themen? Wer solche und ähnliche Fragen hat, dem hilft die detaillierte Bildungsdatenbank des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., seines Jugendverbands Paritätisches Jugendwerk (PJW)

und seiner Mitgliedsorganisationen weiter. Auf der Internetseite www.bildungsdatenbank.org erhalten Interessenten umfassende Informationen zu Referenten, Veranstaltungsorten und Bildungsangeboten aus allen Bereichen der sozialen Arbeit. Die Bildungsdatenbank bietet somit Unterstützung sowohl bei der Planung und Organisation von Bildungsangeboten als auch bei der Suche nach interessanten Angeboten.

Die Datenbank erleichtert Interessenten das passgenaue Suchen und Finden der für sie relevanten Angebote. Mitgliedsorganisationen haben die Möglichkeit, auf ihre Bil-

dungsangebote aufmerksam zu machen.

Mehr Informationen über die Datenbank und die Möglichkeiten, eigene Angebote einzustellen, sind bei Beate Zgonc telefonisch unter 05331 / 90546-40 oder per E-Mail an beate.zgonc@paritaetischer.de erhältlich.

*Beate Zgonc
Jugendbildungsreferentin beim
Paritätischen Jugendwerk*

Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen · Rosenwall 1 · 38300 Wolfenbüttel
Fon: 05331-905460 · Fax: 05331-9054611 · jugendwerk@paritaetischer.de · www.pjw-nds.de

kraftvoll

lautstark

dynamisch

für Teilhabe, Solidarität,
soziale Gerechtigkeit

Willkommen im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.

Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat auf seinen Vorstandssitzungen am 27. August, 9. Oktober und 29. Oktober die Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen beschlossen. Die jüngsten Mitglieder des Paritätischen Niedersachsen möchten wir Ihnen an dieser Stelle kurz vorstellen. Weiterführende Informationen und Links über unsere Mitgliedsorganisationen sowie Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme finden Sie auf unserer Homepage www.paritaetischer.de, Rubrik „Mitglieder“.

Assistenz durch rechtliche Betreuung und Vormundschaft e. V. (AdBV), Hannover

In der Region Hannover und dem Landkreis Hildesheim gibt es einen neuen Betreuungs- und Vormundschaftsverein. Der AdBV (Assistenz durch rechtliche Betreuung und Vormundschaft e.V.) wurde im August 2011 mit dem Ziel gegründet, Menschen mit Behinderung oder Krankheit rechtlich so zu vertreten, dass sie so selbstbestimmt und selbstständig wie möglich leben können. Obgleich der Gesetzgeber dieses Ziel im Betreuungsrecht nahezu vorbildlich formuliert hat, fehlt es oftmals noch an der konsequenten Umsetzung dieser Vorgaben. Ebenfalls im Betreuungsrecht ausdrücklich gewünscht ist der Einsatz ehrenamtlicher Betreuer. An dieser Stelle möchte der AdBV mit einem innovativen Konzept anknüpfen: Regelmäßige Qualifizierung und Weiter-

bildung von Freiwilligen soll eine solide und fachgerechte Arbeit von Ehrenamtlichen ermöglichen. Seit dem Sommer 2012 übernimmt der AdBV Betreuungen in Hildesheim und Hannover. Vereinsgeschäftsführer Björn Menkhaus gibt einen Überblick über die Betreuertätigkeit: „Der Betreuer muss immer das Wohl des Betreuten beachten und dieses in Einbezug seiner Wünsche umsetzen. Kern unserer Arbeit ist es, alle Lebens- und Leistungsansprüche in Betracht zu ziehen, so dass der Betreute so weit und so lange wie möglich selbstbestimmt und menschenwürdig leben kann. Hierzu gehören ganz normale Dinge wie Postangelegenheit, Bankangelegenheit und gesundheitliche Belange.“ Parallel zu den Betreuungen ist, unter Federführung der Diplom-Sozialpädagogin und Sozialarbeiterin Hilke Marks, der Ausbau der Vormundschaftsabteilung geplant. Zurzeit hat der Verein 13 Mitglieder.

Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Uelzen e. V.

Gemeinsam für die Zukunft aller Kinder – Unter diesem Motto des Deutschen Kinderschutzbundes engagiert sich der Ortsverband Uelzen mit seinen derzeit 230 Mitgliedern seit der Gründung im Jahre 1961 für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Als freier und gemeinnütziger Träger der öffentlichen Jugendhilfe, parteilich und konfessionell ungebunden, ist der Verein bestrebt, mit

niederschweligen, kostenlosen Angeboten Familien in ihrer Erziehungsarbeit zu unterstützen und die Entwicklung der Kinder zu fördern. Die finanzielle Ausstattung des Vereins erfolgt ausschließlich über Mitgliedsbeiträge, Spenden, Bußgelder und gelegentliche Zuwendungen aus Stiftungen zur Förderung besonderer Projekte. 22 ehrenamtliche und zwei hauptamtliche Mitarbeiterinnen sowie eine wechselnde Anzahl von Honorarkräften sorgen dafür, dass das Kinderschutzhaus nahe der Innenstadt an fünf Tagen in der Woche mit einem vielfältigen Gruppenangebot aufwarten kann. Vormittags finden unter der Leitung einer Erzieherin Eltern-Kind-Gruppen und eine Kleinkindgruppe statt. Der Nachmittag ist den Schulkindern vorbehalten. Nach dem pädagogischen Mittagstisch beginnt an vier Tagen der Woche die Hausaufgabenbetreuung. Anschließend können die Kinder und Jugendlichen an Freizeitgruppen teilnehmen. Eine Sozialpädagogin steht für die Beratung zur Verfügung, begleitet die Gruppen fachlich, führt Elternkurse durch, hält Kontakt zu Behörden und Schulen, vertritt den KSB in lokalen Netzwerken und koordiniert den Einsatz von Praktikant(inn)en. Abgerundet wird die Angebotspalette des Kinderschutzbundes durch die Kleiderkammer, die einmal wöchentlich geöffnet ist. Über die regelmäßig stattfindenden Gruppenangebote hinaus fördert der Kinderschutzbund die kulturelle

und soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in vielfältiger Weise. Neben der praktischen Kinderschutzarbeit setzt sich der Ortsverband auch auf gesellschaftlicher und politischer Ebene für die Interessen und Rechte von Kindern und Jugendlichen ein: für die Verbesserung der materiellen Versorgung und das Recht auf gewaltfreie Erziehung, für eine kinderfreundliche und gesunde Umwelt sowie qualitativ gute Einrichtungen für Kinder. Mit regelmäßigen Vortragsveranstaltungen trägt der Kinderschutzbund dazu bei, besondere Problemlagen von Kindern und Familien immer wieder ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Grafschafter Bürgergemeinschaft e. V., Nordhorn

Die Grafschafter Bürgergemeinschaft e. V. ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Nordhorn, Landkreis Grafschaft Bentheim. Ziel des Vereins ist es, hilfsbedürftigen Menschen so lange wie möglich ein Leben in ihrer gewohnten, häuslichen und sozialen Umgebung zu ermöglichen. Hierzu organisiert der Verein verlässliche Unterstützung durch andere Mitgliedern des Vereins. Angeboten werden Hilfen im Haushalt, kleine handwerkliche Hilfen, Hilfen im Garten, Fahrdienst, Besuchs- und Begleitsdienst, Beratungs- und Gesprächsdienst. Der Verein wurde im Dezember 2011 gegründet und hat derzeit 300 Mitglieder. Die aktive Arbeit wurde im Juni 2012 aufgenommen. In den ersten vier Monaten wurden nahezu 400 Stunden an Hilfeleistungen erbracht. Schwerpunkt der Arbeiten waren bisher Hilfen im Haushalt, Hilfen im Garten, Fahrdienste und zu-

nehmend auch Besuchs- und Begleitsdienste. Mitglieder, die Hilfen in Anspruch nehmen, zahlen für eine Stunde Hilfeleistung ein Entgelt in Höhe von 8,60 Euro. Die HelferIn/der Helfer erhält davon 6,80 Euro, der Rest von 1,80 Euro steht dem Verein zur Deckung seiner Kosten zur Verfügung. Hieraus und aus den Mitgliedsbeiträgen finanziert der Verein seine Arbeit. Er ist damit unabhängig von öffentlichen Geldern. Die Vergütung für die Helferinnen/Helfer ist im Rahmen der sogenannten Übungsleiterpauschale bis zu 2.100 Euro pro Jahr steuer- und sozialabgabenfrei. Nachdem die Organisation in Nordhorn jetzt eingerichtet ist, strebt der Verein an, auch in anderen Städten und Gemeinden des Landkreises Grafschaft Bentheim verstärkt für die Ziele des Vereins zu werben. Damit soll auch dort die vorhandene Mitgliederzahl ausgebaut werden, um vergleichbare Strukturen wie in Nordhorn zu schaffen.

Institut für Internetpädagogik Osnabrück e. V.

Der Verein Institut für Internetpädagogik wurde 2009 in Osnabrück gegründet. Gemeinsam war den Gründungsmitgliedern dabei vor allem eines: Sie hatten, sei es in Schule und Jugendarbeit, sei es bei ihrer Tätigkeit für überregionale Internetangebote, den Eindruck gewonnen, dass es wichtig ist, das Internet nicht als rechtsfreies Reich des Schreckens zu verteideln, sondern es bei der pädagogischen Arbeit konsequent zu nutzen: Da das Netz aus der Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen heute nicht mehr wegzudenken ist, muss es darum gehen, sie bei der Nutzung des Mediums zu stär-

ken. Das aber kann nur gelingen, wenn auch Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeitende aus der Jugendarbeit und sonstige Pädagoginnen und Pädagogen ihre Kompetenz im Umgang mit dem Internet konsequent stärken, sich über seine Chancen und Risiken bewusst werden und sich selbst die Kompetenz erarbeiten, Sachverhalte und Probleme, die im Netz auftauchen, besser einschätzen zu können. Der Verein verfügt über momentan zwölf Mitglieder und einen Festangestellten und arbeitet seit seiner Gründung intensiv daran, eine Schnittstelle für die Vermittlung von Kompetenzen rund um das Internet zu sein und pädagogisches Handeln mit dem Netz, für das Netz und im Netz zu fördern. Zu diesem Zweck realisiert er – allein oder mit geeigneten Projektpartnern – Veranstaltungen und Fortbildungsangebote im Bereich Medienpädagogik. Zu den bisherigen Projekten zählen dabei die Fachtagung „Die Jugend ist im Netz – Wo sind wir?“ in Kooperation mit FOKUS e. V. und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, das medienpädagogische Projekt „comPass – Ich kenn’ mich aus im Netz“ in Kooperation mit der Polizeidirektion Osnabrück, der Niedersächsischen Landesschulbehörde und den multimediamobilen der Niedersächsischen Landesmedienanstalt sowie der Videowettbewerb „Stars im Netz?“ in Kooperation mit dem Videokunstprojekt „Lichte Momente 2012“, dem „European Media Art Festival“ und der „Friedel und Gisela Bohnenkamp-Stiftung“. Außerdem sucht der Verein den Kontakt und die Vernetzung mit zahlreichen freien Trägern, öffentlichen Stellen und sonstigen Institutionen.

Kinder- und Jugendhaus Heidegrund gGmbH Söhlingen

Die Kinder- und Jugendhaus Heidegrund gemeinnützige GmbH ist eine 2008 gegründete Einrichtung der Jugendhilfe im Städtedreieck zwischen Hamburg, Bremen und Hannover in der Ortschaft Söhlingen im Landkreis Rotenburg (Wümme). Der Sitz der Gesellschaft ist in der nahezu 100 Jahre alten Dorfschule. Die Arbeit der rund 30 Beschäftigten findet an zurzeit zwei Standorten in drei Gruppen statt. Basis der Angebote sind die vollstationäre Heimunterbringung nach § 34 SGB VIII und die Inobhutnahme des Landkreises Rotenburg (Wümme) und anderer Jugendämter nach § 42 SGB VIII. Innerhalb des Hauses in Söhlingen ist durch eine organisatorische Trennung die Kinderwohngruppe (9 Plätze) und die Jugendwohngruppe untergebracht. In einem weiteren Einrichtungsteil in der Samtgemeinde Bothel befindet sich die Inobhutnahme des Hauses. Alle drei Gruppen werden durch engagierte Gruppenleitungen geführt. Die Gruppenleitungen sind die verbindlichen Ansprechpartner für die Schulen und engagieren sich in den Gremien der Schulen. Gemeinsam mit den Fachkräften der Gruppen ist hier im Rahmen der gelebten Partizipation aus dem Unternehmensleitbild ein jeweiliges Gruppenleitbild entstanden. Besonderen Wert legt die Kinder- und Jugendhaus Heidegrund gemeinnützige GmbH auf eine langfristige Personalentwicklung. So wird bereits Sozialassistenten in der Ausbildung aus den Schulen des Einzugsbereiches die Möglichkeit gegeben, sich in die Aufgaben des Erziehers in der Jugendhilfe

einzuarbeiten. Mitarbeitern der Einrichtung wird die Möglichkeit eingeräumt ihre Qualifikation berufsbegleitend zu erweitern. Ihrem Leitbild folgend hat die Jugendhilfeeinrichtung im Sommer 2010 ihre größte Belastungsprobe erfolgreich gemeistert, als sie an einem Tag acht unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnahm und neben Unterkunft, Bekleidung und Verpflegung auch binnen kurzer Zeit Dolmetscher und Schulbesuch ermöglichte. Mit rund 200 Inobhutnahmen (seit 08/2010) ist die Einrichtung mittlerweile gefragter Ansprechpartner für den Erfahrungsaustausch mit anderen Jugendhilfeträgern in der ländlichen Region.

Kneipp-Verein Aurich e. V.

Der Kneipp-Verein Aurich e.V. wurde im Jahr 1953 gegründet und umfasst heute ca. 420 Mitglieder. Er ist der örtliche Teil des Kneipp-Bundes e.V., der größten privaten Gesundheitsorganisation in Deutschland. Er ist wirtschaftlich und rechtlich selbstständig, hat seinen Sitz in Aurich und ist im Vereinsregister des zuständigen Amtsgerichtes Aurich eingetragen. Der ehrenamtlich tätige Vorstand besteht aus acht Mitgliedern, dem Beirat gehören vier Mitglieder an. Im Andenken an den großen Menschenfreund und Gesundheitslehrer Sebastian Kneipp hat sich der Verein die Aufgabe gestellt, auf breiter Grundlage gesundheitliches Wissen zu vermitteln und zu aktiver Gesundheitspflege anzuregen. Die Aktivitäten des Vereins sind den fünf Elementen der Kneipp-Bewegung – Wasser, Bewegung, Ernährung, Kräuter und Lebensrhythmus – angepasst und werden von qualifizierten Grup-

pen- und Übungsleitern/Innen durchgeführt. Die Arbeit erfolgt im Zusammenwirken mit der Ärzteschaft, der Apothekerschaft, den Vertretern des öffentlichen Gesundheitswesens und den Sozialversicherungsträgern. Der Verein bietet seinen Mitgliedern folgende Aktivitäten an: Trockengymnastik (12 Gruppen), Wassergymnastik (9 Gruppen), Yoga (3 Gruppen), Wassertreten, Armbad, Radfahren, Wandern, Spazierengehen, Nordic Walking, Jahresfahrten, Tagesfahrten, Erlebnistage in der Kräuderee (Aroma- und Kräutergarten in Middels) sowie gesellige Veranstaltungen wie Grillfest, Kegeln mit Grünkohlessen, Weihnachtsfeier usw. Der Jahresbeitrag beträgt z. Zt. für Einzelmitglieder 29,00 Euro, für Familien 37,00 Euro.

PFEIL Harburg PflgeEltern Initiative im Landkreis Harburg e. V., Winsen

Der Verein PFEIL-Harburg e.V. leitet sich aus der PflgeEltern-Initiative im Landkreis Harburg ab, einer Gruppe von Pflegeeltern, die sich bereits seit Jahren zum Gedankenaustausch und zur gegenseitigen Information trifft. Zur Bündelung der Kräfte und zur besseren Wahrnehmung der Arbeit von Pflegeeltern wurde aus dem losen Zusammenschluss 2009 der Verein. Heute sind ca. 40 Pflegefamilien im Verein organisiert, das ist mehr als ein Drittel aller Pflegefamilien im Landkreis Harburg. Schwerpunkt der Arbeit von PFEIL-Harburg e.V. ist die Förderung und Unterstützung von Pflegefamilien durch regelmäßige Treffen und Fortbildungen. Parallel dazu sind die Mitglieder aktiv in der Kommunalpolitik tätig

um dort Verbesserungen für das Pflegekinderwesen zu erreichen. In der kurzen Zeit seit Gründung konnte so eine neue Konzeption für das Pflegekinderwesen im Landkreis Harburg, eine Binnenhaftpflichtversicherung, die die Familien vor Ansprüchen Dritter schützt, sowie verschiedene Fortbildungen für die Familien durchgesetzt werden. Angestoßen durch die Arbeit von PFEIL-Harburg e.V. wurde jetzt auch das Personal im Jugendamt in diesem Bereich verdoppelt und dieses grundlegend umstrukturiert. Neben den genannten Aufgaben sorgen gesellige Abende dafür, dass jeder seine Herausforderungen im Alltag anbringen kann. Seit 2012 ist der Verein als Landesverband für Niedersachsen im Bundesverband Pfad e.V. organisiert.

SchLAu Hannover e.V.

SchLAu Hannover ist ein ehrenamtlich organisierter Verein, der Bildungs- und Aufklärungsveranstaltungen zu sexueller Orientie-

rung und geschlechtlicher Vielfalt für Schulen und andere Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung in der Region Hannover anbietet. Gerade an Schulen zeigt sich deutlich, dass Lesben, Schwule, Bi und Trans*personen (das * als Platzhalter steht für die verschiedenen Identitäten und Definitionen von transsexuell, transident, transgender, etc.) immer noch Stigmatisierung und Diskriminierung erfahren. ‚Schwul‘ ist ein gängiges Schimpfwort in einer Umgebung, die von heteronormativen Rollenbildern und Lebensentwürfen dominiert wird. Gleichgeschlechtliche Orientierung oder geschlechtliche Vielfalt sind kaum sichtbar und werden als Form der Abwertung verwendet. Auch im Unterricht werden diese Themen nach wie vor oft tabuisiert. Ziele der Veranstaltungen von SchLAu Hannover sind daher der Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen gegenüber nicht-heteronormativen Lebensweisen, Prävention von psychischer und physischer Gewalt, die Ver-

mittlung eines positiven Vielfaltskonzeptes und die Stärkung einer selbstbestimmten Entwicklung aller Jugendlichen ohne sich dabei auf die Abwertung anderer Lebensweisen stützen zu müssen. Das Team von SchLAu Hannover besteht aus jungen lesbischen, schwulen, bi oder trans* (LSBT*) Personen mit unterschiedlichen beruflichen Hintergründen. Die Teamer_innen nehmen an einer pädagogischen Grundqualifizierung teil, besuchen regelmäßig professionelle Fortbildungen zum Thema und haben vielfach schon jahrelange Erfahrung in der Schulaufklärungsarbeit. Integraler Bestandteil des pädagogischen Konzeptes ist die Begegnung mit jungen LSBT* Personen nach dem Prinzip der peer-education. Neben einem breiten Methodenrepertoire steht in den Veranstaltungen daher das autobiografische Erzählen der Teamer_innen zentral. Hierdurch entsteht eine Lebensnähe in der Vorurteile und Klischees wirkungsvoll hinterfragt und abgebaut werden.

Niedersächsischer Gesundheitspreis verliehen

Paritätisches Projekt und Mitgliedsorganisation ausgezeichnet

Wie können Patientinnen und Patienten gezielter in die Behandlung einbezogen werden? Welche technischen Möglichkeiten sind nutzbar, damit ältere Menschen gesundheitlich gut versorgt sind und selbstständig leben können? Gesund älter werden – wie kann diese Entwicklung weiter unterstützt werden? Innovative Ansätze, die auf solche und ähnliche Fragen Antworten bieten, wurden

am 21.11.2012 mit dem Niedersächsischen Gesundheitspreis 2012 prämiert. Unter den Preisträgern befanden sich ein Projekt des Paritätischen Hannover sowie der paritätischen Mitgliedsorganisation Alzheimer Gesellschaft Niedersachsen e.V.

„Innovationen in der Gesundheitslandschaft kommen Patientinnen und Patienten zugute“, sagte Niedersachsens Sozialministerin Ay-

gül Özkan anlässlich der Preisverleihung. Dadurch sollen andere angeregt werden, eigene Ideen zu entwickeln oder bereits erprobte Konzepte aufzugreifen. Das trage langfristig dazu bei, die schon jetzt sehr hohe medizinische und pflegerische Versorgungsqualität in Niedersachsen zu fördern.

Der mit 15.000 Euro dotierte Niedersächsische Gesundheitspreis wurde in diesem Jahr gemeinsam



Bei der Preisverleihung für das Projekt „Selbsthilfefreundliches Krankenhaus“; von links: Dr. Jürgen Peter, Vorstandsvorsitzender der AOK Niedersachsen und Laudator, Rita Hagemann, Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich, Hannover, Dr. Dagmar Siewerts, Netzwerk Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen, Sozialministerin Aygül Özkan.

vom Niedersächsischen Sozial- und Gesundheitsministerium, dem Niedersächsischen Wirtschaftsministerium, der AOK Niedersachsen und der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen ausgeschrieben. Die Preiskategorien knüpfen an die Ziele des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen an: Patientenkompetenz – Information, Schulung, Partizipative Entscheidungsfindung und Selbsthilfe, Generation 60+ – Neue Ideen zur Prävention und Gesundheitsförderung im späten Erwerbsleben und darüber hinaus sowie eHealth – Lösungen für ein selbstbestimmtes Leben im Al-

ter. Insgesamt wurden 30 Bewerbungen abgegeben. Eine hochkarätige und fachkundige Jury aus den Partnerinnen und Partnern des Niedersächsischen Gesundheitspreises sowie weiteren Vertreterinnen und Vertretern aus Forschung und Verbänden wählte die besten Projekte aus.

Den mit 2.500 Euro dotierten Preis in der Kategorie Patientenkompetenz gewannen das Projekt „Selbsthilfefreundliches Krankenhaus“, Netzwerk Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen und KIBIS / Paritätischer Hannover mit der Agentur Selbsthilfefreundlichkeit Niedersachsen.

Das Projekt fördert die systematische und strukturierte Zusammenarbeit zwischen gesundheitsbezogenen Selbsthilfefzusammenschlüssen und Krankenhäusern: Zum einen werden die Kompetenzen von Patientinnen und Patienten erhöht, ihre chronischen Erkrankungen zu bewältigen. Durch systematische Informationen über entsprechende Angebote wird das Selbsthilfepotenzial der Erkrankten aktiviert, ihre Selbstverantwortung und ihr Handlungsspielraum werden erweitert. Zum anderen wird die selbsthilfebezogene Patientenorientierung als Qualitätsmerkmal nachhaltig im

Krankenhaus verankert und die stationäre Versorgung durch die Selbsthilfe ergänzt. Die partizipative Gesundheitsversorgung wird in die Strukturen des Krankenhauses eingebettet und das Krankenhaus kann sich als „Selbsthilfefreundlich“ auszeichnen lassen.

Die Potenziale des professionellen Expertenwissens im Krankenhaus und des „Expertenwissens aus eigener Erfahrung“ von Selbsthilfegruppenmitgliedern ergänzen sich und tragen dazu bei, die Gesundheitsversorgung zu optimieren.

In der Kategorie Generation 60+ wurde das Projekt „Menschen mit Demenz im Krankenhaus“ der paritätischen Mitgliedsorganisation Alzheimer Gesellschaft Niedersachsen e.V. mit dem mit 5.000 Euro dotierten Preis ausgezeichnet. Das Projekt trägt dem demografischen Wandel Rechnung. Demenz ist eine Erkrankung vor allem des höheren Alters. Der-

zeit sind ca. 1,3 Millionen Menschen in Deutschland davon betroffen. Laut Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird sich die Zahl bis zum Jahr 2050 auf voraussichtlich 3 Millionen Menschen erhöhen.

Allgemeinversorgende Krankenhäuser sind nicht ausreichend darauf vorbereitet, Patientinnen und Patienten mit der Nebendiagnose Demenz zu versorgen. Im Rahmen des Projektes wurde ein 14-stündiges Fortbildungscurriculum für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine 160-stündige Fortbildung für Demenzbeauftragte entwickelt. Die Alzheimer Gesellschaft Niedersachsen hat mit ihren Kooperationspartnern daraufhin einen Schulungsordner mit Informations- und Weiterbildungsmaterialien erstellt und an alle Krankenhäuser in Niedersachsen verschickt. In diesem Ordner befindet sich auch eine Schulungs-DVD mit Beispielen guter

Praxis aus dem gesamten Bundesgebiet. Das Maßnahmenbündel soll dazu beitragen, die Versorgungssituation von Menschen mit demenziellen Erkrankungen, pflegenden Angehörigen, der Ärztinnen und Ärzte und des Pflegepersonals im allgemeinversorgenden Krankenhaus stressfreier zu gestalten.

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration

*Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.*

Unsere Gemeinschaft macht Sie stark.

- Wir beraten und vertreten unsere Mitglieder bei Fragen zur Rente, Pflege, Gesundheit, Hartz IV, Behinderung und mehr!
- Wir bieten unseren Mitgliedern ein geselliges Vereinsleben mit Vorträgen, Fahrten und ehrenamtlichem Engagement vor Ort.
- Wir machen der Politik Druck!



SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31 | 30159 Hannover | Tel. 05 11 / 70 148 - 0
Weitere Informationen im Internet unter: www.sovd-nds.de

SoVD
Sozialverband
Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.

Paritätische Projekte ausgezeichnet

Kreisverband Lüneburg und Mitgliedsorganisation gewinnen

bei „Pfleger im Quartier“



Sozialstaatssekretär Heiner Pott überreicht die Urkunde an Ute Guderian, Leiterin des Parlü.

Fotograf: Tom Figiel

Niedersachsens Sozialstaatssekretär Heiner Pott hat am 27.11.2012 elf Gewinnerinnen und Gewinner des Niedersächsischen Wettbewerbs „Pfleger im Quartier“ ausgezeichnet. Unter den Preisträgern befanden sich „Parlü“, ein Projekt des Paritätischen Lüneburg, sowie die paritätische Mitgliedsorganisation Grafschafter Bürgergemeinschaft e.V. aus Nordhorn.

„Älteren Menschen pflegerische und soziale Unterstützung als Gesamtkonzept im vertrauten Wohnumfeld zu bieten, bereichert die Pflegelandschaft in Niedersachsen“, betonte der Staatssekretär bei der Preisver-

leihung in Hannover. Im Fokus stehe dabei, dass alle verantwortlichen Partner wie Kommunen, Wohnungsbauunternehmen, Pflegedienste oder Ehrenamtliche zusammenarbeiten, so Pott: „Das schafft Vertrauen und gibt den Projekten die nötige Verankerung im Quartier.“ In Niedersachsen gibt es dazu bereits hervorragende Beispiele. Mit der Preisverleihung werden besonders erfolgreiche Ideen gewürdigt. Sie sollen anderen als Vorbild dienen und zu eigenen Ideen anregen.

Die von einer Fachjury ausgewählten Projekte erhalten ein Preisgeld in Höhe von 26.000 Euro und dürfen ab sofort den

Titel „Pfleger im Quartier – Als Erfolgsmodell vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration prämiert und gefördert“ führen.

Das Parlü ist die Service- und Begegnungsstätte des Paritätischen Lüneburg für den Stadtteil Kreideberg. Es ist ein Veranstaltungsort und dient zugleich der Information über Hilfen im Alter. Das Parlü lädt zum Verweilen ein und fördert den Klönschnack unter Nachbarn. „Wir freuen uns sehr über diese Auszeichnung. Zunächst erleben wir die Preisverleihung als Anerkennung unserer Arbeit im Stadtteil. Sie be-

stätigt uns in unserem Bestreben, mit dezentralen Angeboten und Strukturen den Verbleib von älteren Menschen in der vertrauten Wohnumgebung zu unterstützen“, erklärt Ute Guderian, Leiterin des Parlü. „Gleichzeitig hilft uns der mit der Preisverleihung ausgelobte Betrag, unsere Ideen und begonnenen Aktivitäten weiter voranzutreiben. In Zeiten, in denen das Parlü ohne kommunale oder überregionale Förderung auskommen muss, ist dies umso wichtiger.“

Mit dem Grafschafter Bürgergemeinschaft e.V. aus Nordhorn hat eine neue Mitgliedsorganisation des Paritätischen Niedersachsen

gewonnen, die es sich zum Ziel gesetzt hat, hilfsbedürftigen Menschen so lange wie möglich ein Leben in ihrer gewohnten, häuslichen und sozialen Umgebung zu ermöglichen. In der Rubrik „Willkommen im Paritätischen“ stellt sich die Grafschafter Bürgergemeinschaft auf Seite 40 in dieser Ausgabe des Parität Reports vor. Der Vereinsvorsitzende Wolfgang Gröbe erklärte zur Preisverleihung: „Wir freuen uns sehr über diese Auszeichnung. Sie belegt, dass der Verein ein zukunftsweisendes Konzept auf den Weg gebracht hat. Sie ist zugleich eine Anerkennung für den vorbildlichen Einsatz der Helferinnen und Helfer und der in großem

Maße ehrenamtlich tätigen Vereinsmitglieder, die mit viel Engagement für den Gedanken des sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft eintreten. Für die Verwendung des Preisgeldes gibt es eine Reihe von Ideen, die unter anderem auf die Stärkung sozialer Kontakte abzielen. Wir wollen hierbei unsere Mitglieder einbeziehen, um bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln.“

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration

Anika Falke

Pressereferentin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Paritätischer Niedersachsen fördert Studentin

70 Deutschlandstipendien für Studierende der Ostfalia

In diesem Jahr hat die Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel – im Rahmen des Deutschlandstipendiums 34 regionale Förderer für 70 Stipendiatinnen und Stipendiaten gewinnen können. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. ist einer der Förderer und unterstützt Katrin Chodan, die an der Ostfalia im 4. Fachsemester Soziale Arbeit (Bachelor) studiert. „Ich freue mich sehr über das Stipendium, weil meine bisherigen Leistungen und mein soziales Engagement anerkannt werden. Ich fühle mich sehr gewürdigt. Zudem erfahre ich eine enorme finanzielle Entlastung in meinem studentischen Alltag“, sagt die 22-jährige Studentin. „Bildung ist eine der wichtigsten

Ressourcen unserer Gesellschaft, um Innovation und Wachstum zu stärken. Umso mehr freue ich mich, dass wir die Zahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten im Vergleich zum Vorjahr verdoppeln konnten“, sagte Präsident Prof. Dr. Wolf-Rüdiger Umbach bei der offiziellen Stipendienvergabe am 8.11.2012. Bei dem sogenannten „Matching Abend“ lernten sich Stipendiatinnen und Stipendiaten und Förderer auch gleich kennen. Abteilungsleiterin Birgit Eckhardt begrüßte Katrin Chodan, die Stipendiatin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. „Das Deutschlandstipendium, insbesondere die Unterstützung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, ermutigt mich dabei, nach dem Studium eine zusätzliche therapeutische Ausbildung anzugehen

und gibt mir das Gefühl, mich in meinem beruflichen Werdegang zu unterstützen und zu fördern. Das Deutschlandstipendium ist ein großer Ansporn für mich“, freute sich Katrin Chodan über die Förderung des Paritätischen Niedersachsen.

Erfahrungen in sozialen Berufsfeldern hat Katrin Chodan bereits bei mehreren Praktika in ihrer Heimatstadt Wolfsburg gesammelt. So hat sie unter anderem Praktika beim Klinikum Stadt Wolfsburg in der Kinderstation für Infektionskrankheiten, in der katholischen Kindertagesstätte St. Joseph sowie bei der Stadt Wolfsburg (Grundpraktikum beim Aktivspielplatz Fallersleben und offene Arbeit unter Betreuung einer dipl. Sozialpädagogin) absolviert.



Auf gute Zusammenarbeit: Stipendiatin Katrin Chodan und Birgit Eckardt, Abteilungsleiterin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Foto: Roman Brodel

Seit dem Wintersemester 2011/12 können Studierende der Ostfalia vom einkommensunabhängigen Deutschlandstipendium profitieren, das von der Bundesregierung im vergangenen Jahr ins Leben gerufen wurde. Hauptanliegen ist es, begabte und engagierte Studierende zu fördern. Pro Stipendium gibt es 150 Euro monatlich von privaten Geldgebern und weitere 150 Euro vom Bund. Zu den Förderkriterien zählt neben herausragenden

Leistungen auch gesellschaftliches Engagement. Besondere biografische Hürden, die sich aus der familiären oder kulturellen Herkunft ergeben, werden ebenfalls berücksichtigt. Am Deutschlandstipendium können sich neben großen auch kleine und mittlere Unternehmen und Institutionen aus der Region und dem Umfeld der Hochschule sowie Stiftungen, Privatpersonen und Alumni (Ehemalige) beteiligen, die einen Beitrag zur Förderung

der Studierenden leisten möchten. Weitere Informationen zum Stipendium gibt es auf der Homepage der Hochschule unter: www.ostfalia.de/alumni/deutschlandstipendium/

*Evelyn Meyer-Kube
Ostfalia Hochschule für angewandte
Wissenschaften*

*Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V*

Manfred Seller in den Ruhestand verabschiedet

Geschäftsführer der PLSW hinterlässt nach 38 Jahren eine große Lücke

Mit einem Festakt wurde Manfred Seller, einer der beiden Geschäftsführer der Paritätischen Lebenshilfe Schaumburg-Weberbergland GmbH (PLSW), am 29.11.2012 in der „Schule Am Bürgerwald“ in Stadthagen in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Bereits die große Zahl der Besucher, darunter der Landrat des Landkreises Schaumburg, Jörg Farr, der Bürgermeister der Stadt Stadthagen, Bernd Hellmann, Cornelia Rundt von Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. und viele weitere Vertreter des öffentlichen Lebens, machte die Beliebtheit Manfred Sellers deutlich.

In seiner Begrüßung verdeutlichte der Geschäftsführer der PLSW, Bernd Hermeling, warum diese Verabschiedung gemeinsam von der Lebenshilfe Stadthagen gGmbH und der PLSW durchgeführt wurde. Manfred Seller war seit der Zusammenführung der Einrichtungen der Lebenshilfe mit der PLSW vor zwei Jahren Geschäftsführer der PLSW, allerdings seit über 30 Jahren in geschäftsführender Tätigkeit bei der Lebenshilfe Stadthagen tätig. Deshalb war es nahe liegend, beide Einrichtungen einzubinden. Die Verdienste Manfred Sellers wurden in einem Rückblick durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Lebenshilfe Stadthagen gGmbH, Gerd Mühlmeister, gewürdigt. Bis zur Zusammenführung der Lebenshilfeeinrichtungen mit



Cornelia Rundt heftet Manfred Seller das Paritätische Ehrenzeichen an.

der PLSW am 1.1. 2011 hatte Manfred Seller aus einem ehrenamtlich geführten Verein ein erfolgreiches, breit aufgestelltes Dienstleistungsunternehmen mit ca. 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemacht.

Großes strategisches Geschick zeichnete Manfred Seller aus. Dies wurde besonders bei der Bildung des Verwaltungsrates deutlich, als es ihm gelang, Kostenträger, Verhandlungspartner und Betriebsrat in die Ar-

beit einzubinden. Besonders erwähnenswert ist die große Beliebtheit, derer Manfred Seller sich nicht nur bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfreute. Hierfür war sicherlich sein sehr legerer Führungsstil verantwortlich, der jedoch eine sehr starke Persönlichkeit mit Durchsetzungsvermögen, Selbstbewusstsein und enormer fachlicher Kompetenz voraussetzt. Großes Ansehen genoss er auch bei den Eltern und Angehörigen der Menschen

mit Behinderung. Nicht unerwähnt bleiben soll die Unterstützung Manfred Sellers durch seine Ehefrau Evelyne, die in all den Jahren als Verwaltungsleiterin die Geschicke um ihn herum geleitet hat.

Insgesamt ist abschließend festzustellen, dass Manfred Seller nach genau 38 Jahren und einem Monat eine sehr große Lücke hinterlassen wird. Allerdings wird er in einigen Funktionen in der Behindertenarbeit

auch weiterhin ehrenamtlich tätig sein. Das erleichtert den Abschied ein wenig.

Anke Bock

Paritätische Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland GmbH

Erfolgreicher sozialer Engagementtag mit 67 Projekten

6. Aktionstag „Brücken bauen – Unternehmen engagieren sich“

Am 20.9.2012 zeigten 62 Unternehmen aus Braunschweig, Salzgitter, Gifhorn und Wolfsburg bei der sechsten Auflage des regionalen Aktionstags „Brücken bauen“ ihr Engagement im Gemeinwesen. Rund 350 Beschäftigte wurden von ihren Arbeitgebern freigestellt, um sich an diesem Tag vor Ort in sozialen Projekten zu engagieren. Insgesamt konnten so 67 Projekte realisiert werden. Bei einem durchschnittlichen Arbeitseinsatz von sechs Stunden wurden damit an einem Tag insgesamt stattliche 2.100 Stunden bürgerschaftliches Engagement geleistet. Mitorganisator des Aktionstages ist die Gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig mbH (GGPS), eine Tochter des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. und in der Öffentlichkeit auch bekannt als Paritätischer Braunschweig. Einige Projekte sollen hier beispielhaft vorgestellt werden:

In der Paritätischen Kindertagesstätte in Braunschweig-Broitzem rückten gleich zwei Unternehmenspartner an, um der Kita einen bunten Anstrich zu verleihen.



MitarbeiterInnen der Firma eck*cellent IT bringen verschiedenen Braunschweiger Selbsthilfegruppen und der Kibis, Kontaktstelle für Selbsthilfe, den Umgang mit Powerpoint näher.

Die Commerzbank Braunschweig war mit Prokurist und zwei weiteren leitenden Angestellten vertreten, die für dieses soziale Engagement freigestellt wurden. Die Firma Bühler, ein „Brückenbau-Neuling“, machte sich bei ihrem Debüt gleich mit neun Auszubildenden und einem Ausbilder in der Kita Broitzem nützlich und strich den Zaun am Außengelände. Eine Powerpoint-Schulung unter dem Motto „Mit Bedacht auf den Punkt gebracht“, gab es für elf Mitglieder von verschiedenen Braunschweiger Selbsthilfegruppen und der Ki-

bis, Kontaktstelle für Selbsthilfe, von der Firma eck*cellent IT GmbH. Das Unternehmen, das sich schon sehr lange und intensiv mit vielen Projekten sozial gesellschaftlich engagiert, war in diesem Jahr erstmalig auch bei diesem Unternehmens-Engagementtag dabei.

In Salzgitter kamen 18 Mitarbeiter aus den unterschiedlichsten Abteilungen der Volkswagen AG Salzgitter in die Paritätische Kita Purzelbaum, um den ganzen Tag zu schaufeln, zu pflanzen und zu bauen. Gleich mehrere

Projekte nahmen die Führungskräfte, Meister und Angestellte des Unternehmens, dem die gesellschaftliche Verantwortung am Standort sehr wichtig ist, in Angriff. Insgesamt hat das VW-Team an diesem Tag zwanzig Meter eines Zaunes mit mitgelieferten Sträuchern begrünt, ein im Vorfeld gefertigtes, großen Klangbaum montiert, Baumstämme für eine urige Sitzzecke gesägt und originelle Sitz-Kletterelemente gebaut. In Gifhorn zeigte sich die Firma Ziebart Holzbauplanung aus Isenbüttel als willkommener Wiederholungstäter. Das Unternehmen engagierte sich bereits zum zweiten Mal im Paritätischen Sprachheilkindergarten Pustebume in Gifhorn. In einer Gemeinschaftsaktion von Eltern, Mitarbeiterinnen des Sprachheilkindergartens und den Zimmerleuten entstanden am Aktionstag ein Holzspielhaus auf dem Außengelände und mehrere große Kisten für die Bewegungsbaustelle. Für dieses Vorhaben sponserte Firmeninhaber Karsten Ziebart das komplette Material.



Fleißig: In der Kindertagesstätte in Braunschweig-Broitzem streichen Auszubildende der Firma Bühler den Zaun am Außengelände.

Koordiniert wird der Aktionstag von der Bürgerstiftung Braunschweig in Kooperation mit der Bürgerstiftung Salzgitter, der Initiative Gifhorn, dem Paritätischen Braunschweig, der Braunschweig Zukunft GmbH sowie der Bundesinitiative „Unternehmen: Partner der Jugend“ (UPJ) e.V. Nach der Devise „Vor dem Aktionstag ist nach dem Aktionstag“ steht

der Termin für das nächste Jahr bereits fest: Am Donnerstag, 12. September 2013, fällt der Startschuss dann wieder für den Tag des gebündelten, regionalen, bürgerschaftlichen Engagements.

*Anke Meyer
Gemeinnützige Gesellschaft für
Paritätische Sozialarbeit
Braunschweig mbH*

ACHTUNG

Für die Ausgabe 01/2013 des Parität Report ist
Redaktionsschluss am

Montag, 11. Februar 2013

Bitte schicken Sie Ihre Beiträge und Bilder in druckfähiger Größe (ab 1 MB, Einzeldatei)
an presse@paritaetischer.de

40 Jahre im Dienst für Kinder und Jugend

Abteilungsleiter Udo Matsky geht in den Ruhestand

Udo Matsky, der Abteilungsleiter Kindertagesstätten der Gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig mbH (GGPS), ist nach fast vierzig Berufsjahren Mitte September offiziell in den Ruhestand verabschiedet worden. Zu den zahlreichen Gästen, die diesem Anlass beiwohnten, gehörten seine Frau und seine Tochter, die beiden Leiter des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie Norbert Winkler aus Braunschweig und Dr. Roswitha Krum aus Salzgitter, Burkhard Vettin von der Landesschulbehörde, Erich Schlüter, Sprachheil-Fachberater im landesärztlichen Dienst, Mitarbeiter der Stadt Braunschweig, Vertreter von Firmen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Kolleginnen und Kollegen und viele andere Wegbegleiter.

Britta Müller-Jarosiewicz (l.) erhält das symbolische Steuerrad von Udo Matsky (r.). Über den reibungslosen Führungswechsel freut sich Henning Eschemann (Mitte).



Der Abteilungsleiter Kindertagesstätten des Paritätischen setzte als langjähriger Experte Maßstäbe, so beschrieb ihn Henning Eschemann, Geschäftsführer der GGPS, in seiner Rede. „Udo Matsky blickte über den Tellerrand seiner Arbeit und war die Triebfeder für Neues in unseren Kitas. Dabei nahm er viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit auf den Weg der Veränderung und Weiterentwicklung. Und: Immer ging es ihm um das Wohl der Kinder“, sagte

Henning Eschemann. Der passionierte Hobbysegler Udo Matsky übergab die Abteilungsleitung der Kindertagesstätten des Paritätischen Braunschweig symbolisch mit einem Steuerrad an seine Nachfolgerin Britta Müller-Jarosiewicz.

Anke Meyer

Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig mbH

Tag der offenen Tür im Betreuten Wohnen

Mehrere hundert Menschen besuchen Service-Wohnen

des Paritätischen Lüneburg

Das Betreute Wohnen für ältere Menschen hat sich in den letzten Jahren zu einer wesentlichen Wohnform der Zukunft entwickelt. Die Senioren genießen in einer barrierefrei gebauten Wohnung die Vorteile der individuellen, selbstständigen Lebensführung, verbunden mit den Vorteilen

einer Betreuung durch einen ambulanten Dienst. Der Paritätische Lüneburg bietet dieses Wohnkonzept in insgesamt sieben Wohnanlagen in Stadt und Landkreis Lüneburg an. Mehr als vierhundert – überwiegend ältere – Menschen leben in Selbstständigkeit und unterstützt durch den Paritätischen

Lüneburg. Oft besteht jedoch bei den Interessierten Unklarheit darüber, wie sich diese Wohnform in der Praxis „anfühlt“.

Der Paritätische hatte deshalb am 6.10.2012 zu einem Tag der offenen Tür geladen. In allen Wohnanlagen gab es Informationen, Beratung,

Rundgänge durch die Gebäude und die Besichtigung von Wohnungen. Gerade letzteres bot viele Senioren, aber auch ihren mitgebrachten Angehörigen, einen guten Einblick.

Die Bewohner in den Häusern haben sich oft mit eingebracht. Mit einem Basar, selbst gebackenem Kuchen und anderen Aktivitäten boten sie den Gästen ein repräsentatives Bild einer Wohnanlage. Ergänzt wurden die Aktionen durch Infostände des Paritätischen zum Hausnotruf, Essen auf Rädern und der ambulanten Pflege mit Blutdruckmessen für alle. Mehrere hundert Menschen haben den Tag genutzt, um sich mal ganz unverbindlich zu informieren. Die meisten hatten sich gleich mehrere Wohnanlagen ausgesucht, zwei Besucher schafften es sogar, einen „Marathon“ durch alle sieben Wohnanlagen zu bewältigen.



Stützpunktleiterin Emilia Weirich (2. Dame von links) führt die Besuchergruppe durch eine Wohnanlage.

Die Mitarbeiter waren von der Resonanz sehr erfreut, ging es doch in erster Linie darum, die Wohnform des Service bzw. Betreuten Wohnens in der öffentlichen Diskussion noch präsenter zu machen

und als eine Wohnform der Zukunft in den Köpfen der Menschen zu implementieren.

Wolfgang Klose
Paritätischer Lüneburg

Eine Schwarmkunstaktion in Hannover

Zum Wa(h)rencharakter von Sexualität und Kunst

Bunte Lichter, grelle leuchtende Preisschilder und auffällige Slogans wie „Aus unserer Werbung“ oder „Jetzt!“ – den ganzen Sommer 2012 über sind in Hannover das Historische Museum, diverse Straßen zwischen dem Museum und dem Marstall sowie ein Tabledance-Club zur großen und zur ungewöhnlichen Bühne für das Kunstprojekt „Strich-Code“ geworden. Hinter „Strich-Code“ stehen die Künstlerinnen Ulrike Enders, Dagmar Schmidt, Kerstin Schulz und der Künstler Franz Betz sowie die Journalistin Susanne Lindau. Die

fünf haben das Kunstprojekt ins Leben gerufen, bei dem die Arbeit rund um den käuflichen Sex einerseits und um die käufliche Kunst andererseits durch Lichtskulpturen, Plastiken, Fotografien und einer Preisetiketten-Installation hinterfragt wird. Kooperationspartner des Projekts ist die paritätische Mitgliedsorganisation Phoenix e.V. Beratungsstelle für Prostituierte.

„Im Sommer 2011 sind Susanne Lindau und Kerstin Schulz mit dem Konzept des Kunstprojektes Strich-Code auf uns zugekom-

men. Wir fanden die Idee mit diesem spektakulären Projekt den gesellschaftlichen Diskurs über Sexarbeit nach zehn Jahren Prostitutionsgesetz noch mal auf ganz andere Weise anzustoßen, genial. So wird das Thema ganz anders aufgegriffen als wir es in unserer Arbeit neben den anderen Aufgaben tun können“, heißt es in dem Vorwort, das Phoenix e.V. für den Katalog zur Ausstellungseröffnung am 9.9.2012 geschrieben hatte.

Hintergrund der Aktion war das zehnjährige Bestehen des „Pro-

stitutionsgesetzes“ vom 1.1.2002, das freiwillige Sexarbeit zu einer legalen Erwerbstätigkeit machte. „Strich-Code“ hatte das Ziel, den gesellschaftlichen Diskurs über Sexarbeit zehn Jahre danach anstoßen. Millionen von Sonderpreisetiketten luden PassantInnen, Neugierige und interessierte Bürger und Bürgerinnen dazu ein, sich mit den Themen Wertschätzung, Transparenz, Intimität, Sexualität, Käuflichkeit, Kunst und Kommerz neu zu beschäftigen.

„Die SexarbeiterInnen würden eindeutig profitieren, wenn ihre Tätigkeit anderen Erwerbstätigen gleichgestellt und die Orte, an denen sie arbeiten, wie andere Arbeitsorte auch als Teil unserer (Arbeits-) Kultur gesehen werden könnten. Transparenz könnte einkehren, die Arbeitsbedingungen ließen sich nach gesetzlichen Vorschriften gestalten“, heißt es in dem Vorwort von Phoenix weiter. „Phoenix will mit seiner Arbeit dazu beitragen die Arbeitsbedingungen in der Sexarbeit zu verbes-

sern. Unser Ziel ist, die Vorurteile und Berührungsängste bei denjenigen, die mit Prostituierten wo auch immer in Kontakt kommen, abzubauen und darauf hinzuwirken, dass Prostituierten Respekt und Wertschätzung wie allen anderen Erwerbstätigen entgegengebracht wird. Weil dies auch die Intention des Kunstprojektes Strich-Code ist, freuen wir uns Kooperationspartner zu sein.“

Anfang November, nach Ende des Projekts, veröffentlichten die Künstler auf ihren Internet-Blog (<http://strichcodehannover.wordpress.com/>) ein Fazit der Aktion:

„Das Projekt Strich-Code ist auf vorwiegend positive Resonanz bis hin zur Euphorie gestoßen. Der spielerische Einstieg in ein schwieriges Thema hat sich als glücklich erwiesen, da sich viele Menschen dadurch sehr konkret mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Wir haben es geschafft, das Thema Prostitution auch mal von einer anderen Seite als in der Presse üblich zu zeigen, ohne es zu trivialisieren. Die Besucher von Strich-Code lassen sich in drei Gruppen einteilen: die erste Gruppe war die Gruppe der Kunst-Interessierten; die zweite Gruppe waren die, für die der soziale Aspekt im Vordergrund stand; die dritte Gruppe bestand aus den Voyeuren. Betrachtet man die Pressearbeit, so ist festzuhalten, dass die Schwarmkunst von den Medien meistens positiv und auch in großem Ausmaß beleuchtet wurde. Auch der soziale Aspekt fand einen großen Nachhall in den Medien. Die Künstler und die Kunst kamen im Gegensatz zu den beiden ersten Punkten jedoch in der Presse eindeutig zu



Teil der Kunstaktion: Ein „Etikettenbaum“ in der hannoverschen Innenstadt.

kurz, was aber bei den Kunstführungen nicht beobachtet werden konnte. Hier wurde die Kunst sehr hervorgehoben, da die Führungen auch zum Teil von den Künstlern geleitet wurden, und stieß bei den Besuchern auf großes Interesse. Die Konfrontation verschiedener Gesellschaftsschichten ist glücklich verlaufen, denn jeder ist einen

Schritt auf den anderen zugegangen. Das Bild von der Eröffnungsfest, bei der ein Museumsdirektor zusammen mit einem Bordellbesitzer eine Ausstellung eröffnet, ist exemplarisch für die Schwarmkunstaktion Strich-Code. Aber ohne die bis zu 50 Schwarmkünstler, die geholfen haben, im Schulterchluss solch ein Großprojekt zu

stemmen, wäre der Funke: ‚Wir sind alle gleich‘ nicht bis in die Öffentlichkeit geschwappt, so dass eine nachhaltige Wirkung zu erhoffen ist.“

*Phoenix e.V. Beratungsstelle
für Prostituierte*

Atelier Dreieck

2.000 Schülerinnen und Schüler in 90 Jahren

Schule für Kinderkrankenpflege bildet seit 1922 aus –

ein historischer Rückblick

Am 15. September 1922 wurden die ersten beiden Absolventinnen der Krankenpflegeschule examiniert, damals noch in der Ellernstraße im Zooviertel in Hannover. Im Jubiläumsjahr der Schule im Jahr 2012 sind alle Prüfungen erfolgreich verlaufen, somit haben nach 90 Jahren exakt 2.000 Schülerinnen und Schüler die heutige Gesundheits- und Kinderkrankenpflegeschule Auf der Bult (Dach aller Einrichtungen der paritätischen Mitgliedsorganisation Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt) absolviert.

Reine Kinderkrankenpflegeschulen gibt es nur wenige in Deutschland, die Gesundheits- und Kinderkrankenpflegeschule Auf der Bult mit ihren Vorgängern Krankenpflegeschule sowie Säuglingspflegeschule der Hannoverschen Kinderheilstalt gilt als eine der Ältesten ihrer Art in Deutschland. In den vergangenen 90 Jahren hat sich neben den Unterrichtsinhalten und -methoden auch der Umgang mit den Auszubildenden stark verändert. Alte, zum Teil noch vorhandene

Dokumente, Klassenbücher und Lehrbücher zeigen dies:

- Ordner Schülerinnen: handgeschriebene Bewerbungen, historische Gesundheitszeugnisse, schwarz-weiße Bewerbungsfotos sowie Infokarten, die beweisen, wie wenig Urlaub Auszubildende und Arbeitnehmer früher hatten.
- Gesundheitsbuch: Alle vier Wochen wurden die Schülerinnen gewogen – offiziell, um nach den Kriegsjahren sicher zu gehen, dass die Schülerinnen gut ernährt waren, inoffiziell gab es wohl noch andere Gründe...
- Klassenbuch: Neben der Lehre von Krankheitsbildern und Behandlungsmethoden standen in den fünfziger Jahren auch Tischschmuck basteln, Zeitungsberichte lesen oder Singen auf dem Stundenplan.

Der Unterricht fand statt, wenn ein Arzt Zeit hatte; die Schülerinnen kamen stundenweise zum Unterricht zusammen und gingen anschließend wieder zur Arbeit auf die Station zurück.

Die heutigen Lehrpläne sind klarer strukturiert. Die dreijährige Ausbildung ist vielfältig und wechselt zwischen Theorie- und Praxisblöcken. Neben pflegerischen Inhalten (wie z. B. Frühgeborenenpflege im Inkubator) und medizinischen Inhalten (wie z. B. Diagnostik und Therapie von Erkrankungen) besteht ein wesentlicher Bestandteil in der Förderung der sozialen Kompetenz der SchülerInnen. Die Schwerpunkte „beraten, unterstützen, anleiten“ stehen dabei im Mittelpunkt. Die Schülerinnen werden zwischen den Theorieblöcken in den verschiedenen Bereichen des Kinder- und Jugendkrankenhauses wie zum Beispiel im Ambulanz- und Aufnahmezentrum, auf der Intensivstation, in der Kinderchirurgie oder in der Kinder- und Jugendpsychiatrie eingesetzt. Auch der Blockeinsatz bei den Früh- und Neugeborenen sowie bei der Betreuung von behinderten Kindern ist Bestandteil der Ausbildung. Zusätzlich sind externe Einsätze in der Pflege von Erwachsenen, gesunden Neugeborenen oder der ambulanten Pflege zu absolvieren.

Das wichtigste Buch, das durchgehend seit 1922 bis heute geführt wird, sind die Ergebnisse der Schwesternprüfungen. Es enthält alle Teilnehmerinnen und Ergebnisse der staatlichen Prüfungen – vom prominenten Prüfling (1976) wie Professorin Dr. Rosemarie Kerkow-Weil, der heutigen Präsidentin der Hochschule Hannover und Ehefrau des hannoverschen Oberbürgermeisters, bis hin zum ersten männlichen Prüfling im Jahr 1980. 1990 folgte der erste männliche Kinderkrankenpfleger in der Hannoverschen Kinderheilstätte. Von den bisher 1976 examinierten Absolventen sind 0,85 Prozent männlich (in absoluten Zahlen: 17 Männer). Liest man im Buch „Ergebnisse der Schwesternprüfungen“, begegnet man einigen immer noch bekannten Namen, denn viele der

ehemaligen Schülerinnen und Schüler sind der Bult treu geblieben.

Die Spezialisierung hin zur Kinderkrankenpflege war früher wie heute eminent wichtig, denn auch die Pädiatrie entwickelte sich immer weiter. Viele Unterrichtsinhalte werden bei der Ausbildung aus dem speziellen Blickwinkel von Kindern, Jugendlichen und ihren Bezugspersonen vorbereitet und in der Praxis durch einen Schwerpunkt der Einsätze bei Kindern und Jugendlichen vertieft. Die examinierten Schülerinnen und Schüler sind in vielen Häusern begehrt, weil die Ausbildung über die Grenzen Hannovers einen sehr guten Ruf genießt. Pro Jahrgang, der immer im Oktober beginnt, sind es anfangs rund 30 junge Frauen und Männer. Zwischen 20 und 25 von



Examenskurs 1969.

ihnen erreichen das ersehnte Ziel.

Mehr zur Gesundheits- und Kinderkrankenpflegeschule Auf der Bult und zu Ausbildungsinhalten, Ausbildungsverlauf, spätere berufliche Möglichkeiten etc. im Internet auf www.schule-fuer-kinderkrankenpflege.de.

Björn-Oliver Bönsch
Stiftung Hannoversche
Kinderheilstätte

Inklusiv und mitten in Hannover

Lebenshilfe Niedersachsen feiert 50. Geburtstag mit über 5.000 Menschen

Mit einem Aktionstag, einem Festakt und einer Informationsveranstaltung zum Thema Inklusion (siehe Seite 12) hat die Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Niedersachsen e. V. in der zweiten Jahreshälfte 2012 ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert. Den Auftakt zu den Feierlichkeiten im Jubiläumsjahr hatte der erste landesweite Verbandstag am 17.3.2012 in Hannover gebildet (siehe Parität Report 02/2012).

Am 15.09.2012 haben am Aktionstag über 5.000 Menschen aus ganz Niedersachsen anlässlich des 50. Jubiläums der Lebenshilfe Niedersachsen ein fröhliches und viel-



Gute Stimmung auf der Bühne beim Aktionstag der Lebenshilfe Niedersachsen.

seitiges Fest gefeiert. Damit war dies landesweit eine der größten Veranstaltungen für Menschen mit und ohne Behinderungen. In ihrem Grußwort dankte die niedersächsische Ministerin für Soziales, Familie, Frauen, Gesundheit und Integration, Aygül Özkan, der Lebenshilfe Niedersachsen für ihren 50-jährigen Einsatz für Menschen mit Behinderungen. Sie hob dabei besonders die Rolle der Ehrenamtlichen hervor und sagte außerdem, dass die Lebenshilfe ein verlässlicher aber kritischer Partner für die Landesregierung ist. Die Ministerin betonte, dass der Ausbau der Krippenangebote für das Land Niedersachsen hohe Priorität hat.

Der Geschäftsführer der Lebenshilfe Niedersachsen, Kersten Röhr, bat, die vorgesehenen finanziellen Rahmenbedingungen für den Be-

trieb von inklusiven Krippen zu überdenken, da die derzeit vorgesezte Verordnung hinter die bisherige Finanzierung weit zurück fällt. „Wir wünschen uns Inklusion von Beginn an. Das kann so nicht verwirklicht werden.“

Eingeläutet wurde der Aktionstag mit einem Gottesdienst in der Marktkirche und Grußworten von u.a. dem Bürgermeister der Stadt Hannover, Bernd Strauch, sowie der Bundesgeschäftsführerin der Lebenshilfe, Prof. Dr. Jeanne Nicklas-Faust. Im Anschluss fanden bis zum späten Nachmittag über 20 Live-Acts auf drei Bühnen statt. Von Musik über verschiedene Tanzgruppen bis zu Theatergruppen war alles dabei. In der Marktkirche gab es eine Kunstausstellung zum Thema „Gemeinsam Zukunft gestalten“ Für Kinder und Erwachsene gab es

verschiedene Mitmach-Aktionen und natürlich auch leckere Speisen und Getränke.

Am 13.10.2012 feierten über 100 Menschen aus ganz Niedersachsen den 50. Geburtstag der Lebenshilfe Niedersachsen mit einem Festakt. Während der Eröffnung der Veranstaltung schilderte der Landesvorsitzende Franz Haverkamp die Entwicklung der Lebenshilfe Niedersachsen über die letzten 50 Jahre und forderte unter Beifall der Anwesenden: „Bei der Diskussion um Inklusion müssen wir auch die Menschen mit schwersten Behinderungen mit auf den Weg nehmen. Es darf nicht eine Gruppe zurückbleiben.“

*Frank Steinsiek
Lebenshilfe für Menschen mit
geistiger Behinderung Landesverband
Niedersachsen e. V.*

Sechsminütige Bewerbungsgespräche

Job-Speed-Dating im Rahmen des Programms „Allianz 50plus“

„Allianz 50plus“ ist der Beschäftigungspakt für Ältere im Landkreis Hameln-Pyrmont. Es ist ein regionales Netzwerk zur Aktivierung und Integration von älteren Langzeitarbeitslosen und wird im Rahmen des Bundesprogramms „Perspektive 50plus“ unterstützt und gefördert. Aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland wird zukünftig eine längere Lebensarbeitsdauer für Arbeitnehmer/-innen erforderlich sein. Ausgehend von dieser Situation wird die Eingliederung älterer Arbeitsloser notwendig, aber auch Erfolg versprechender. Unter dem Credo „Jeder Mensch



Das „Job-Speed-Dating“ in Hameln.

kann etwas! Jeder Mensch wird gebraucht“ hat sich der Beschäftigungspakt „Allianz 50plus“ die Realisation von 3 Zielsetzungen vorgenommen:

- Nutzung der Chancen des demografischen Wandels zur Eingliederung älterer Arbeitnehmer/-innen in den Arbeitsmarkt
- Veränderung des defizitären Altersbildes der Unternehmen
- Veränderung des eigenen Selbstbildes der Älteren

Am 11.10.2012 fand im Rahmen des Programms in Hameln in den Räumen vom Beschäftigungswerk Impuls gGmbH in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Hameln-Pyrmont und der „Perspektive 50 plus“ das zweite „Job-Speed-Dating“ statt, das unter dem Motto

„Neue Wege in die Arbeit“ stand. Eingeladen wurden verschiedene Firmen, die freie Arbeitsplätze gern auch an Arbeitssuchende über 50 Jahre vergeben. Insgesamt waren zwölf verschiedene Arbeitgeber vertreten, vom Einzelhandel (Kaufland/Edeka) über die Ökoindustrie, Maschinenbau bis zu Leder Heller sowie die ProSENIS Einrichtung aus Hameln, eine Mitgliedsorganisation des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. Insgesamt nahmen rund 75 potenzielle eingeladene Arbeitnehmer an der Veranstaltung teil. Begleitet wurde die Aktion von den Mitarbeitern des Jobcenters Hameln und der Impuls gGmbH.

Auch seitens der Medien herrschte reges Interesse. So waren nicht

nur der lokale Radiosender „radio aktiv“ sondern auch die Presse „DEWEZET“ und das NDR-Fernsehen vertreten. An allen Tischen fanden anregende Gespräche statt. Zum Kennenlernen hatte man jeweils sechs min Zeit, in denen die Eckdaten der Bewerber und Arbeitgeber ausgetauscht wurden. Vielleicht wird aus dem einen oder anderen Gespräch ein festes Arbeitsverhältnis. Beim letzten Job-Speed-Dating im März 2012 sind acht unbefristete Arbeitsverhältnisse in den unterschiedlichsten Firmen entstanden.

*Carola Schumann, Regine Mosler
ProSENIS GmbH
Gemeinnützige Blinden- und
Senioreneinrichtungen
Seniorenheim „Am Klüt“*

Ein Konzept für die Sicherheit

„Selbstverteidigung für Menschen im Rollstuhl“ macht Rollstuhlfahrer

im Ernstfall handlungsfähig

Eines ist sicher: Für erfolgreiche Selbstverteidigung gibt es kein Patentrezept. Alles, was man tut, kann das Falsche sein. Umso wichtiger ist es, viele verschiedene Selbstverteidigungstechniken zu kennen, mit deren Hilfe sich Menschen vor einem möglichen Angreifer schützen können. Techniken, die sowohl Menschen mit als auch ohne Behinderung erlernen können. Beim dritten Workshop „Selbstverteidigung für Menschen im Rollstuhl“ der paritätischen Mitgliedsorganisation Rollstuhlsportgemeinschaft (RSG) Langenhagen 82 e.V. vermittelte Trainer Nils Thate aus Bremen am

11.11.2012 Einsteigern und Fortgeschrittenen unterschiedliche und an die jeweilige Behinderung individuell angepasste Möglichkeiten, um einerseits gefährliche Situationen im Keim zu ersticken, aber sich andererseits im Ernstfall auch zur Wehr setzen zu können. „Es ist toll, wie man sich wehren kann, auch wenn die Arme festgehalten werden“, sagte Sinja am Ende der vier Stunden. Damit drückte sie aus, was alle Teilnehmer unisono dachten. Die 24-Jährige hätte sich, ebenso wie die anderen, niemals vorstellen können, wie sich ein Rollstuhlfahrer lediglich mit Hilfe geeigneter Techniken ge-

gen einen Angreifer zur Wehr setzen und diesen im besten Fall in die Flucht schlagen kann. Und das ganz ohne regelmäßiges Krafttraining.

Die Gründe der elf Menschen mit einer Behinderung, an diesem Workshop teilzunehmen und dafür unter anderem aus Celle, Nordstemmen und Wunstorf anzureisen, waren vielfältig. „Früher habe ich mich charakterlich und körperlich immer stark gefühlt. Durch meine Multiple Sklerose bin ich unsicher und ängstlicher geworden und habe jetzt erst den Bedarf erkannt, etwas für meine Sicherheit tun zu müssen“, er-

läuterte die 34-jährige Tanja ihre Motivation für den Workshop. „Ich wurde vor zehn Jahren von einem Junkie überfallen und habe immer noch Angst davor, dass es wieder passieren könnte“, erzählte Isin. Auch Christoph hat bereits einmal Distanzlosigkeit erlebt und möchte lernen, sich selbst und seine Fähigkeiten in Krisensituationen besser einzuschätzen. „Außerdem interessiert mich die Philosophie hinter der asiatischen Kampf- und Selbstverteidigungskunst“, sagte der 44-Jährige.

Wichtig: Seine Stärken kennen

Die Philosophie, die Nils Thate den Teilnehmern vermittelt, basiert auf einem Konzept, das aus sieben Elementen besteht, die auf das gesamte Leben übertragbar sind. Schnelligkeit, Timing, Balance, Fokus, Konzentration, Übertragbarkeit und Distanz sind diejenigen Aspekte, die bei der Selbstverteidigung eine große Rolle spielen. Mithilfe verschiedener Übungen zeigte der Trainer, wie sich die Wahrnehmung schärfen lässt und man die eigenen Möglichkeiten kennen lernen kann. „Ihr müsst fühlen, was funktioniert und wenn etwas nicht funktioniert, müsst ihr eine andere Technik anwenden.“ Auch Alltagsgegenstände, wie ein Kugelschreiber oder ein Regenschirm, können als effektives Hilfsmittel zur Selbstverteidigung dienen. Der Selbstverteidigungstrainer betonte dabei immer wieder, wie wichtig ein gutes Selbstvertrauen und das Wissen um effiziente Selbstbehauptung sind. „Es ist entscheidend, seine eigenen Stärken zu kennen, an sich selbst zu glauben und sich selbst zu vertrauen. Man muss sich immer im Klaren darüber sein, dass der Täter große Angst davor hat, erwischt zu werden.“ Deshalb sei die beste Strategie, eine dro-



Referent Nils Thate (im Rollstuhl) demonstriert eine Übung mit Hilfe eines Kollegen.

Foto: Heike Werner / RSG Langenhagen.

hende gefährliche Situation bereits vor ihrer Entstehung zu verhindern. Durch eine laute feste Stimme und die Einbeziehung von Passanten etwa. Worte wie „Ich kenne Sie nicht, lassen Sie mich in Ruhe“ vermitteln Umstehenden sehr schnell: Das ist kein Beziehungsstreit, das ist eine ernst zu nehmende Situation.

Die vermeintliche Sicherheit des Täters nutzen

Die Chancen, sich von anderen Hilfe zu holen, stehen in der Regel gut, da die meisten Angriffe und Belästigungen tatsächlich im Alltag und in der Öffentlichkeit passieren. Darüber hinaus können die eigenen Fähigkeiten ausreichen, um einen Angreifer in die Flucht zu schlagen. „Viele glauben, dass ein Rollstuhlfahrer durch seine sitzende Position von vorneherein der Unterlegene ist. Das gibt dem Täter eine vermeintliche Sicherheit, die der Angegriffene für sich nutzen kann. So kann er beispielsweise Hals, Magen und Ge-

sicht gut erreichen, wenn der Angreifer sich zu ihm hinunterbeugt, was er zwangsläufig tun muss. Ziel muss immer sein, das Risiko durch überraschende Aktionen zu verringern“, erläuterte Nils Thate. Dabei dürfe man dem Gegner möglichst nicht zeigen, dass man sich etwas angeeignet hat, um sich zu wehren. Thates Appell war deutlich: „Nach vier Stunden kann keiner sagen, er kann Selbstverteidigung. Ihr müsst das üben, denn nur wer lernt, seine Reflexe zu kontrollieren, ist in der Lage, im Ernstfall angemessen zu reagieren. Und das kann man nicht nach einem halben Tag.“ Deshalb wurden im Fortgeschrittenenkurs zwar auch neue Techniken erlernt, der Fokus lag aber darauf, das Gelernte zu trainieren. Hoch konzentriert und mit viel Spaß arbeiteten die Teilnehmer mit. Ob zehn oder 72 Jahre alt – jeder erkannte, dass das Üben der einzelnen Selbstverteidigungstechniken nicht nur das Selbstbewusstsein stärkt, sondern Lust auf mehr macht.

Auch Ulrike Kriebel, 2. Vorsitzende RSG Langenhagen, die den Workshop initiiert hat, zeigte sich sehr zufrieden: „Die Stimmung unter allen Teilnehmern war großartig und alle wollen weitermachen.“ Eine wichtige Voraussetzung für das kommende Jahr, wenn „Selbst-

verteidigung für Menschen im Rollstuhl“ von der RSG Langenhagen im sechswöchigen Rhythmus angeboten werden soll. Informationen zum Selbstverteidigungstraining und Vormerkungen für die Kurse im Jahr 2013 sind erhältlich bei Ulrike Kriebel, RSG Langenhagen,

E-Mail: u.kriebel@rsg-langenhagen.de,
Tel.: 0511 / 524275.

Heike Werner
Rollstuhlsportgemeinschaft
Langenhagen 82 e.V.

500 Helden beim Sportfest in Hannover

2. Special Olympics Sportfest ein voller Erfolg



Auf die Plätze - fertig - los! Beim 2. Special Olympics Sportfest in Hannover maßen sich die Athletinnen und Athleten im Erika-Fisch-Stadion unter anderen in den Leichtathletik-Disziplinen Laufen, Weitspring, Weitwurf und Kugelstoßen

Foto: www.fotograf-dg.de / SO-NDS.

Knapp 500 Athleten mit geistigen und mehrfachen Beeinträchtigungen haben am 20.09.2012 unter dem Motto „In jeden von uns steckt ein Held“ die Eröffnung des 2. Special Olympics Sportfests in Hannover gefeiert. Emotionaler Höhepunkt war das Entzünden des

Olympischen Feuers im Erika-Fisch-Stadion, worauf Hannovers Bürgermeister Bernd Strauch pünktlich um 10 Uhr offiziell das Sportfest eröffnete.

Athletinnen und Athleten aus Förderschulen und Einrichtungen aus

ganz Südniedersachsens maßen sich im Erika-Fisch-Stadion in den Leichtathletik-Disziplinen Laufen, Weitspring, Weitwurf und Kugelstoßen. Acht Fußball-Teams traten auf dem Vereinsgelände des DSV Hannover 78 gegeneinander an und kämpften um die Gold-



Gruppenfoto mit Athleten: Vera Neugebauer (Geschäftsführerin Hannoversche Werkstätten, hinten, von links), Minister Uwe Schünemann und Andrea Liebich (l. Vorsitzende Special Olympics Niedersachsen). Foto: www.fotograf-dg.de / SO-NDS

medaille. Im barrierefreien Stöckener Bad zeigten Rücken-, Brust und Freistilschwimmer ihr Können – und errangen zahlreiche Medaillen. Offen für alle war das wettbewerbsfreie Angebot im Sportleistungszentrum. Dieses richtete sich vor allem an Menschen, die aufgrund der Schwere ihrer Beeinträchtigung nicht oder noch nicht in der Lage sind an den Wettbewerbsveranstaltungen teilzunehmen. Schülerinnen und Schüler der Akademie für Rehaberufe hatten das Programm entwickelt und betreut.

„Wir freuen uns sehr, dass so viele Athletinnen und Athleten unserer Einladung gefolgt sind. Wichtig für uns ist in erster Linie, dass die Sportler Spaß haben und zufrieden mit ihren Leistungen nach Hause ge-

hen können“, so die l. Vorsitzende von Special Olympics Niedersachsen, Andrea Liebich. Diese Einstellung findet sich auch in dem Special Olympics Eid wieder, der während der Eröffnung von einem Athleten und der Spitzenschwimmerin Birte Steven verlesen wurde: Lasst mich gewinnen, doch wenn ich nicht gewinnen kann, dann lasst mich mutig mein Bestes geben.

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann, der bereits im vergangenen Jahr die l. Niedersächsischen Landesspiele von Special Olympics in Wolfsburg eröffnete, besuchte die Athletinnen und Athleten persönlich in den verschiedenen Sportstätten. Begeistert von der Atmosphäre ließ es sich der Innenminister nicht nehmen und ehrte im Erika-Fisch-Stadion gleich

mehrere Athletinnen und Athleten bei einer Siegerehrung.

Special Olympics Niedersachsen ermöglicht Menschen mit Behinderungen durch die Teilnahme an Sportveranstaltungen ein Stück gesellschaftliche Inklusion. Durch die Unterstützung von knapp 200 ehrenamtlichen Helfern und Schiedsrichtern werden Begegnungen möglich und Vorurteile abgebaut. Ermöglicht wurde dieses Sportfest durch eine Förderung der Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung. Die Veranstaltung war eine Kooperation mit der Paritätischen Mitgliedsorganisation Hannoversche Werkstätten gem. GmbH und der Landeshauptstadt Hannover.

Richard Kolbe
Special Olympics Niedersachsen

Lebenshilfe-Sportler laufen den Berlin-Marathon 2012

Für Läufer mit geistiger Behinderung ging ein Traum in Erfüllung

Erschöpft, überglücklich und zufrieden lächeln sie in die Kamera. 5:53:01 Stunden haben Edith Voigt, Peter Reisinger und ihr Trainer und Tandem-Läufer Ludger Norrenbrock gebraucht, um vor einer Millionen Zuschauer die 42,195 km quer durch Berlin zu laufen.

Peter Reisinger ist in Berlin seinen ersten Marathon gelaufen. Zuvor hatte der 48-jährige, der erst 2010 mit dem Training beim Laufftreff der „Lebenshilfe – Wir bewegen uns!“ begonnen hatte, zwei Halbmarathonläufe bestritten. „Alles gut gelaufen, tolle Stimmung, super, freue mich“, so Peter Reisinger. Für Edith Voigt war es bereits der vierte Marathon. Die Teilnahme am Berlin-Marathon hatte sie sich bereits seit 2007 nach ihrem Debüt-Marathon in Hamburg gewünscht. Nun, passend zu ihrem 50. Geburtstag im Juni, ging dieser Wunsch in Erfüllung. Nach wie vor ist Edith Voigt die einzige Mara-

*Berlin-Marathon 2012:
Erschöpft und überglücklich
ging für die Lebenshilfe
Läufer Peter Reisinger, Edith
Voigt und Trainer Ludger
Norrenbrock (von links) ein
Traum in Erfüllung.*



thonläuferin in Deutschland mit einer geistigen Behinderung, die jetzt ihren 4. Marathon gelaufen ist.

„In Berlin sind wir auf sehr großes Interesse gestoßen. Wir wurden nach dem Zieleinlauf gleich zu dieser besonderen sportlichen Leistung, unseren Laufvorbereitungen und unserem Laufprojekt, das diesen Tandem-Lauf eines Behinderten und nichtbehinderten Menschen ermöglicht hat, interviewt, und das vor so großem Publikum. Die Resonanz war unglaublich po-

sitiv“, so Ludger Norrenbrock, Mitarbeiter der Lebenshilfe und engagierter Trainer der Beiden. Er selbst hat die beiden als Tandem-Läufer in Berlin betreut und ist mit Edith Voigt und Peter Reisinger gemeinsam durchs Brandenburger Tor ins Ziel gelaufen.

*Christine Mengkowski
Lebenshilfe Delmenhorst und
Landkreis Oldenburg gemeinnützige
GmbH*

Was tun, wenn das gewohnte Leben ein Ende hat?

Lesung beim Paritätischen Goslar findet große Resonanz

„Was tun, wenn das gewohnte Leben ein Ende hat?“ Vor dieser Frage stand Margot Unbescheid, als sie die Nachricht von der Alzheimer-Erkrankung ihres Vaters erfahren hat. Die daraus resultierenden Eindrücke und Erfahrungen hat sie in einem beeindruckenden Buch zusammengefasst, das sie am 12.11.2012 vor 50 in-

teressierten Gästen beim Paritätischen Goslar vorgestellt hat.

In einfühlsamen Worten hat Margot Unbescheid verschiedene Passagen aus ihrem Buch vorgelesen, in denen sie aus Sicht einer betroffenen Angehörigen ihre Erlebnisse beschreibt. Dabei hat sie einen Bogen vom

langsamen Prozess der Erkenntnis und der Akzeptanz der Erkrankung, über Belastungs- und Grenzsituationen sowie der Suche nach Hilfe und Entlastung bis hin zu einzelnen guten Momenten gespannt. Die Zuhörer dankten Margot Unbescheid mit gebannter Aufmerksamkeit, einem langen Applaus und interessierten Nachfragen.



Margot Unbescheid liest vor gebanntem Publikum.

Sven Dickfeld, Geschäftsführer des Paritätischen Goslar, zeigte sich erfreut über die große Resonanz bei diesem wichtigen Thema und kündigte an, auch im nächsten Jahr öffentliche Veranstaltungen zum Thema Alzheimer durchführen zu wollen. Er

appellierte an die Gäste, Angehörigen und Betroffenen mit Offenheit, Unterstützungsbereitschaft und Wertschätzung zu begegnen.

Die Lesung endete mit angeregten Gesprächen und dem

Signieren einzelner Buchexemplare durch Margot Unbescheid.

Sven Dickfeld
Paritätischer Goslar

Ehrungen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes, in Kreisgruppen wie Mitgliedsorganisationen konnten in den letzten Wochen für langjährige Verbandszugehörigkeit ausgezeichnet werden:

Urkunde:

- Stephan Geisler, Paritätischer Cuxhaven
- Jasminka Kupresanin, Paritätischer Nienburg
- Kirsten Schalinski, Paritätischer Landesverband
- Brita Ise Hellmann, Verbandsrat, Paritätischer Landesverband
- Stefan Schäfer, Paritätischer Salzgitter
- Elke Thiede, Paritätischer Salzgitter
- Hilke Meyer, Paritätischer Nienburg
- Petra Wagner, Paritätischer Lüneburg
- Milena Mühlbauer, Paritätischer Lüneburg
- Martina Erdmann, Paritätischer Lüneburg
- Carmen Bohlmann, Paritätischer Lüneburg

Ehrenzeichen des Verbandes:

- Jutta Hofviele, Paritätischer Celle
- Heike Coester, Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte
- Margit Haller, Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte
- Karen Krebs, Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte
- Anja Meyerrose, Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte
- Helga Beckmann, Paritätischer Delmenhorst
- Carolyne Dahl, Paritätischer Lüneburg

Der Paritätische Stellenmarkt



Haus der Lebenshilfe Gifhorn

gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Wir sind seit fast 50 Jahren Träger von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung im Landkreis Gifhorn und betreuen in Frühförderung/Stützpädagogik, Kindergärten und Schulen, Werkstätten und Wohnheimen sowie in verschiedenen ambulanten Diensten mit ca. 500 Mitarbeitern über 1200 Menschen mit Behinderung.

Für unsere anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen – WfbM in Gifhorn mit fast 500 Plätzen und ca. 80 Mitarbeitern in 3 Werkstätten und Außenstellen suchen wir in Vollzeit für die Leitung unserer Zweig-Werkstatt „Im Heidland 35“ zum nächstmöglichen Termin, eine(n)

Ingenieur/Techniker (m/w) als

WfbM-Werkstattleiter/-in

Die Zweig-Werkstatt mit 120 Plätzen und 12 Mitarbeitern ist in die Bereiche Metall, Montage, KFZ-Pflege und KFZ-Schilderprägestelle gegliedert und nach DIN/EN/ISO 9001 zertifiziert. Der/die Zweigstellenleiter/-in ist unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten verantwortlich für die Führung der Mitarbeiter, Steuerung der Produktionsabläufe, Arbeits- und Kapazitätsplanung, Einkauf und Auftragsakquisition sowie Sicherstellung des gesetzlichen Auftrages der Rehabilitation und Förderung unserer Beschäftigten. Sie sind dem Bereichsleiter Arbeit-Technik direkt unterstellt und arbeiten sehr eng mit Abteilungsleitern und der Bereichsleitung Arbeit-Pädagogik der Werkstatt zusammen.

Für diese anspruchsvolle Aufgabe erwarten wir eine abgeschlossene technische Berufsausbildung, vorzugsweise im Metallbereich, und eine weiterführende Qualifikation zum Ingenieur/Techniker mit langjähriger Führungserfahrung in der Industrie/Privatwirtschaft als Betriebsleiter/-in oder Ähnliches. Wir erwarten eine reife, gestandene und belastbare Persönlichkeit, Bereitschaft zu Initiative, Kreativität, Engagement und Kommunikationsstärke auf allen Ebenen. Sie verfügen über Verhandlungsgeschick und Gesprächssicherheit mit Kooperationspartnern. Unabdingbar für die Aufgabe ist die Aufgeschlossenheit für den Umgang mit behinderten Menschen und für unseren Rehabilitationsauftrag. Eine sonderpädagogische Zusatzausbildung wäre wünschenswert, die Fahrerlaubnis zum Führen eines PKW ist notwendig. Der sichere Umgang mit Hard- und Software ist für Sie selbstverständlich, genauso wie wirtschaftliches Handeln und Kostenbewusstsein.

Sie erwartet eine vielfältige, interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit in einem motivierten Team.

Die Vergütung erfolgt nach unserer hauseigenen Entgeltgestaltung mit einer Altersversorgung nach VBLU.

Gifhorn ist eine Kreisstadt mit 42.000 Einwohnern am Südrand der Lüneburger Heide vor den Toren Braunschweigs und Wolfsburgs mit attraktiven Freizeitmöglichkeiten. Grundschulen und weiterführende Schulen befinden sich vor Ort. Sollte für Sie ein Umzug notwendig sein, sind wir Ihnen gern bei der Wohnungssuche behilflich.

Weitere Informationen unter www.lebenshilfe-gifhorn.de.

Ihre schriftliche Bewerbung richten Sie bitte an:

**Haus der Lebenshilfe Gifhorn gemeinnützige GmbH
Herrn Peter Welminski
Im Heidland 19
38518 Gifhorn**

**oder per E-Mail an:
info@lebenshilfe-gifhorn.de**

Der Paritätische Stellenmarkt

Senden Sie eine Kurzbewerbung (zwei bis drei Sätze) oder ihre Ausschreibung an

E-Mail presse@paritaetischer.de oder Fax 05 11 5 24 86-3 33.

Die Veröffentlichung ist kostenlos!

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen

Die Ansprechpartner

Betriebswirtschaft

Entgeltkalkulation, Kostenträgerverhandlung, Interims- & Krisen-Management, Haushalts- und Wirtschaftsplanung, Kostenreduzierung durch Umstrukturierung, Personal- und Personaleinsatz-Planung, Managementtraining, Beratung in Wirtschaftlichkeitsfragen, Marketing-Beratung, Begleitung in Schiedsstellenverfahren, Konzeption von Leistungsangeboten, Leistungsbeschreibung

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

Eduard Schellenberg (Behindertenhilfe)

Tel. 0511 52486-367

Karsten Schubert (Erziehungshilfe)

Tel. 0511 52486-387

Barbara Heidrich (Pflege)

Tel. 0511 52486-370

Baubetreuung

Baubetreuung oder Leitung, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Architektenverträgen, Gutachten

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

EDV

Kommunikationskonzepte, Softwareberatung, Auswahl und Installation von Hard- und Software, Softwareübersichten, Internet-Präsentationen

Dietmar Buck

Tel. 0511 52486-373

Finanzierung

Zuwendungen, Zuschüsse und Stiftungsmittel (z. B. Lotteriemittel, Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk, Glücksspirale), Finanzierungskonzeption, Kapitalmarktkredite, Vermittlung von Investoren

Christiane Schumacher

Tel. 0511 52486-395

Birgit Eckhardt (Fundraising)

Tel. 0511 52486-376

Adelheid Dähne (Fundraising)

Tel. 0511 52486-347

Finanzbuchhaltung

Organisation der Finanzbuchhaltung, Unterstützung bei Fragen im umsatzsteuerlichen Bereich, Kontierungen, Abschreibungen, Jahresabschluss, Verwendungsnachweise Lotteriemittel-Beihilfen

Monika Bullmann

Tel. 0511 52486-378

Christiane Häberle

Tel. 0511 52486-386

Erfassen der Buchhaltungsunterlagen; Beratung Jahresabschluss (entgeltlich)

Annemarie Heuer

Tel. 0511 52486-377

Fotokopien

Größere Kopieraufträgen einschl. Einbinden (entgeltlich)

Matthias Noland

Tel. 0511 52486-375

Kfz

Astrid Schöne (Abrufscheine)

Tel. 0511 52486-397

Adelheid Dähne (Abrufscheine)

Tel. 0511 52486-347

Paritätisches Rechenzentrum

Abrechnung von Löhnen/Gehältern (entgeltlich)

Udo Mex

Tel. 0511 52486-357

Personal

Unterstützung bei personalrechtlichen Fragen; Unterstützung im Umgang mit BAT, AVR, AVB und TVöD/TV-L, Betriebsvereinbarung des Paritätischen Niedersachsen

Kirsten Schalinski

Tel. 0511 52486-379

Rahmenverträge

Vergünstigte Konditionen für Telefonie und Materialbeschaffung sowie Kopier-, Fax- und Drucksysteme

Ernst Spieß

Tel. 0511 52486-398

Recht

Beratung und Unterstützung bei arbeitsrechtlichen und sonstigen Rechtsfragen, Gutachten, Vertragsprüfung und –ausarbeitung, außergerichtliche Verhandlungen und Vergleiche, Vertretung vor Schiedsstellen

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

Christiane Schumacher

Tel. 0511 52486-395

Versicherungen

Ulrich Preisberger

Tel. 0511 52486-348

Seminare

Interne und externe Schulungen

Nadine Heise

Tel. 0511 52486-384

Fachbereiche des Paritätischen

Die Fachberaterinnen und Fachberater

Altenselbsthilfe

Christine Köhler-Riebau
 Paritätischer Wolfsburg
 Saarstr. 10 a
 38440 Wolfsburg
 Tel. 05361 2950-15
 Fax 05361 2950-21
 E-Mail christine.koehler-riebau@paritaetischer.de

Behindertenhilfe

Erwin Drefs
 Lebenshilfe Delmenhorst und
 Landkreis Oldenburg e.V.
 Bismarckstr. 21
 27749 Delmenhorst
 Tel. 04221 1525-0
 Fax 04221 1525-15
 E-Mail
 erwindrefs.fb@lebenshilfe-delmenhorst.de

Bildung

Karsten Schubert
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52 486-387
 Fax 0511 52 486-332
 E-Mail
 karsten.schubert@paritaetischer.de

Eingliederungshilfe/Wohnen

Eduard Schellenberg
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-367
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail eduard.schellenberg@paritaetischer.de

Elementarerziehung

Klaus-Dieter Fortmeyer
 Paritätischer Cuxhaven
 Kirchenpauerstr. 1

27472 Cuxhaven
 Tel. 04721 5793-12
 Fax 04721 5793-50
 E-Mail klaus-dieterfortmeyer@paritaetischer.de

Erziehungshilfe

Karsten Schubert
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52 486-387
 Fax 0511 52 486-332
 E-Mail
 karsten.schubert@paritaetischer.de

Frauen und Familien

Andrea Zerrath
 Paritätischer Helmstedt
 Schuhstr. 1
 38350 Helmstedt
 Tel. 05351 54191-4
 Fax 05351 54191-66
 E-Mail andrea.zerrath@paritaetischer.de

Jugendbildung/PJW

Karsten Maul
 Paritätischer Wolfenbüttel
 Rosenwall 1
 38300 Wolfenbüttel
 Tel: 05331 90546-50
 Fax: 05331 90546-11
 E-Mail karsten.maul@paritaetischer.de

Krankenhäuser

Sebastian Böstel
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-350
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail sebastian.boestel@paritaetischer.de

Kur- und Erholungshilfen

Birgit Eckhardt
 Paritätischer Niedersachsen

Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-376
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Migration/Integration

Regina Krome
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-383
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail regina.krome@paritaetischer.de

Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon
 Eurosozial e.V. – Paritätischer Verein
 für deutsch-polnische und
 europäische Zusammenarbeit
 Marienbruchstr. 61/63
 38226 Salzgitter
 Tel. 05341 84 11 94
 Fax 05341 84 11 13
 E-Mail k.balon@eurosozial.eu

Pflege

Barbara Heidrich
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-370
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

Schullandheime

Regina Krome
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-383
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail regina.krome@paritaetischer.de

Selbsthilfe

Barbara Heidrich
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-370
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

Soziale Psychiatrie

Bernhard Döring
 Paritätischer Nienburg
 Wilhelmstr. 15
 31582 Nienburg
 Tel. 05021 9745-17
 Fax 05021 9745-11
 E-Mail bernhard.doering@paritaetischer.de

Sucht

Petra Bunke
 Paritätischer Braunschweig
 Jugend- und Drogenberatung
 Braunschweig DROBS
 Kurt-Schumacher-Str. 26
 38102 Braunschweig
 Tel. 0531 22090-0
 Fax: 0531 22090-90
 petra.bunke@paritaetischer-bs.de

Überregionale

Mitgliedsorganisationen

Birgit Eckhardt
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-376
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Arbeitskreise des Paritätischen

Leiterinnen und Leiter

Arbeits- und Tarifrecht

Birgit Eckhardt
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-376
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Freiwilligen-Agenturen

Harald Fischer
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-389
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail harald.fischer@paritaetischer.de

Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel
 Paritätischer Nienburg
 Wilhelmstr. 15
 31582 Nienburg
 Tel. 05021 9745-15
 Fax 05021 9745-11
 E-Mail wolfgang.lippel@paritaetischer.de

Straffälligenhilfe

Karsten Schubert
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52 486-387
 Fax 0511 52 486-332
 E-Mail karsten.schubert@paritaetischer.de

Betreuungsvereine

Christiane Schumacher
 Paritätischer Niedersachsen
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-395
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail christiane.schumacher@paritaetischer.de

Kontakt- u. Beratungsstellen

für Selbsthilfegruppen
 Marina Nowotschyn
 Paritätischer Wolfsburg
 Saarstraße 10 a
 38440 Wolfsburg
 Tel. 05361 2950-50
 Fax 05361 2950-21
 E-Mail marina.nowotschyn@paritaetischer.de

Sprachheilarbeit

Irmgard Fricke
 Lebenshilfe Hameln e.V.
 Sprachheilkindergarten
 Burgstr. 4
 31855 Aerzen
 Tel. 05154 3805
 Fax 05154 7090008
 E-Mail irmgard.fricke@lebenshilfe-hameln.de

Anzeige **SOZIALVERBAND**
VdK Interessenverband der Behinderten,
 Rentner und Sozialversicherten
 NIEDERSACHSEN-BREMEN

Rat Hilfe Rechtsschutz

für Mitglieder in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten:
 Pflegeversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung,
 Arbeitslosenversicherung, Behindertenrecht, Sozialhilferecht, Soziales Entschädigungsrecht

Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V., Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg
 Telefon: 0441 - 21029-0, Telefax: 0441 - 2102910, eMail: niedersachsen-bremen@vdk.de
 Internet: www.vdk.de/niedersachsen-bremen
 - Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen -

Mitglieder des Verbandsrats

(Wahlperiode 2012 bis 2016)

Vorsitzende des Verbandsrates

(jährlich alternierend)

Kurt Spannig (2012)

Psychiatrische Klinik Uelzen
An den Zehn Eichen 50
29525 Uelzen
Tel. 0581 3895-301
Fax 0581 3895-309
info@pk-uelzen.de

Ulla Klapproth (2009, 2011)

Im Siek 10
37191 Gillersheim
Tel. 05556 1566 (werktags)
Fax 05556 5078
ulla.klapproth@paritaetischer.de

Andreas Bergen

c/o pro familia Landesverband
Niedersachsen e.V.
Lange Laube 14
30159 Hannover
Tel. 0511 30 18 57 81
andreas.bergen@profamilia.de

Brigitte Blümel

Herzlaker Str. 53
30539 Hannover
Tel. 0511 5 38 94 37
b_bluemel@t-online.de

Klaus Dickneite

Ostergrube 2
30559 Hannover
Tel. 0511 51 49 51 (privat)
Tel. 0173 6 22 02 00 (mobil)
Fax 0511 51 49 51
kdickneite@online.de

Silke Gerike

Am Mesterwinkel 19
30952 Ronnenberg
Tel. 0511 46 93 19
Silke@torstengerike.de

Holger Gerken

c/o Göttinger Werkstätten gGmbH
Elliehäuser Weg 20
37079 Göttingen
Tel. 0551 50 65-100
H.Gerken@Goe-We.de

Bernd Göddertz

Luisenstr. 9
31141 Hildesheim
Tel. 05121 3 20 05 (privat)
Tel. 05121 2 06 61 47 (dienstlich)
Fax 05121 2 06 61 45 (dienstlich)
gf.nord@ijgd.de

Tina Hellmann

Diedrich-Steilen Str. 27
28755 Bremen-Vegesach
Tel. 0176 92 19 18 16 (mobil)
Tina.Hellmann@web.de

Anneliese König

Südweg 8a
26135 Oldenburg
Tel. 0441 20 13 17
Fax 0441 2 04 91 15
anneliese-koenig@t-online.de

Martin Kupper

c/o Albert-Schweitzer-
Familienwerk e.V.
Jahnstraße 2
37170 Uslar
Tel. 05571 92 43-0 (dienstlich)
kupper@familienwerk.de

Monika Lehmann

Glünderstr. 2
30167 Hannover
Tel. 0511 70 21 52 (privat)
Monika.Lehmann@
nld.niedersachsen.de

Jörn Jan Leidecker

Brüggemannhof 3
30167 Hannover
Tel. 0177 307 27 24
jan.leidecker@gmail.com

Dorothea Pitschnau-Michel

c/o Deutsche Multiple Sklerose
Gesellschaft Bundesverband e.V.
Küsterstr. 8
30519 Hannover
Tel. 0511 9 68 34 13
Fax 0511 9 68 34 50
dmsg@dmsg.de

Monika Placke

Walter-Haas-Straße 8
49088 Osnabrück
Tel. 0541 7 63 87 (privat)
Tel. 0170 8 14 10 37 (mobil)
monika.placke@freenet.de

Berlind Rosenthal-Zehe

c/o Studentenwerk Göttingen
PF 3851
37028 Göttingen
Tel. 05546 13 79 (privat)
Tel. 0551 39 51 79 (dienstlich)
Fax 0511 39 51 70 (dienstlich)
Berlind.Rosenthal-Zehe@
studentenwerk-goettingen.de

Dietmar Schlüter

Bergweg 8
38527 Meine
Tel. 05304 39 77
Fax 05304 52 90
053043977-0001@t-online.de

Landesverband

Hauptamtlicher Vorstand

Cornelia Rundt (Vorstand)

Sebastian Böstel (Vorstand)

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Gandhistr. 5a
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-0
Fax 0511 52486-333
landesverband@paritaetischer.de

Ehrenvorsitzende

Karin Rut Diederichs

Eilenriedestift e.V.
Haus A1, App. 107
Bvenser Weg 10
30625 Hannover
Tel. 0511 54042107

Wolfgang Neubelt

GDA Wohnstift
Osterfelddamm 12
Haus 3, App. 3207
30627 Hannover
Tel. 0511 5705437
wneubelt@hotmail.de

Günter Famulla

Davenstedter Str. 227
30455 Hannover
Tel. 0511 498831

Johannes Schmidt

Bahnofsstr. 14
21745 Hemmoor
Tel. 04771 64 34 95 (privat)
Tel. 0171 2 13 75 28 (mobil)
Fax 04771 64 34 34
Neusicht@aol.com

Paritätische Kreisverbände in Niedersachsen

Paritätischer Aurich

Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax.: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Braunschweig

Saarbrückener Straße 50
38116 Braunschweig
Tel.: (05 31) 4 80 79-0
Fax.: (05 31) 4 80 79-14
GF: Henning Eschemann
henning.eschemann@paritaetischer.de

Paritätischer Celle

Lauensteinplatz 1a
29225 Celle
Tel.: (0 51 41) 93 98-0
Fax.: (0 51 41) 93 98-19
GFin: Waltraud Anders
waltraud.anders@paritaetischer.de

Paritätischer Cloppenburg

Beethovenstraße 11
49661 Cloppenburg
Tel.: 0 44 71 / 20 46 (VdK)
Fax: 0 44 71 / 95 89 03 (VdK)
GF: Hans-Jürgen Lehmann
gs-cloppenburg@vdk.de

Paritätischer Cuxhaven

Kirchenpauerstraße 1
27472 Cuxhaven
Tel.: (0 47 21) 57 93-0
Fax: (0 47 21) 57 93-50
GF: Klaus-Dieter Fortmeyer
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Paritätischer Delmenhorst

Bismarckstraße 21
27749 Delmenhorst
Tel.: (0 42 21) 15 25-50
Fax: (0 42 21) 15 25-15
GFin: Irma-H. Michel
irma.michel@paritaetischer.de

Paritätischer Diepholz

Wilhelmstraße 15
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Emden

Friedrich-Naumann-Straße 11
26725 Emden
Tel.: (0 49 21) 93 06-0
Fax: (0 49 21) 93 06-16
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Emsland

Lingener Straße 13
49716 Meppen
Tel.: (0 59 31) 1 80 00
Fax: (0 59 31) 1 22 80
GFin: Barbara Germer-Grote
barbara.germer-grote@paritaetischer.de

Paritätischer Friesland

Zum Jadebuden 12
26316 Varel
Tel.: (0 44 51) 91 46-0
Fax: (0 44 51) 91 46-11
GF: Wolf-Dieter Kulawik
wolf-dieter.kulawik@paritaetischer.de

Paritätischer Gifhorn

Sprachtherapeutischer Kindergarten
Am Sportplatz 10
38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 9 44 99-0
Fax: (0 53 71) 9 44 99-73
GFin: Sandra Helbing
shg-gifhorn@paritaetischer-bs.de

Paritätischer Goslar

Von-Garßen-Straße 6
38640 Goslar
Tel.: (0 53 21) 2 10 11
Fax: (0 53 21) 1 82 29
GF: Sven Dickfeld
sven.dickfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Göttingen

Zollstock 9 a
37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 9 00 08-10
Fax: (05 51) 9 00 08-19
GF: Manfred Grönig
manfred.groenig@paritaetischer.de

Paritätischer Graftsch. Bentheim

Große Gartenstraße 14
48529 Nordhorn
Tel.: (0 59 21) 89 17-5
Fax: (0 59 21) 4 08 04 25
GFin: Anja Jankowsky
anja.jankowsky@paritaetischer.de

Paritätischer Hameln

Kaiserstraße 80
31785 Hameln
Tel.: (0 51 51) 57 61-0
Fax: (0 51 51) 5 99 77
GF: Norbert Raabe
norbert.raabe@paritaetischer.de

Paritätischer Hannover

Gartenstraße 18
30161 Hannover
Tel.: (05 11) 9 62 91-0
Fax: (05 11) 9 62 91-13
GF: Ralf Hohfeld
ralf.hohfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Harburg

Schanzenring 8
21423 Winsen / Luhe
Tel.: (0 41 71) 88 76-0
Fax: (0 41 71) 88 76-29
GFin: Bettina Wichmann
bettina.wichmann@paritaetischer.de

Paritätischer Helmstedt

Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel.: (0 53 51) 54 19 10
Fax: (0 53 51) 54 19 1-66
GFin: Andrea Zerrath
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Lilly-Reich-Straße 5
31137 Hildesheim
Tel.: (0 51 21) 74 16-0
Fax: (0 51 21) 74 16-20
GFin: Elisabeth Fokken
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Perkstraße 27
31061 Alfeld
Tel.: (0 51 81) 84 35-0
Fax: (0 51 81) 84 35-20
GFin: Elisabeth Fokken
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

Paritätischer Holzminden

Wallstraße 2
37603 Holzminden
Tel.: (0 55 31) 93 27-0
Fax: (0 55 31) 93 27-90
GF: Daniel Leonhardt
daniel.leonhardt@paritaetischer.de

Paritätischer Leer

Pferdemarktstraße 59
26789 Leer
Tel.: (0 49 1) 9 25 31-0
Fax: (0 49 1) 9 25 31-31
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Lüchow-Dannenberg

Schlossgraben 3
29451 Dannenberg
Tel.: (0 58 61) 88 53
Fax: (0 58 61) 87 50
GFin: Gudrun Schwarz
gudrun.schwarz@paritaetischer.de

Paritätischer Lüneburg

Altenbrücker Damm 1
21337 Lüneburg
Tel.: (0 41 31) 86 18-0
Fax: (0 41 31) 86 18-40
GF: Ralf Gremmel
ralf.gremmel@paritaetischer.de

Paritätischer Nienburg

Wilhelmstraße 15
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Northeim

Friedrich-Ebert-Wall 1
37154 Northeim
Tel.: (0 55 51) 9 76 90
Fax: (0 55 51) 16 04
GFin: Roswitha Voß
roswitha.voss@paritaetischer.de

Paritätischer Oldenburg-Ammerland

Ziegelhofstraße 125 – 127
26121 Oldenburg
Tel.: (0 44 1) 7 79 00-0
Fax: (0 44 1) 7 79 00-22
GF: Norbert Adolf
norbert.adolf@paritaetischer.de

Paritätischer Osnabrück

Kurt-Schumacher-Damm 8
49078 Osnabrück
Tel.: (05 41) 4 08 04-0
Fax: (05 41) 4 08 04-25
GF: Jörg Echterhoff
joerg.echterhoff@paritaetischer.de

Paritätischer Osterholz

Loger Straße 35
27711 Osterholz-Scharmbeck
Tel.: (0 47 91) 94 15-0
Fax: (0 47 91) 94 15-10
GF: Olaf Bargemann
bargemann@lebenshilfe-ohz.de

Paritätischer Osterode

Abgunst 1
37520 Osterode
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax: (0 55 22) 90 77-28
GFin: Annette Nikulla
annette.nikulla@paritaetischer.de

Paritätischer Peine

Virchowstraße 8 a
31226 Peine
Tel.: (0 51 71) 77 70-0
Fax: (0 51 71) 77 70-21
GFin: Heike Horrmann-Brandt
heike.horrmann-brandt@paritaetischer.de

Paritätischer Rotenburg

Bahnhofstraße 15
27432 Bremervörde
Tel.: (0 47 61) 7 11 01
Fax: (0 47 61) 7 11 91
GF: Dietrich Neubauer
neubauer@lebenshilfe-bremervorde.de

Paritätischer Salzgitter

Marienbruchstraße 61 – 63
38226 Salzgitter
Tel.: (0 53 41) 84 67-0
Fax: (0 53 41) 84 67-24
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Schaumburg

Dammstraße 12 a
31675 Bückeburg
Tel.: (0 57 22) 95 22-0
Fax: (0 57 22) 95 22-18
GF: Georg Steimann
georg.steimann@paritaetischer.de

Paritätischer Seesen

Jacobsonstraße 36
38723 Seesen
Tel.: (0 53 81) 9 48 06-0
Fax: (0 53 81) 9 48 06-7
GFin: Roswitha Voß
roswitha.voss@paritaetischer.de

Paritätischer Stade c/o Die Börne gGmbH

Claus-von-Stauffenberg-Weg 10
21684 Stade
Tel.: (0 41 41) 53 43-50
Fax: (0 41 41) 53 43-26
GFin: Susanne Frost
susanne.frost@paritaetischer.de

Paritätischer Uelzen

St.-Viti-Straße 22
29525 Uelzen
Tel.: (05 81) 97 07-0
Fax: (05 81) 97 07-20
GFin: Gudrun Schwarz
gudrun.schwarz@paritaetischer.de

Paritätischer Verden

Helene-Grulke-Straße 5
27299 Langwedel
Tel.: (0 42 35) 89-0
Fax: (0 42 35) 89-111
GF: Dieter Haase
d.haase@stiftung-waldheim.de

Paritätischer Wesermarsch

Bürgermeister-Müller-Straße 13
26919 Brake
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax: (0 44 01) 45 88
GF: Hannelore Bohlken
hannelore.bohken@paritaetischer.de

Paritätischer Wilhelmshaven

Banter Weg 12
26389 Wilhelmshaven
Tel.: (0 44 21) 2 06-0
Fax: (0 44 21) 2 06-2 88
GF: Manfred Pfau
manfred.pfau@gps-wilhelmshaven.de

Paritätischer Wittmund

Wallstraße 21 t
26409 Wittmund
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfenbüttel

Kommissstraße 5
38300 Wolfenbüttel
Tel.: (0 53 31) 92 00-0
Fax: (0 53 31) 92 00-79
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfsburg

Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel.: (0 53 61) 29 50-0
Fax: (0 53 61) 29 50-21
GFin: Christine Köhler-Riebau
christine.koehler-riebau@paritaetischer.de